

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Wochenschrift Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Einzelnen in der Post-Zeitungs-
 Preisklasse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Bezugnahme für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Annon-
 zenzeile oben unten 40 Pf. für
 halbjährliche und anderweitige Bezie-
 hungs- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zuntenrecht.

Zuntenrecht hält echtes Recht für Zuntenrecht;
 Wo Gewalt zum Herrn wird, ist Gerecht ein Streich.
 Logan.

Am Dienstag ist nun auch die Gröberei im deutschen Reichstag „Rechtens“ geworden, die Diktatur des Präsidenten, die in Wirklichkeit die Diktatur der Mehrheit ist, proklamiert worden. Das Parlament ist zum Inquisitions-Tribunal für die Bollheger ernannt. Eine höchst aristokratische Gesellschaft wohnt auf den Tribünen dem barbarischen Schauspiel bei. Die Hofloge war so voll, wie niemals im neuen Hause. Memer des Gotthaißen Hofstallensers sahen sogar Verwandte der Hohenzollern-Familie. Selbst Hofarenoffiziere gewinnen Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen, seitdem alles parlamentarische Recht zertrümmert ist.

Der alte tapfere Wig-Geißler der Lüge und Mächtigkeit, Logan, hat in einem seiner Pfeilworte das kanonische Recht der alleinigmächtigsten Kirche über das Kanonenrecht hinweg als Zuntenrecht verurteilt. Der Reichstag wird jetzt von solchem Zuntenrecht regiert, das echtes Recht für Zuntenrecht erachtet.

Es kann jetzt kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die sich stetig steigenden Rechtsbrüche der Zollmehrheit nicht in mindestens durch die Opposition, die man als Obstruktion verkleidet, beanlagt worden sind. Die Zöllner wollten einfach jede sachliche Beratung des Zolltarifs verhindern, weil sie erkannten, daß jeder Versuch einer sachlichen Erweiterung, abgesehen von der Unmöglichkeit, die Beschlußfähigkeit des Hauses für eine Zeit zu erhalten, die Volksmassen über das rüchlose Spiel in steigendem Grade aufklären mußte. Darum hat man, wie man bestimmt behauptet, unter Anwendung eigens für den Zollwucher eingeführter Diätenzahlungen, für ein paar Tage die Abgeordneten des Agrar- und Industrie-Kapitalismus herbenweise zusammengetrieben, Kanonen auffahren lassen, die Geschäftsordnung verwirrt, um so, ohne jede Beratung, noch vor Beschlußnahme den Zolltarif zu raffen. Es liegt in diesen Verfahren eine völlige Ausfaltung des Reichstags, die durch den Mißbrauch parlamentarischer Formen noch nichtswürdiger wird. Der Bund der Landwirte, der Zentralverband der Zuckerfabriken und die heilige Kirche haben in Wahrheit den Welagerungsstand der Hochzölle über das deutsche Volk verhängt, kraft ihres absolutistischen Willens die Interessen einer herrschenden Minderheit zum Gesetz erhoben — Kollamünzerei mit scheinheiligem Zwangskurs. Die parlamentarische Verfassung war dabei nichts als Farce.

Der das Recht und das Volksinteresse verachtenden Minderheit fiel in dieser anarchoischen Auflösung verfassungsmäßigen Handels einmal die Aufgabe zu, zähren, bis zum äußersten konsequenter Widerstand zu leisten, dann aber die Agenten des Zollgeschäfts zu zwingen, Steine für Steine die Rechtsordnung zu zertrümmern. Das wenigstens sollte erreicht werden, und das ist schon jetzt erreicht worden, daß die Vertreter der herrschenden Klassen alle heuchlerischen Hüllen ihrer brutalen Natur abwerfen mußten: nur über die Schändung des Rechts und die Zerschlagung der Ordnung durfte der Weg der Lüge führen. Das ist der unerlösbare politische Gewinn dieses parlamentarischen Strieges: diese Hüllen und Stützen der Ordnung sind entlarvt als Elemente, die vor keiner Gewaltthätigkeit, keiner Verunwürdigung zurückweichen, wenn es gilt, ihre persönlichen Interessen durchzusetzen. Das Zuntenrecht der Macht diktiert die Gesetze. Auch ihnen die Einstufung...

Die Sitzung begann am Dienstag mit einer Rechtsübertragung des Gen. Singer hinsichtlich der Zulässigkeit des Initiativantrages Gröber. Aber was dem Nichtbiller recht ist, ist dem Gröber billig. Im Reichstag kann man jetzt erkennen, wie historisches Recht entsteht. Der eine Umstand, daß beim Antrag Nichtbiller die Geschäftsordnung gebrochen wurde, reicht aus, um den Rechtsbruch für immer zu legitimieren — das heißt für so lange als es der Mehrheit paßt. Gegen die Geschäftsordnung wurde der Antrag Nichtbiller außerhalb der Reihenfolge der Initiativanträge auf die Tagesordnung gesetzt. Jetzt ist das Verfahren bereits eine alte Sache und wenn Herr Wassermann nicht den krankhaften Hang hätte, bei jeder Gelegenheit den National-Liberalismus verächtlich zu machen, so hätte er sich die neuerliche Begründung des Rechtsbruchs sichtlich eripieren können.

Nachdem Herr Padmide von der Freisinnigen Vereinigung die Bedenken der Socialdemokratie unterstügt hatte, wurde der Antrag mit 25 gegen 58 Stimmen für zulässig erklärt.

Den Antrag Gröber begründete der Antragsteller selbst. Die Centrumsjuristen Spahn und Wachen haben abgewirtschaftet, darum mußte Gröber herantreten. Bei dem nächsten Rechtsbruch wird nun wohl Roeren plaudern. Herr Gröber begründete die Diktatur der Mehrheit mit der Enthaltung, daß die Socialdemokratie die Geschäftsordnung umstürzen wolle, sonst würde er nichts. In ruhigen, aber überaus wirksamen Darlegungen erwiderte er dies. Er erinnerte das Centrum an seine eigene Oppositionszeit, an jene Zeit, da sie noch selber umsturzverdächtig waren, und für Reichsmörder verantwortlich gemacht und vaterlandslose Gesellen genannt wurden. Dann charakterisierte er den gefährlichen Mißbrauch des Antrages, der ein Gesetz gegen den Präsidenten sei und zugleich den Präsidenten zum ewigen Angeklagten mache. Die Mehrheit sei vom Eroberungsstiller befallen. Der Antrag wolle eine Provokation der Mehrheit sein; es sei das Loben der Wendee. Mit einem ergreifenden Kontrastbild schloß der Redner. Dort das Volk, das hungert und friert — und hier Parteien, die eine Minderheit verwalten, weil sie sich wehrt, daß der Hof noch schwere Lasten aufgewälzt werden.

Hierauf verlas Eugen Richter eine marte Erklärung gegen den Antrag Gröber, es folgten Varrh mit scharfen Angriffen.

Und dann machte die Mehrheit Schluss. Singer verlangte zum Schlussantrag das Wort zur Geschäftsordnung. Aber der präsidierende Graf Stolberg nahm bereits den Antrag Gröber vorweg und — im leichten Augenblick erschien wieder Herr Knack auf der Bildfläche — überhörte Rechtbruch lieh er einfach über den Schlussantrag abstimmen. Dann erst erteilte er Singer das Wort, der den Rechtsbruch mit kräftigen Worten feststellte. Herr Kröber, der starke Mann, eilte dem Vicepräsidenten zu Hilfe; er gab zu, daß das Verhalten des Vicepräsidenten zwar gegen den Brauch des Hauses verstöße, aber — im Sinne der Geschäftsordnung sei. Jetzt war Herr Stolberg erleuchtet. Von unsrer Seite war ein Antrag auf Liebergang zur Tagesordnung gestellt. Der Vicepräsident erteilte Singer das Wort, der die Ungültigkeitserklärung der vorigen Abstimmung forderte. Ein weiterer Rechtsbruch des Grafen Stolberg war die Antwort. Die Bemerkung Singers wurde als Begründungsrede für die Tagesordnung aufgeführt. Wenn die Linke nicht eine fast übermenschenmäßige Selbstbeherrschung bewiesen hätte, so wären die leidenschaftlichen Szenen der letzten Tage wiederholt. Aber es lohnt sich in der That kaum noch, sich über diese Politik des starken Mannes, der in der Unfähigkeit am stärksten ist, zu erheben.

Der Antrag Gröber wurde schließlich mit 176 gegen 125 Stimmen angenommen. Die große Minderheit rief allgemeine Ueberraschung hervor; die Antisemiten hatten allerdings, obwohl sie den Antrag unterzeichnet hatten, gegen ihn gestimmt, weil ihnen das Wort abgeschnitten war. Es zeigte sich dann später, daß es sich wieder um eine irreführende Abschweiferei handelte. Thatsächlich hatten nur 92 gegen den Antrag, 80 dafür gestimmt.

Der weitere Verlauf der Sitzung zeigte die glorreiche Herrschaft des Gröbertums. Geschäftsordnungsordnungen wurde mitten im Satz das Wort abgeschnitten. Wortmeldungen zu Geschäftsordnungen wurden verweigert. Die Verhandlung wurde durch den Antrag Gröber so wildelos und vollenhaft, daß sich Singer einmal energisch verbißten mußte, daß die Minderheit vom Präsidenten wie Schulbuben behandelt würde. Dennoch gelang es unsern Genossen noch mit großem taktischen Geschick ein paar gegen sachliche Beratung zu erzipfen. Von Referenten hörte man Schünberger und Förster-Sachsen, die das gemein hatten, daß sie bei der Beschlußfassung in der zweiten Kommissionslesung ganz zugegen waren.

Den Schluss der Sitzung füllte ein eingehendes Referat unser Genossen Reichhaus über die Positionen 470—502 aus, in denen die Zölle auf pflanzliche Erzeugnisse, Waren aus Gespinnsten und Posamentierwaren festgelegt werden. Dem Referenten gegenüber konnte das neue parlamentarische Lagermittel natürlich nicht angewandt werden und so war es unsern Genossen möglich, eine eingehende objektive Darstellung der Kommissionsverhandlungen über diese wichtige Materie zu geben. Sein Referat nahm 1 1/2 Stunden in Anspruch; dann wurde die Weiterberatung auf morgen 10 Uhr vertagt. Es stehen noch 18 Referate aus.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Dezember.

Obstruktion gegen den Etat.

Während die Mehrheitsparteien jeden Versuch der Minderheit, den Zolltarif sachlich zu beraten, als Obstruktion mit allen Mitteln des Rechtsbruchs bekämpfen, treiben sie selbst die gefährlichste Obstruktion gegen das wichtigste Gesetz, gegen den Etat.

Bereits haben sie die Regierungen dazu veranlaßt, die erste Lesung des Haushaltsgesetzes gegen alle sonstige Verpflichtungen in die Zeit nach Weihnachten zu verlegen. Aber auch dieser obstruktionelle Sieg über die Ordnung genügt ihnen nicht. Herr Hertel behauptet in seiner „Deutschen Tageszeitung“ zu wissen, die Regierungen würden den Etat unter keinen Umständen vor den Reichstag bringen, solange der Zolltarif nicht fix und fertig ist. Bisher hat es die offizielle Presse unzerlassen, die Regierungen gegen diese wirklich ungeheuerliche Verschuldigung, den Vortwurf schwerster Reichstertigkeit, wirksam zu verteidigen.

Daß aber in den Ausstrahlungen Hertels System liegt, beweist ein Aufruf, den nun auch Dericks Freund, der Ausnahmjuden Krenndt im „Sächsischen Tag“ erklärt:

„Die Dinge sind jetzt so weit gediehen, daß es ein Zurück nicht mehr giebt. Die Mehrheitsparteien können nicht zugeben, daß irgend eine Vorlage den Reichstag beschäftigt, ehe das Zolltarif-Gesetz verabschiedet ist. Auch der Etat darf hieron keine Ausnahme machen. Nicht um den Tarif handelt es sich, sondern um die Verfassung des Deutschen Reiches; da muß auch und wird auch die zweite Lesung des Etats zurückgestellt werden. Giebt sich die Minderheit wirklich der Hoffnung hin, nachdem die Enbloe-Akademie des Tarifs erreicht, noch ein halbes Jahr hindurch erfolgreich Obstruktion zu treiben? Sie kann nichts weiter erreichen als schwächere Bestimmungen der Geschäftsordnung und eine wachsende Erbitterung aller Klassen der Bevölkerung gegen die Männer der Obstruktion.“

Genau so hieß es bei der Kanalrebellion: Erst der Zolltarif, dann die Kanalvorlage! Nun heißt es: Erst der Zolltarif, dann der Etat! Die Regierungen sollen scharf gemacht werden gegen die Socialdemokratie, für die Vertheidigung, für den Antrag Kardorff. Darum erklärt man ihr den Weg zum Etat so lange verperrten zu wollen, bis durch den letzten Gewaltstreich der letzte Zuckerzoll durchgedrückt worden ist.

Juden handelt es sich diesmal, wie längst bekannt, nicht um einen gewöhnlichen Etat, sondern um einen Etat der Verwirrung, der mit keinem riesenhaften Defizit rechnet und zu dessen

Deckung zu den abenteuerlichsten Mitteln gegriffen werden soll. Vom Standpunkte gerade der staatsverhaltenden Parteien müßte die sorgfältigste und sachlichste Beratung dieses Etats als unumgängliches Erfordernis angesehen werden. Gerade diese staatsverhaltenden Parteien sehen wir eben am Werk, wie sie das von ihrem Standpunkte wichtigste Gesetz zum Expreßungsrevolver gegen die Regierung benutzen und seine sachliche Behandlung zu hintertreiben versuchen. Denn Herr Spahn seinen Cylinder aus dem Wandfächer nimmt und zum Reichskanzler fährt, kommt ja doch wieder alles in Ordnung. Die Formalitäten der parlamentarischen Beratung können ja dann wieder durch neue Senebelungen abgekürzt werden, und jeder Socialdemokrat, der dagegen aufmuckt, wird wieder als „Mann der Obstruktion“ der wachsenden Erbitterung aller Klassen der Bevölkerung preisgegeben werden.

Die Regierungen aber mögen darüber nachdenken, ob sie die letzten Reste der Staatsordnung — wofür man den Etat der Volkskammer noch mit dieser Flagge deden will — preisgeben wollen, um möglichst schnell die von der Mehrheit ersehnte tollkühnerische Bollunordnung zu erreichen.

Aufforderung zur Selbsthändung.

Ein nationalliberales Blättchen in Bochum teilt mit, daß von „Bochumer Arbeitern“ eine Kundgebung an den Kaiser geplant sei. An verschiedenen Stellen seien Listen ausgelegt worden, auf denen sich die Arbeiter für eine an Wilhelm II. gerichtete Adresse unterzeichnen sollen. Der Text dieser Adresse lautet:

Bochum, im Dezember 1902.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König!

Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Euerer Majestät

gestatten sich die unterzeichneten Arbeiter allerunterthänigsten Dank auszusprechen für Allerhöchsthre am 28. November dieses Jahres in Offen gegen die schmachvolle Verleumdung eines un- das Wohl der Arbeiter hochverdienten Arbeitgebers gerichteten trefflichen Wortes.

Ebenso innig und begeistert danken wir für die herrliche Rede, durch welche Eure Majestät am 5. d. M. in Breslau die gesamte deutsche Arbeiterschaft ausgezeichnet haben.

Wir verabsäumen von ganzem Herzen jene Presse, die zu den verwerflichsten Mitteln greift, nur um den Klassenhaß zu fördern und die Arbeiterschaft zu verhetzen; wir wollen nichts gemein haben mit einer Partei, die alles, selbst das Beste, in den Schmutz zieht, die selbst an den hochherzigsten, dem Arbeiter reichsten Segen bringenden Einrichtungen nichts als nörgeln kann, die für uns Arbeiter noch niemals etwas Erfriehliches geschaffen hat und neuerdings wieder durch ihre Verhalten im Reichstag gegenüber dem Zolltarif die Interessen der Arbeiterschaft wie die des ganzen Volkes mit Füßen tritt, indem sie das ersehnte Ende der gegenwärtigen wirtschaftlichen Unsicherheit hinauszögert und dadurch besonders die auf dem Arbeiterstand wie ein Alpdrück lastende unglückselige Konjunktur über Gebühr verlängert.

Mit Ausbietung aller unsrer Kräfte werden wir dafür Sorge tragen helfen, daß der Arbeiterstand über das wahre Wesen dieser Partei immer mehr aufgeklärt werde, wie wir entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß die Socialdemokratie sich in Presse und Reichstag als Vertreterin der Arbeiterschaft breit macht. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl darf kein gutgestimmter Arbeiter einem Socialdemokraten seine Stimme geben.

Zugleich möchten wir Eurer Majestät allerunterthänigst bitten, zu einer Aenderung der Gesetzgebung die Initiative ergreifen zu wollen, damit der weiteren Vergiftung unsern Volkslebens durch eine verwerfliche Kampfesweise vorgebeugt werden kann.

Euerer Majestät allerunterthänigste Arbeiter von Bochum und Umgegend.

Eine so ungeheuerliche Aufforderung zu reaktionären Maßregeln sollen die Arbeiter von Bochum unterschreiben; ihm sie es nicht, so gefährden sie ihre „gute und gesicherte Existenz.“ Dieser Winter ist grimmig kalt und wenig zum Übernachten im Freien geeignet! Nie ist mit dem unglücklichen durch spätheligen Ausbrennung willenlos gemachten Arbeiterstimmvieh frecherer Höhe getrieben worden, als hier, wo man den Arbeitern zumutet, allerunterthänigst um die Anebelung der einzig christlichen Arbeitervertreter zu bitten. Die 22 000 Stimmen, die aller Wahlbeeinflussung zum Troge, bei der letzten Reichstagswahl in Bochum für den socialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind, werden durch die Anwendung so schmachvoller Kniffe wahrlich nicht verringert werden. Wilhelm II. aber, der in Breslau so laut seine Stimme gegen den vermeintlichen Terrorismus der Socialdemokratie erhob, wird schwerlich jemals erfahren, wie und von wem die Bochumer Arbeiter geknechtet und terrorisiert werden.

Eine Revolution in der Centrumsfraktion?

Einer der bedeutendsten, einflussreichsten und geachteten Führer der maßgebenden Partei hat sich über das Kardorff-Kompromiß der Majoritätsparteien mit der Regierung, wie uns aus zuverlässigster Quelle und nach einer stenographischen Aufnahme mitgeteilt wird, also unzweideutig u. a. ausgelassen:

„... Ganz im Geheimen sehen sich die Führer der Majorität zusammen, sie werfen sich auf als die alleinigen Schiedsrichter über das Schicksal des Gesetzes, über die bisherigen Beschlüsse des Reichstages...“

Ich möchte doch willig wissen, wie man dieses Verfahren, ich will nicht sagen rechtfertigen, sondern auch nur beschönigen kann. Ich begreife darum auch nicht, wie man die Stimmung, die ein solches Verfahren... herborgerufen hat, als eine auffallende, als eine nicht motivierte bezeichnen kann. So also ist man vorgegangen. Einseitig und im Bewußtsein, daß man so und so viel Stimmen mehr als die anderen Parteien

zusammengenommen hat, hat man die Diktatur übernommen und hat einseitig ein Abkommen mit der Regierung getroffen, welches nun den andern Parteien und dem deutschen Volke oktroyiert werden soll. Ein solches Verhalten mag man ein Kompromiß nennen; ich kenne gar viele Kompromisse, die während des Bestehens des deutschen Parlamentarismus geschlossen worden sind; ein auch nur ähnliches Kompromiß aber ist mir noch niemals vorgekommen. Dieses „Kompromiß“ wird auch draußen von dem deutschen Volke gewürdigt werden. . . .

Ich habe nicht daran geglaubt und glaube jetzt noch nicht daran, daß die verbündeten Regierungen ihrerseits auf ihrem Veto in Bezug auf alle streitigen Punkte bestanden haben würden. Jedenfalls war es unsre Sache, war es Sache des Reichstages, darauf noch eine fernere Probe zu machen und nicht alles über Bord zu werfen. . . .

Wäge man wie immer beschönigen; möge man als mildernden Umstand anführen, was man wolle, so viel steht fest: man hat in der größten Ueber-eilung gehandelt, man hat seitens der Majorität Prinzipien, man hat Bestimmungen preisgegeben, welche man selbst aufgestellt, auf welche man zuvor das größte Gewicht gelegt hatte, die man sozusagen als unentbehrlich für Deutschland erklärt hatte. Man hat sie ohne Not preisgegeben; ich bin überzeugt, das deutsche Volk weiß, wenn es hernach Schaden leidet, welchen Männern es die Schuld zu geben hat. Es weiß schon, daß bloß dieses übereilte Vorgehen, daß dieses von der Majorität so hochgerühmte Kompromiß daran schuld war. Diese Verantwortung mögen Sie tragen; ich wenigstens an meinem Teil bin froh, daß ich keinen Teil daran habe.

Wir fügen für heute nur noch hinzu, daß diese Ausführungen eines, wie wir wiederholen, hochangesehenen und einflussreichen Führers der Centrumsfraktion in der betreffenden Sitzung von einem beachtenswerten Teile der Anwesenden mit lebhaftem Bravo aufgenommen wurden. Wir wissen ferner bestimmt, daß der citierte Führer nicht mehr für den Reichstag kandidieren wird. —

Bourgeois-Socialismus.

Paris, 5. Dezember. (Fig. Ver.) In seiner neuesten Festschrift hat Millerand wohl den intimsten Inhalt seines „Socialismus“ mit exquisitester Offenheit in der Sache, wenn auch nicht in der Form, dargelegt. Er begnügt sich nicht mehr mit der indirekten Verleugnung alles dessen, was die Seele des proletarischen Socialismus ausmacht, — er zeichnet in scharfen Umrissen den positiven Inhalt seines Bourgeois-Socialismus. Im kommunistischen Manifest kann man das Nähere über diese Sorte gefälschten Socialismus lesen. Es wird sich zeigen, daß — abgesehen von den zufälligen durch die verschiedenen Zeitumstände erklärlichen Unterschieden — der Millerandsche „Socialismus“ Fleisch vom Fleische des von Marx und Engels kritisierten „konservativen oder Bourgeois-Socialismus“ der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist.

Millerand will, daß die sozialistische Partei „über die Schranken hinausgehe, in denen sie eingeschlossen war infolge der ausschließlichen und gerade daher schlecht verstandenen Sorge der besonderen beruflichen Interessen (wollt man sagen: der proletarischen Klasseninteressen!), die seine ursprüngliche Existenzberechtigung war.“ Auch die Sozialisten seien, wie alle Franzosen, daran interessiert, „die sozialen Güter zu wahren, die da heißen: nationale Stabilität, Prosperität und Unabhängigkeit in allen ihren Formen“. . . . Die Arbeiter seien ferner interessiert „an der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Achtung vor der Gerechtigkeit“, da ja „in unsren inneren Kämpfen, in den Staatsstreichen und den Revolutionen die Arbeiter die meisten Opfer zu bringen hatten“. Desgleichen müßten sie für gedeihliche Staatsfinanzen sorgen: „ohne Geld keine Reformen“, und die sozialistischen Abgeordneten müßten für das Budget stimmen: selbst die Stimmenthaltung „unter dem Vorwand der Orthodoxie“ wäre „kindisch“. Weitere „Lebensfragen“ für die Arbeiter: „Vermehrung der Produktionskräfte und des Vermögens des Landes, Verwertung seiner Naturreichtümer und seines Kolonialbesitzes“. Endlich haben „alle Franzosen das gleiche Interesse an der Stärkung Frankreichs nicht nur durch Allianzen, durch seine militärische und finanzielle Macht, sondern auch durch das Prestige, das eine große Nation vor der Welt gewinnt, eine Nation, die entschieden friedlich und entschlossen ist, ihre Kraft nur im Dienste des Rechts zu verwenden“ — aus dem patriotisch-diplomatischen Sprachgebrauch übersetzt: im Dienste der Revanche! Die Krone des Ganzen bildet natürlich die Befürwortung des Ministerialismus. Die sozialistische Partei könne auf die Jagd nach Ministerportefeuilles nicht verzichten, „ohne sich einer an den Verrat grenzenden Schwäche schuldig zu machen!“ In diesem Punkte versteht Millerand keinen Spas, da fährt er eine großkörnige Sprache!

„Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutz-zölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse; das ist das Letzte, das einzige ernst gemeinte Wort des Bourgeois-Socialismus.“ So das „kommunistische Manifest“. Millerand fügt hinzu: „Aufrechterhaltung der Ordnung, Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Ministerportefeuilles, Jaren-Alliance und Revanche! im Interesse der arbeitenden Klasse.“

Und Séraut-Richard, der Chefredakteur der „Petite République“, feiert Millerands „Werk“ in der gleichen Festschrift als ein „revolutionäres Werk“. Fälschung der Begriffe und der Worte!

Am Schluß seiner Rede sprach Millerand die Hoffnung aus, daß der nächste Kongreß der Jaurès'schen Partei sich „endgültig“ für die „reformistische Methode in allen ihren Konsequenzen“ aussprechen werde. Das wäre jedenfalls zu wünschen, damit allen noch unklaren Elementen die Augen endlich geöffnet werden. Denn im Grunde sind die Millerandschen Ideen, abgesehen von der Revanche, auch die Ideen von Jaurès.

Deutsches Reich.

Die Vorgänge in der Geschäftsordnungs-Kommission.

Die zollvolle Presse kolportiert zwei Nachrichten, wonach unser Genosse Singer bei einer von ihm anberaumten Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission allein geblieben ist, und daß der Vizepräsident Wülfing aus der Kommission ausgetreten sei, um nicht unter dem Vorhinein des Abg. Singer zu arbeiten.

Die erste Nachricht ist dahin aufzuklären, daß die Sitzung der Kommission, bei der es sich nur um die Erlaubnis zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen ein Mitglied des Reichstages handelte, eine halbe Stunde vor dem Beginn des Plenums angefangen war.

Da infolge des „Arbeitseifers“ der Majorität das Plenum um 10 Uhr vormittags anfing, so hätte die Geschäftsordnungs-Kommission um 9 1/2 Uhr anfangen müssen. Singer erfüllte seine Pflicht als Vorsitzender und erschien pünktlich, während die Mitglieder der Kommission schwänzten; — nicht etwa aus Abneigung gegen Singer,

sondern aus Faulheit — da jene Sitzung lange vor dem Konflikt Singers mit dem Grafen v. Stolberg stattfinden sollte.

Der Fall Wülfing hat ebenfalls nicht die geringste Beziehung zu dem beregten Vorfall. Herr Wülfing trat aus der Geschäftsordnungs-Kommission, weil dieser Kommission eine Frage zur Vorberatung überwiesen wurde, bei der er als Präsident beteiligt gewesen war.

Wie wenig der Fall Singer mit dem Austritt des Herrn Wülfing zu thun hat, erhellt aus der Thatsache, daß Wülfings Austritt am Mittwoch vollzogen wurde, während der Vorfall mit Singer am Donnerstag voriger Woche erfolgte. —

Zum Austritt Singers vom Vorsitz der Geschäftsordnungs-Kommission meint die „Deutsche Tageszeitung“, der Abgeordnete Singer habe sich durch dieses Schreiben gar nicht ungeschickt aus der Affäre gezogen. Die Berliner „Volk-Zeitung“ bemerkt: „Der Abgeordnete Singer handelte wie ein Ehrenmann, dem es mit der Wahrung der Würde des Parlaments ernst ist.“

Zur Vernichtung. In der „Deutschen Tageszeitung“ legt Herr Dertel einigen seiner Leser auseinander, warum er so ganz ohne jede Gefahr über die Verständigung schimpfen darf. Das rechnet er ihnen ganz ausführlich vor:

Für den Kompromißantrag treten voraussichtlich ein: 18 Freikonservative, 108 Centrumsmitglieder (nebst Hospitanten), 14 Polen, 54 Nationalliberale, 10 Essäfer und neun seiner Fraktion angehörige Abgeordnete. Das würde eine Zahl von insgesamt 213 Reichstagsmitgliedern ergeben, die entschlossen sind, auf den Boden der Verständigung zu treten. Es würde also für den Antrag auch dann eine Mehrheit vorhanden gewesen sein, wenn die gesamte deutschkonservative Fraktion sich der Verständigungsaktion nicht angeschlossen hätte. Diese Mehrheit würde aber außerordentlich gering und deshalb die Annahme des Verständigungsantrages einigermaßen zweifelhaft sein. Nun hat sich aber, wie bekannt, die Hälfte der konservativen Partei entschlossen, an der Verständigung teilzunehmen, so daß die Mehrheit also etwa 240 Abgeordnete umfassen wird. So liegen die Verhältnisse. Wir werden also durch unser ablehnendes Votum, wie gestern schon auseinandergesetzt wurde, materiell nichts erreichen.

Ein Spiel also mit sorgsam verteilten Rollen. Der eine schimpft, der andre läuft. —

Gegen die Wassermänner traten dieser Tage in der Generalversammlung des nationalliberalen Wahlvereins zu Hamoder zahlreiche Redner auf, unter ihnen der Generalsekretär der Partei, Plathmann und Chefredakteur Jakob. Plathmann erklärte: Der Antrag Kardorff bedeute einen Bruch der Geschäftsordnung und sei ein recht- und gefahrloses Mittel. Allerdings müsse der Obstruktion auf alle Fälle ein Ende gemacht werden, aber nicht auf ungesetzlichem Wege. Die Beteiligung der nationalliberalen Fraktion an dem gefehlvollen Antrag Kardorff, Arm in Arm mit Centrum und Konservativen, sei ein Schlag gegen den jüngsten nationalliberalen Eisenacher Delegiertentag, der eine entschiedene Verurteilung der liberalen Grundprinzipien gefordert habe. Die Stellung der nationalliberalen Fraktion zum Antrag Kardorff werde für die Partei im nächsten Wahlkampfe von empfindlichem Schaden sein.

Von verschiedenen Seiten wurde deshalb sogar ein Mißtrauensvotum gefordert, mindestens müsse man sich ganz entschieden gegen das von anderer Seite beantragte Vertrauensvotum betragen. Schließlich gelang es dem Stadtdirektor Tramm mit Mühe, den Sturm zu beschwichtigen und die Annahme einer leichten Einigungsresolution durchzusetzen.

Es tracht an allen Ecken. —

Der Himmel ist hoch und Diegnitz ist weit. Für den freisinnigen Stadtrat Kaufmann, der von seinen eignen Parteigenossen in den Tod gehetzt worden ist, soll am 11. Dezember im Reichstags-Wahlkreise Diegnitz-Goldberg-Hahnau ein neuer Abgeordneter gewählt werden. In einem Flugblatt, das für den liberalen, das heißt völkereigenen Kandidaten, Justizrat Vöhl, Stimmung macht wird behauptet, nicht der Socialdemokratie, sondern der freisinnigen Volkspartei sei es „ernst damit, die Zolltarif-Vorlage im Reichstage zu Falle zu bringen“.

Ebenso wie die Volkspartei mit der Hoffnung rechnet, daß kein Diegnitzer einen ungeschickten Reichstags-Bericht gelesen hätte, hofft sie auch, daß niemand die Broschüre Rautschky's „Am Tage nach der sozialen Revolution“ lennt, von der sie in ihrem Flugblatt ein blödsinniges Jербild entwirft. Die Socialdemokratie wolle die Zwergbauern drangsaliieren und für die kleinen Leute „die direkten Steuern so hoch ansetzen, daß sie das Einkommen ganz oder nahezu aufzehren“.

Ein socialdemokratisches Flugblatt antwortet darauf sehr boshaft, daß die Gefahr eines „junerlich-agrarischen Zukunftsstaates“ augenblicklich viel näher liege. Von dieser Gefahr ist aber im Flugblatt der Volksparteiler nicht die Rede. In der Hauptwahl von 1893 sind sie nur mit konservativer Wahlhilfe gegen die Socialdemokratie durchgedrungen. Sollten sie diesmal von den Konservativen aus der Stichwahl verdrängt werden, so werden sie natürlich wieder mit dem Vrotwucher gehen.

Wie in Remel, wie in Wahrenuth, wie in Forchheim, wie im Reichstage zu Berlin!

Aus dem Wahlkreise Diegnitz-Goldberg-Hahnau schreibt man uns noch: Am Donnerstag findet die Wahl in dem festesten Sitze des niederschlesischen Freisinn's statt und alle Parteien arbeiten fleißig, um das Schlachtengeld auf ihre Seite zu lenken. Die meisten Versammlungen werden von der freisinnigen Volkspartei arrangiert, die sich ansieht, unter allen Umständen ihr Bestmüßiges zu behaupten. Sie hat drei Redner aus Berlin in den Wahlkreis geschickt, Kopisch, Goldschmidt und Schuchmacher. Außerdem zieht ihr Kandidat, Justizrat Vöhl, von freisinnigen Volksgroßen umgeben, von Dorf zu Dorf. Da die Socialdemokraten nirgends ein Versammlungslokal erhielten außer im Landstädtchen Goldberg, so suchten sie in der Diskussion in gegnerischen Versammlungen zum Wort zu kommen. Troy Eugen Richters Aufforderung, den Genossen Drubns nicht reden zu lassen, mußten die Freisinnigen fast überall uns das Wort erteilen, um nicht ihr Ansehen in den Augen der Dorfbewohner zu gefährden. Wie eifrig die Volkspartei agitiert, ist daraus ersichtlich, daß sie am Sonnabend, Sonntag und Montag im Wahlkreis allein 12 Versammlungen abhielt, wenige davon gingen vorüber, ohne daß sich auch ein Socialdemokrat zum Wort gemeldet hätte. Man beachtete die Genossen allerdings die Redezeit nach Möglichkeit und hielt in einem langen Schlusssatz unbarbarisch auf uns ein: die Proletarier unter den Versammlungsbefugten geben jedoch sehr oft ihr Einverständnis mit unsern Ausführungen kund. Ganz im Stillen arbeiten die konservativen Agrarier. Von Versammlungen ist fast nichts zu merken. Der Kandidat Höhrich fährt mit dem Schlitten von Dorf zu Dorf, stellt sich den größten Besitzern vor und ersucht sie, ihren Einfluß zu seinen Gunsten aufzubieten. Auf konservativer Seite verspricht man sich von dieser Art Agitation offenbar mehr als von Versammlungen, in denen auch Gegner zu Wort kommen. Unre Hauptagitation ist die schriftliche. Das Land ist mit drei Flugblättern belegt worden, in den Städten haben wir zwei verbreitet. Alle Anerkennung verdienen die Genossen, die bei bitterer Kälte und hohem Schnee den Wahlkreis nach allen Richtungen durchgearbeitet haben. Die Angriffe, welche in den letzten Tagen gegen uns ergangen sind, haben anseuernd gewirkt. In den Fabriken hängte man die Kaiserreden unter Glas und Rahmen auf, und nach Feierabend eilten die Arbeiter dieser Fabriken mit den Flugblättern der Socialdemokratie durch die Straßen! Wir hoffen, daß unsre gewaltig beschränkte Agitation trotzdem gute Früchte trägt. —

Richter der Richter.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben: Unter obigem Titel veröffentlicht das demokratische „Warg-burger Journal“ am 5. Dezember einen Leitartikel, der in gewissen Partien allgemeineres Interesse beanspruchen kann und darum hier einer breiteren Öffentlichkeit unterbreitet werden mag. Es heißt darin:

Im deutschen Reichstag wurde der Führer der bürgerlichen Opposition dortselbst, Eugen Richter, des Verates geziehen, als er vor einigen Tagen die von der Socialdemokratie zur Verhinderung der Beratung des Zolltarifs ins Scene gesetzte Obstruktion aufs schärfste verurteilte. . . . Doch nicht über das Recht des gewalt-samen Widerstandes einer Minorität gegen eine von einer eben so gewaltthätigen Mehrheit beabsichtigte Rundtomachung wollten wir heute sprechen. Uns interessiert im „Halle Richter“ diesmal fast noch mehr die psychologische Seite dieses Vorganges. Trotz all seinem Radikalismus ist Eugen Richter doch ein Doktrinär, ein Doktrinär des parlamentarischen Wesens. Sein Leben hindurch hat er in den Mauern gesetzgebender Körperschaften gewohnt. Zwischen Landtag und Reichstag ging er einher. Er lebt und webt in Fraktion, Seniorenlösung, Plenum und Kommissionen. Stört man dieses Räderwerk seines Daseins, so steht für ihn die Welt still. Eine Welt ohne parlamentarische Disziplin kann er nicht fassen und er stellt sich vermittelnd dem Herrgott selbst wie einen würdigen Präsidenten vor, der mit der Klingel in der Hand nach Geschäftsordnungs-Paragrapphen den Erdball regiert. Es ist deshalb tiefste Ueberzeugung bei ihm, wenn er das Unheil der Disciplinlosigkeit von seiner Welt bannen möchte. Er glaubt ein verdienstliches Werk zu thun. Das Volk mag eine Weile leiden, aber das Irwerk des teuren Parlaments muß weiter riden.

Daß Eugen Richters Gesamtthätigkeit der liberalen Opposition eher geschadet als genützt hat, wird niemand bestreiten, der die Parteiführung des eigenwilligen Mannes aus der Nähe verfolgt hat. Zahlreiche Mandate sind verloren gegangen oder nicht erobert worden, weil Richter selbständige Köpfe nicht neben sich vertrug, weniger aus Herrschsucht als aus pedantischer Rechthaberei. Richter, dessen großartige rednerische und logische Bedeutung diese Menschen gewonnen hatte, verlor sie oft als Anhänger, sobald er in persönliche Verärgung mit ihnen getreten war. Er war trotz seiner besten Absichten ein Parteierstörer und Zersplitterer.

Es ist ungemein fessend zu sehen, wie die Parteithätigkeit Richters hier von einem Organ der ihm auch in der Zolltarif-Campagne eng verbündeten Süddeutschen Demokratie beurteilt wird. Das Blatt ist noch ungemein höflich gegen Richter; aber es entkräftet durch seine Ausführungen den Vorwurf Belob's nicht, es pfändert nur für mildere Umstände. Im Stern laufen seine Ausführungen darauf hinaus: Richters Verhalten war ein Verrat an der Zollopposition, aber kein Verrat aus Niedertracht, sondern — aus Unverständnis! —

Ob Eugen Richter an diesem Verteidigungsplädoyer des ihm befreundeten Blattes Gefallen gefunden hat? —

Lehmann ersehnt eine zweite Blamage. Der famose Mineralogie-Professor in Kiel, Lehmann, hat eine zweite Versammlung angefordert, zu der er seine Anhänger als Gäste einlud, das Recht der Rede aber behält er ausschließlich sich selbst vor. Ob er mit Hilfe der Beamten der Kruppischen Germania-Werke ein Väter-Duzend Personen zusammenbringt?

Die wahre Meinung der Kruppischen Arbeiter in Kiel wird eine zu Mittwochsabend in Gaarden, also dem Siege der Germania-Werke, von socialdemokratischer Seite einberufene Volksversammlung zum Ausdruck bringen. Hier wird wirklich freie Diskussion stattfinden und jede Meinung, auch die des Herrn Lehmann, der zu der Versammlung eingeladen ist, zum Wort kommen. Der professorale Don Quixote wird sich freilich hüten, seine konfusen Ansichten hier an den Mann zu bringen. —

Die „arbeiterfreundliche“ Politik des Centrums wird treffend charakterisiert durch folgende Notiz der „A. Ztg.“: „Die Stadtverordneten lehten nach stundenlangem Beratung mit 21 gegen 14 Stimmen den von dem christlich-socialen Gewerkschaftsartell gestellten Antrag ab, den Wahlsensu von sechs auf vier Marx herabzusetzen. Selbst sechs Centrums-Stadtverordnete stimmten gegen diesen Antrag.“ Das sind die Vertreter der „arbeiterfreundlichen“ Centrumspolitik. Wie werden sich die ultramontanen Blätter wieder darüber weg lägen! —

Patriotismus unter Censur. Daß die Breslauer Arbeiter zur Herstellung einer freiwilligen Kundgebung gegen die Socialdemokraten von ihren „Herren“ auf das Nächstschleueste ausgebetet, terrorisiert und geknechtet worden sind, berichten wir an anderer Stelle. Interessant aber ist auch, daß selbst die „königstreuen Arbeiter“ von der Sorte des Zukunftslandboten der freisinnigen Volkspartei in der Aechterung ihrer patriotischen Gefühle unter — Polizeicensur gestellt worden sind. Unser Breslauer Partei-Organ nämlich berichtet, wer die aus dem Innersten gequollene Ansprache des Vorknieders vorher dem Polizeipräsidenten zur Morcelur eingereicht, der eine Aenderung daran vornahm.

Welches Bild für die der Socialdemokratie feindlichen, vom Kopf bis zur Zeh durch und durch patriotischen Arbeiter, daß die Polizei sogar so gültig ist, ihnen ihre gesühvollen Wallungen zu stillieren. Ein schlichter Mann aus der Werkstatt, der unter Polizeicensur tiefe Empfindungen ausströmt — ist das nicht ein geborener Führer des Proletariats? —

Zu dem Ultimatum an Venezuela, das von Deutschland und England gemeinsam gestellt worden ist, giebt eine Denkschrift des Grafen Balow an den Reichstag den Kommentar. Danach beziffern sich die Schadenersatz-Ansprüche deutscher Bürger in Venezuela aus den Bürgerkriegen von 1899—1900 auf 1700 000 Fr., während aus dem neuesten Bürgerkriege bereits Schadenersatz-Ansprüche in der Höhe von 3 000 000 Fr. gestellt worden sind.

An und für sich ist es ja selbstverständlich, daß sich Deutschland der in Venezuela befindlichen Staatsbürger annimmt. Immerhin sollte Deutschland dem seit Jahren in den ärgsten politischen Wirren liegenden Staate, in dem der Bürgerkrieg bis zum Augenblick noch nicht völlig erloschen ist, die nötige Zeit lassen, die Ansprüche ordnungsgemäß nachzuprüfen. Auch England hat man so die Pistole nicht einfach auf die Brust gelegt, sondern ihm sehr ausgiebig Zeit gelassen, die Entschädigungen aus dem Transvaalkrieg nachzuprüfen und zu erledigen. Gerade einem kleinen, wehrlosen Staate gegenüber sollte man nicht einfach auf die brutale Gewalt des Stärkeren pochen. —

Ausland.

Italien.

Für den Süden. Die Regierung hat jetzt der Deputiertenkammer den Gesetzentwurf unterbreitet, welcher eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der südlichen Provinzen anstrebt. Danach soll die Regierung ermächtigt sein, bis zum Mai des Jahres 1904 25 Millionen Franc aufzubringen für Straßen, Wege, Wasserbauten usw. 20 Millionen sollen in den südlichen Provinzen verwendet werden. —

Die Deputiertenkammer hat das Projekt der Regierung betreffend die Municipalisation der öffentlichen Dienste mit 156 gegen 81 Stimmen angenommen. Die weitergehenden Anträge der socialistischen Fraktion wurden abgelehnt. Die Socialisten erklärten darauf, daß der Gesetzentwurf, wie er unter Mitwirkung der Regierung aus der Kommission herausgekommen ist, nicht geeignet sei, den Privatunternehmern irgendwie Abbruch zu thun, so daß die Annahme des Gesetzes für sie keinen Wert mehr habe. Diese Auffassung scheint durchaus berechtigt, denn der Pariser „Temps“ läßt sich aus Rom telegraphieren, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form den französischen Kapitalisten welche in der

Italienischen Städten mehrere Hundert Millionen Frank Kapital angelegt hätten, keinerlei Schaden mehr bringen könnte. Die Socialisten stimmten gegen das Gesetz. —

England.

Wieder ein Arbeiter-Kandidat. Dem Beispiel der Gewerksvereine folgen jetzt auch die sogenannten „Friendly Societies“ (Unterstützungs-Vereinigungen), indem sie für die nächsten Parlamentswahlen eigene Kandidaten aufstellen. So hat jetzt die Friendly Society of Ironfounders (Eisengießerei) durch Abstimmung beschlossen, ihr Mitglied Henderson bei den nächsten Wahlen kandidieren zu lassen. —

Dänemark.

Allianz gegen die Socialdemokratie. Aus der konservativen Parteigruppe der „Acht“, die sich im Jahre 1894 von der Rechten loslöste, hat sich nun eine sogenannte freikonservative Partei entwickelt, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Socialdemokratie erblickt und einen Zusammenschluß der Wohlhabenden gegen die Arbeiterklasse erstrebt. Die neue Partei hielt am 4. Dezember ihre erste Delegiertenversammlung ab. Der erste Redner war der Lehngraf Friis-Friisborg, ein reicher Großgrundbesitzer, der vor kurzem seine Waldarbeiter, die um 20 Dore Löhnerhöhung streikten, aus ihren Wohnungen vertrieb. Er charakterisierte die Stellung der neuen Partei zum gegenwärtigen Ministerium so: „Wir wollen es Euch leicht machen, den konservativen Weg zu gehen, so lange Ihr diesen Weg geht, aber wir werden Euch entgegengetreten, sobald Ihr Euch auf die radikale Seite begeben oder radikale Veranstaltungen trifft.“ — Die Partei stützt sich hauptsächlich auf die großen besitzenden Landbewohner, die, wie der Graf ausführte, die einzigen Leute sind, welche eine wirklich konservative Politik garantieren. Die Großindustriellen aber will man durch Einreden für den Zollschutz der Industrie gewinnen. Vorausgesetzt wird, wie der stonul Hej zu diesem Punkte ausführte, daß unter keinen Umständen an neue Schutzzölle gedacht werden kann. Vor der socialen Gesetzgebung warnte der Redner. Bei der Steuerreform will die neue Partei weniger Rücksicht auf die Stadtgemeinden nehmen, das heißt: die Stadtbewohner sollen zu Gunsten der Großgrundbesitzer möglichst viel Steuern zahlen; bei der Reform des kommunalen Wahlrechts aber soll auf jeden Fall die Einteilung in zwei Wählerklassen erhalten bleiben. Man sprach die Erwartung aus, daß die Linke sich bald in zwei Teile spalten würde: den radikalen und den antisocialistischen. Mit dem Letzteren zusammen könnte der Kampf gegen die Socialdemokratie geführt werden. — Unter den Gründern der neuen Partei waren auch die Leute, die vor einiger Zeit in Kopenhagen versuchten, eine Bürgerpartei gegen die Socialdemokratie im Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl zu gründen. —

Die Antwort der Bestie.

8. Dezember.

Ueber die große Protestversammlung in München wird uns noch gemeldet:

Dem Aufseher des Parteivorstandes zum Protest gegen das Treiben der Volkverräter im Reichstage waren auch die hiesigen Parteigenossen in solchen Massen gefolgt, daß der große, sechstaufend Personen fassende Saal des Münchener Kindl-Kellers wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt werden mußte. An Stelle des Genossen Bollmar, der von Berlin nicht abkommen konnte, referierte Redakteur Ed. Schmid, dessen Ausführungen mit brausendem Beifall aufgenommen wurden. Der Redner gab im Verlaufe seiner Ausführungen bekannt, daß Bollmar ihn zu der Erklärung ermächtigt habe, daß die von einem Teile der bürgerlichen Presse kolportierte Räubergeschichte, Bollmar habe das Auftreten einzelner Parteigenossen im Reichstage als eine Schande bezeichnet, von A bis Z erfunden und erlogen seien. Ein jugendlicher Vertreter der National-socialen erklärte im Auftrage seiner „neugegründeten und andauernd wachsenden Partei“, diese sei mit den Darlegungen des Referenten völlig einverstanden. Heute seien die größten Feinde des Deutschen Reiches die Junker, Pfaffen und die Advokaten des Liberalismus. Ein Demokrat Cohn verurteilte Herrn Eugen Richter in Schutz zu nehmen; so oft er aber dessen Namen aus sprach, wünte ihm stets ein tausendstimmiges Pfuil entgegen, was der demokratische Redakteur eines kleinen Lokalblättchens als ungebührlich glaubte rügen zu müssen. Die beiden Musterdemokraten mußten schließlich unter stürmischem Geschrei abtreten. Schließlich wurde folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die heutige Versammlung legt flammenden Protest ein gegen das die Aushungerung und Entrechtung des deutschen Volkes gerichtete Treiben der agrarischen Mehrheit des Reichstages. Die Versammlung hält es für schmachvoll, daß die Anträge Richthofers und Kardorff von Juristen, die Wähler des Reiches sein sollen, verteidigt werden. Noch schmachvoller ist es, daß ein hoher Justizbeamter, der Reichsgerichtsrat Spahn, sich an dem Rechtsbruch der Mehrheit in hervorragendem Maße beteiligt. Das Verhalten dieser Personen muß das Vertrauen zu der Rechtsprechung erschüttern und befechtigen. Der Umsturz von oben, die rohe Gewalt der Bundesmehrheit muß im Deutschen Reiche anarchoische Zustände hervorgerufen, für die die Protowucherer und Verfassungsbefreier die volle Verantwortung zu tragen haben, namentlich auch jene liberalen Parteien, die sich durch ihr aktives und passives Verhalten an der Volksentrechtung schuldig machen. Mit Entschiedenheit brandmarkt die Versammlung die heimtückische Taktik Eugen Richters und der von ihm geleiteten freisinnigen Volkspartei. Sie spricht der Minderheit des Reichstages für ihre entschlossene Haltung begeisterte Zustimmung aus und ist des Vertrauens, daß diese Minderheit kein Mittel unversucht lassen wird, die wirtschaftliche und politische Diktatur der Mehrheit abzuwehren.“

Ferner wird uns aus Halle gemeldet:

Zu einer imposanten Protestkundgebung gegen die Vergewaltigungspolitik der Reichsparteien im Reichstage gestalteten sich die am Montagabend stattgehabten vier Volksversammlungen, die sämtlich überfüllt waren. Eine Versammlung, zu der leider die Anmeldung zwei Minuten zu spät eintraf, wurde polizeilich aufgelöst. Im Hofgänger, wo der Abgeordnete des Kreises Genosse Kunert referierte, waren etwa 1400 Personen anwesend. Im Konzertsaal, wo Genosse Redakteur Kaul sprach, erklärte der national-socialer Pfarrer v. Bröder in der Diskussion, daß man vom christlichen und nationalen Standpunkt den Zolltarif aufs schärfste bekämpfen müsse. Auch die Versammlung in Giebichenstein, wo der Abgeordnete Genosse Thiele sprach, konnte die Teilnehmer kaum fassen. In drei Versammlungen wurden gleichlautende Resolutionen einstimmig angenommen, in denen man sich dem Verhalten der socialdemokratischen Abgeordneten einverstanden erklärte und aus sprach, der Auforderung Wilhelms II., der socialdemokratischen Partei den Rücken zu kehren, nicht zu folgen. —

In Lübeck protestierte eine von 1200 Personen besuchte Volksversammlung gegen Wuchertarif und Geschäftsordnungsbruch.

In Stettin fand im Saale der Sod-Brauerei eine von 3000 Personen besuchte Protestversammlung gegen den Zollwucher und die infame Staatsrechtspolitik der Reichstags-Mehrheit statt.

In Brandenburg sprach Genosse Neus unter stürmischem Beifall der überfüllten Versammlung gegen Protowucher und die parlamentarische Vergewaltigungspolitik. Lebhafteste Zustimmung fanden

besonders die Abfertigungen der Herren Eugen Richter und Plade.

In Kassel und Umgegend fanden fünf Volksversammlungen statt, in denen eine flammende Protestresolution einstimmig angenommen wurde.

In Dessau legten 500 Personen schärfste Verwahrung gegen die Zollwucherpraktiken und die letzten Kaiserreden ein.

In Mainz nahmen zwei glänzend besuchte Protest-Versammlungen eine Resolution gegen den Zollwucher an, in der zugleich der Haltung der Fraktion der Dank der Versammelten ausgesprochen wurde.

Zum gleichen Zweck einberufene, überfüllte Massenversammlungen brandmarkten in Mannheim und Ludwigshafen — wo zwei Versammlungen stattfanden — die zöllnerischen Vortepolitiker.

In Leipzig und Umgebung wurden am Montag zwölf Versammlungen abgehalten, die von 14000 Personen besucht waren. Es herrschte einmütige Begeisterung. Eine überall gleichlautende Entschliebung kam zur einstimmigen Annahme. Sie spricht den Vertretern der Socialdemokratie im Reichstage Anerkennung und unbedingtes Vertrauen aus. Gleichzeitig fordert sie die socialdemokratische Fraktion auf, den letzten Hauch im Reichstage dranzusetzen, um den Wuchertarif womöglich noch im letzten Augenblick zu Falle zu bringen.

Im Panttheon, wo der Kandidat für Leipzig-Stadt, Genosse Wotteler sprach, erklärte ein National-socialer, das Tischstuch sei zwischen seiner Partei und den National-liberalen zerrissen. Kein National-socialer würde in Zukunft für Herrn Haffse seine Stimme abgeben.

Auch in Colmar wurde — schon am 6. Dezember — eine Protestversammlung abgehalten. Dort wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Versammlung spricht der socialdemokratischen Fraktion ihre vollste Sympathie zu ihrem Vorgehen aus, ermuntert sie, nicht nachzulassen in dem ihr aufgedrungenen schweren Kampfe und ist der sicheren Ueberzeugung, daß die zur Zeit gegen die Socialdemokratie betriebene Hege deren Siegeslauf nicht aufzuhalten vermag.

Alles in allem, wir dürfen mit der Agitationsarbeit, die unsre Gegner in den letzten Wochen für uns geleistet haben, außerordentlich zufrieden sein! —

Weitere Protestversammlungen fanden in Bremerhaven und Wörlitz (Lauenburg) statt. An der ersteren beteiligten sich 2000 Personen.

Partei-Nachrichten.

Gleich dem „Vorwärts“ können auch andre Parteiblätter aus den letzten Tagen ein erfreuliches Wachstum ihres Abonnentenstandes konstatieren. Eine solche Mitteilung machte die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund, die „Volkswacht“ in Breslau, die „Medienburgische Volkszeitung“ in Rostock und die „Volkswacht“ in Bielefeld. Die „Volkstimme“ in Chemnitz, aus deren Verbreitungsgebiet im vorigen Jahre durch Parteibeschluß einer ihrer besten Wahlkreise ausgeschieden ist, hat in der letzten Zeit so stark an Abonnenten zugenommen, daß ihre Auflage jetzt 21 000 beträgt.

Gemeindevahlen. Bei den Städtewahlen in Herford (Westfalen) standen zwei Parteigenossen gegeneinander und einer gegen einen Gegner in Stichwahl. Daß ein Parteigenosse gewählt werden mußte, war daher gewiß; es wurden aber beide gewählt. Der bürgerliche Gegner hatte bei der Hauptwahl 348 Stimmen erhalten, jetzt erhielt er 188, unser Genosse 349 Stimmen. Die Essener Kaiserrede wurde als Agitationsmittel gegen uns benützt und den Erfolg sieht man an den Zahlen.

In Pöhlau bei Dresden wurden zwei Parteigenossen gewählt und in Rochwitz bei Dresden einer.

Reichstagskandidaturen. Für den Wahlkreis Kalbe-Afchersleben wurde Genosse Albert Schmidt einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt. Für Schleswig-Edernförde kandidiert Genosse Paul Hoffmann aus Hamburg. Im 4. württembergischen Wahlkreise ist Genosse Karl Sperka aufgestellt. Für den Wahlkreis Wiesbaden wurde Genosse Gustav Lehmann, Geschäftsführer der „Mannheimer Volkstimme“, aufgestellt.

Eine Aenderung ihrer Organisation beschloßen die Parteigenossen des 2. nassauischen Wahlkreises (Wiesbaden). An Stelle der bisherigen 2 Wahlvereine wurde ein einziger Kreiswahlverein gebildet, der seinen Sitz in Wiesbaden hat und alle Geschäfte des Kreises zu besorgen hat.

Aus Industrie und Handel.

Statistische Erhebungen über die Arbeitszeit in Comptoiren. Am Sonnabend, den 6. Dezember, fand im Kaiserlichen Statistischen Amt in der Abteilung für Arbeiterstatistik eine Sitzung des Ausschusses für die Comptoirerhebung statt. Auf der Tagesordnung stand die Vorlage von Ergänzungen der statistischen Erhebungen, ferner die Beratung über die an die Verbände, Vereine und Handelskammern zu stellenden Fragen, sowie über den dem Beirat zu machenden Vorschlag betreffs der Auswahl der Verbände und Handelskammern, an welche die vom Beirat demnächst zu beschließenden Fragen gerichtet werden sollen. Der Ausschuss beschloß, die Ueberlichten dem Beirat vorzulegen. Die an die Verbände und Handelskammern zu stellenden Fragen wurden alsdann einzeln festgestellt. Bezüglich der Auswahl der Verbände, Vereine und Handelskammern schlägt der Ausschuss vor, in der Weise zu verfahren, daß zunächst eine kleinere Anzahl von Verbänden aufgefordert werden solle, alle ihnen bekannten, in Betracht kommenden Vereinigungen zu bezeichnen. Aus diesem Material wird das Kaiserliche Statistische Amt alsdann eine Auswahl treffen. Bezüglich der Handelskammern soll in der Weise verfahren werden, daß der Ausschuss des Handelstages um die Bezeichnung der für die Befragung anlässlich der vorliegenden Erhebung geeigneten Handelskammern ersucht werden soll.

Ueber die Beschäftigung in der Düsseldorf-Metallindustrie berichtet die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: In Düsseldorf beträgt die Zahl der augenblicklich beschäftigten Metallarbeiter im Stadtbezirk etwa 14 000, die Vororte inbegriffen rund 20 000. Diese Zahl dürfte um 3—4000 niedriger sein als vor zwei Jahren. Diesen Anfall hat hauptsächlich die Maschinenindustrie zu tragen. So reduzierte die Rheinische Maschinen- und Metallwarenfabrik ihre Arbeiterzahl von 2500 auf etwa 1000, also um 900 Mann. Direkte Entlassungen kommen augenblicklich selten vor. Die meisten Fabriken beschränken sich vielmehr darauf, die regelmäßig abgehenden Arbeiter nicht zu ersetzen. Dafür sind aber die Betriebs-einsparungen ganz beträchtlich. Welsch wird nur 6—8 Stunden täglich gearbeitet; in andern Werken ist zwar die tägliche Arbeitszeit nicht verkürzt, es ruht aber der Betrieb an 1—2 Tagen der Woche ganz und gar. Auch kommt es vor, daß die Arbeiter abwechselnd einige Tage nach Hause geschickt werden. Die Löhne sind um durchschnittlich 25—30 Proz. niedriger als vor zwei Jahren. Gegenüber dem schlechten Geschäftsgang in den meisten Betrieben muß allerdings hervorgehoben werden, daß einige wenige Fabriken zur Zeit sehr flott beschäftigt sind. So stellt eine Fabrik für Eisenkonstruktion eben erst an 200 Arbeiter ein.

Verzollung deutscher Emaillewaren in den Vereinigten Staaten. Das Zoll-Nachschätzungsamt hat am Sonnabend, wie aus New York berichtet wird, seine Entscheidung bezüglich der vom deutschen Generalkonsul Wüning eingelegten Beschwerde über die bei der Verzollung deutscher Emaillewaren geübte Praxis gefällt. Die Entscheidung ist zwar, wie üblich, nicht veröffentlicht worden, es heißt aber, daß das Nachschätzungsamt der Emaillewaren-Importgesellschaft Strassky

einen Zollnachschuß von 5 Proz. mit Rücksicht darauf gewährt hat, daß die Gesellschaft die Waren in nicht assortiertem Zustande kaufte. Die Strassky-Gesellschaft hatte einen Zollnachschuß von 15 Proz. verlangt.

Außenhandel Oesterreich-Ungarns. Nach der Statistik des östereichischen Handelsministeriums gestaltete sich der auswärtige Handel des östereichisch-ungarischen Zollgebiets in den ersten zehn Monaten des laufenden und des vergangenen Jahres:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1901	1902	1901	1902
Handelswert in tausend Kronen.				
Rohstoffe	794 388	839 670	667 476	706 644
Halbfabrikate	189 234	200 169	227 711	230 406
Ganzfabrikate	305 085	375 040	640 349	643 827
Edelmetalle und Münzen	136 861	128 208	35 511	58 001
Zusammen	1 485 568	1 552 087	1 577 047	1 639 878

Die Vermehrung der Ausfuhr entfällt demnach ausschließlich auf Rohstoffe und Edelmetalle; die Ausfuhr von Fabrikaten ist stehen geblieben.

Sociales.

Die Existenz der Arbeiter!

Auf dem Wege von Rothenföhrde nach Neu-Stahfurt fanden Arbeiter, die zur Arbeit gingen, vor einigen Tagen früh einen erfrorenen Menschen. Die Fäße und Arme waren dem armen Manne direkt abgefroren. Es wurde vom Salz-Bergwerk Neu-Stahfurt schnell ein Krankenford herbeigeschafft und dann der Aermste nach dem Stahfurter Krankenhaufe transportiert. Der Mann heißt B. Reichert aus Agendorf und war auf dem Salzbergwerk Neu-Stahfurt Fabrik 4 vierzehn Jahre lang in Arbeit. Er wurde, als vor etlicher Zeit Arbeitern dort gekündigt wurde, mit entlassen, ist 52 Jahre alt und bis jetzt arbeitslos. Es ist fraglich, ob er mit dem Leben davon kommt. B. ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Die „Straßburger Zeitung“, ein bürgerliches Blatt, schreibt unterm 5. Dezember:

Wir befürchten, daß bei diesem grausamen Frost- und Schneewetter Frankreich noch mehr wie einmal „hochleben“ wird. Dem obdachlosen Kleberplahbruder lag jedenfalls nicht das Wohl und Wehe unsres Nachbarlandes am Herzen, als es gestern nachmittag mit Bivatrufen überschüttete. Bei seinem Hochgeschrei auf das schöne Franzosenland hatte er es das eigne Wohlsein im Auge, sein jammervolles Dasein menschenwürdig zu gestalten in einer Zeit, wo Schnee und Eis herrscht und der verstoßene Proletarier ohne Arbeit auf der Straße umherirrt, auf die Gnade oder Ungnade einer mildthätigen Hand angewiesen. So begab sich denn der Mann von der Straße — es war gestern mittag um 3 Uhr in der Marktstraße — zu einem dort postierten Schutzmann, seinem Vetter in der Rot, und kichle den Mann der öffentlichen Ordnung und Sicherheit an, ihn doch „mitzunehmen“, nämlich zum Polizeibureau. Der Arm der Gerechtigkeit wies dies Ansuchen zurück. Damit war dem Obdachlosen nicht geholfen. Eine Fensterscheibe, so drückte er sich aus, wolle er nicht einschlagen, darum rief er laut aus vollem Halse: „Vivo la Franco!“ Das wiesle Wunder. Der hungrige Bruder wurde alsbald von dem Hüter der Ordnung in Nummer Sicher gebracht, wo er wenigstens das zum Leben Notwendigste fand.

Telegraphische Meldung aus Frankfurt a. Main vom 6. Dezember:

Heute vormittag wurde in einem Gartenhaufe in Sachsenhausen der 70 jährige Tagelöhner Martin Kohn erfroren aufgefunden. In Jangenberg bei Zeitz wurde die Ortsarme Witwe Schulz im Armenhaufe erfroren aufgefunden.

In der Gegend von Grimma wurde der 52jährige Handwerksbürliche Wühlberg aus Döbeln auf der Landstraße erfroren aufgefunden.

Eine Zählung der Arbeitslosen wurde am Sonntag in Magdeburg vorgenommen. Nach vorläufiger Feststellung wurden 3197 gänzlich Arbeitslose und 2519 mit beschränkter Zeit Arbeitende ermittelt. Dazu bemerkt unser Magdeburger Parteiblatt überdies, daß viele Arbeitslose den Zählern die Auskunft verweigerten mit der hoffnungslosen Erklärung, daß es ja doch nichts nütze. Unter den Arbeitslosen sind etwa 1800 Familienhäupter mit mehr als 3000 Kindern.

Zur Einführung der Proportionalwahl beim Gewerbegericht hat der Stadtrat in Karlsruhe eine Vorlage ausgearbeitet und sie dem Gewerbegericht zur Begutachtung überwiesen.

Feuerbekämpfung und Kirche. Die evangelische Landesynode im Großherzogtum Sachsen-Weimar hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Geistlichen die Teilnahme an der Feuerbekämpfung zu gestatten und die Befreiung der Kirchensteuer auf den kirchlichen Friedhöfen zu genehmigen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Hausperre wegen schlechten Materials zum Ofenfeuern. Die hiesige Filiale des Centralverbandes der Töpfer hat einen Van in der Schreinerstraße gesperrt, und zwar nicht deshalb, um materielle Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, sondern aus Rücksicht auf das Wohl der Mieter, welche künftig in dem betreffenden Hause wohnen werden. Den Töpfern wurde nämlich zur Herstellung der Ofen Material von so schlechter Beschaffenheit — meist von alten abgebrochenen Häusern herrührend — geliefert, daß sie erklärten, sie könnten es mit ihrer Ehre nicht vereinbaren, die Hand zu einer offenbaren Täuschung und Benachteiligung der künftigen Bewohner des Hauses zu liefern. In einer Versammlung, die sich mit dieser Angelegenheit befahte, wurde auf den allgemein bekannten Umstand hingewiesen, daß sich so manches Zimmer trotz Aufwendung von vielem Heizmaterial nicht genügend erwärmen lasse. Im Publikum sei die irrige Annahme verbreitet, daß die Töpfer durch mangelhafte Arbeit diesen Uebelstand verschuldet hätten. In Wirklichkeit sei die mangelhafte Beschaffenheit der Ofen in den allermeisten Fällen nur auf schlechtes Material zurückzuführen, und komme es nicht selten vor, daß die Töpfergesellen derartige Material als ungeeignet bezeichnen, ohne indeß Erfolg damit zu erreichen. Die moderne Bauweise in den Miethäusern geht eben nur auf äupere Wirkungen hinaus. Es soll nach etwas ansehen, wenn auch der Wert und die Gebrauchsfähigkeit nur mangelhaft sind. Es ist ein schlechtes Zeichen für die Solidarität der Unternehmer, wenn die Arbeiter aus Gründen der hier erwähnten Art die Arbeit verweigern müssen.

Ein Erfolg organisierter Arbeitnehmer. Bei den am Montag erfolgten Delegiertenwahlen der Arbeitnehmer zur Orts-Krankenkafe für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker siegte die Liste der centralorganisierten Handels- und Transportarbeiter sowie der Handlungsgehilfen und -Geschäftsmen mit 2822 Stimmen über die Liste der vereinigten Gegner, bestehend aus dem Verein Berliner Hausdiener, Verein der Kassenboten, Sozialverband der Hausdiener und den antisocialistischen Handlungsgehilfen, welche 1025 Stimmen erhielten. Der Wahlkampf wurde von beiden Seiten mit großer Lebhaftigkeit geführt.

Deutsches Reich.

Der Vorstand des Handshuhmacher-Verbandes, der sich feinerzeit unter dem Ansturm der Wirtschaftskrisis zu einer Herabsetzung der Unterstützungsleistungen des Verbandes und zur Erhebung einer

Erstrafener genötigt sah, hat jetzt, nachdem die schwerste Periode überstanden scheint, die Wiederherstellung des ordnungsmäßigen Zustandes in Erwägung gezogen und diese Frage einer Konferenz des Vorstandes, Ausschusses und der Ortsvorstände der von der Strafe am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Zahlstellen unterbreitet. Diese Konferenz empfahl dem Vorstand und Ausschuss, vom 1. Januar 1903 ab wieder den statutenmäßigen Satz von Arbeitslosen-Unterstützung auf die Dauer von 56 Tagen einzuführen, die Zahlung von Heiße-Unterstützung am Orte über diese Dauer hinaus bis zu 112 Tagen in das Ermessen des Vorstandes zu stellen, sowie als Erstrafener nur noch zwei Extrabeiträge pro Quartal bis auf weiteres zu erheben. Vorstand und Ausschuss haben demgemäß beschlossen.

Die Wirkung der Krise in der Handschuhindustrie geht übrigens auch aus einem vom Verbandsvorstande herausgegebenen Bericht für die Zeit vom 1. Januar 1901 bis 30. Juli 1902 hervor. Die Einnahmen dieser etwa 3000 Mitglieder umfassenden Organisation haben in diesen 1 1/2 Jahren 104 542 M. betragen, während insgesamt 101 210 M. ausgegeben werden mußten; so daß also die Ausgaben die Einnahmen um 3338 M. überstiegen. Allein für das Jahr 1901 mußten für 102 284 Tage, an welchen nicht gearbeitet wurde, Unterstützung gezahlt werden. Zeitweise belief sich die Zahl der Arbeitslosen, Streikenden und Ausgesperrten bis auf 900, das sind 25 Prozent der gesamten Berufsangehörigen. Der Bericht konstatiert, daß nur im letzten Viertel des Jahres eine nennenswerte Besserung zu verzeichnen ist.

Geistliche Diktatur in Arbeiterorganisationen. Das Sauerland, der südwestliche Teil Westfalens, ist noch immer einer der gesegneten Landstriche, wo der Geistliche fast unbeschränkt über die Gemeindefinassen herrscht. Hier hatte der Führer der christlichen Metallarbeiter, Wieber, einen gewissen Anhang gewonnen, und auch die Pfarrer waren früher für ihn thätig gewesen. Jetzt hat sich das Blatt geändert. Das Wieber'sche Organ berichtet aus einem sauerländischen Orte, der Pfarrer habe kurzerhand die Zahlstelle des Wieber-Verbandes aufgelöst und die frühere Wieber'sche Ortsgruppe dem neuen, gegen Wieber gegründeten Metall- und Hüttenarbeiter-Verbande angegliedert.

In einem anderen sauerländischen Orte hatte der Hirsch-Tunder'sche Bergarbeiter-Verband eine Ortsgruppe gebildet. Als nun eine Versammlung arrangiert war, kam auch der Herr Pfarrer und erklärte, daß es mit der Vereinsgründung nicht richtig zugeht. „Warum hat man mich nicht gefragt? Man hat doch auch sonst noch was zu sagen als auf der Stange.“ Diese göttliche Unrichtigkeit kennzeichnet die Ansprüche der Kleriker. Und richtig — auch dieser Pfarrer brachte die nicht von ihm genehmigte Ortsgruppe zur Auflösung!

Die Arbeiter, welche sich eine solche Bevormundung durch Geistliche gefallen lassen, sind allerdings noch weit zurück. Da thut Aufklärung und Bekämpfung des Selbstwahrheitsseins dringend not.

Ausland.

Zum Ausstand der Seeleute in Marseille. Der Ministerrat beschäftigte sich am Dienstag mit dem Matrosenausstand in Marseille und beauftragte den Admiral Rouvier, die ausländischen Matrosen und Schiffahrtsgesellschaften im Namen der Regierung zu ersuchen, ein Schiedsgericht anzunehmen.

Die Antwort der Meder auf die Forderungen der ausländischen Matrosen ist am Montagabend erfolgt; sie erbot sich, die Besatzungen der Dampfer unter den alten Bedingungen wieder einzustellen und erklären, daß die Bedingungen des früheren Vertrages von ihnen nicht angetastet worden seien.

Die Bremser der Mittelländischen Eisenbahn haben den Streik erklärt. Sie hatten eine Aufbesserung der Löhne von 8,30 auf 3,00 Frank pro Tag verlangt und Antwort von der Direktion bis zum 20. November erbeten. Die Direktion will die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen.

Die Lokomotivführer Österreichs hielten am 6. d. M. einen Kongress in Wien ab, der von hundert Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht war. Der Kongress nahm eine Resolution an, worin die Lokomotivführer ein Anfangsgehalt von 1200 Kronen fordern, welches im Laufe von 20 Jahren auf 2400 Kronen steigen soll. Kilometergeld und Prämien sollen abgeschafft und durch feste Bezüge ersetzt werden. Weiter wird die achtstündige Arbeitszeit gefordert, Errichtung einer Bahnspektion, Versorgung bei Invalidität, sowie Verschärfung der Eisenbahnen. — Nach einem Referat über die Organisation wurde mit 48 gegen 43 Stimmen der Anschluß der Lokomotivführer an die bestehende gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner beschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Eine ganze Kollektion von Verbrecher-Spinnnamen wurde bei einer Anklage wegen Diebstahls herab, die gestern den Schlossergesellen Georg Richter, den Tischler Adolf Drehmer, den Steinbildner Paul Blankenburg und den Schlosser Karl Wesseli vor die erste Strafkammer des Landgerichts II führte. Der „Friedel“, der „Stabaler-Criss“, der „Tischer-Adolf“, der „Moabiter Max“, dann „Kaufmann“, „Wiss-Karl“, der „rote Paul“, der „Berliner Herrmann“, der „Wagner-Adolf“ und der „Heine Cohn“ sollen, wie vermutet wird, zu der Einbrecherbande gehört haben, die im Hochsommer d. J. das benachbarte Steglitz in Brand gesetzt hat. Wie i. J. gemeldet wurde, pflegte sich die „ausgezeichnete Genossenschaft“ hier in Berlin auf dem Donhofplatz im Kenderzovus zu geben, hier ihre nächtlichen Feldzüge auf zu verabreden und dann mit verteilten Rollen nach Steglitz zu pilgern. Es ist nur gelungen, die vier Angeklagten als Teilnehmer an diesen Vandalenfahrten festzunehmen, die Thätigkeit der übrigen ist unaufgeklärt geblieben, wie denn deren Persönlichkeiten überhaupt noch von einem mythischen Dunkel umgeben sind. Richter, Drehmer und Blankenburg haben in der Nacht zum 22. August eine erfolgreiche Spritzfahrt nach Steglitz gemacht. Mittels Dietrichs drangen sie in das Haus Eisenstraße Nr. 1, erbrachen dort drei Bodenlammen, die durch Kaminöffnungen verschlossen waren, und stahlen aus verschlossenen Schränken, die sie gleichfalls erbrochen mußten, eine große Zahl von Wertgegenständen. Diese packten sie in zwei Handkoffer und einen Pappkarton und verließen, mit diesen Schätzen beladen, ungestört das Haus. Nicht weit von dem Thortor wurden sie von dem Nachwächter Brief zwar gesehen, aber nicht angehalten. Im ganz sicher zu gehen, gaben die Einbrecher den Pappkarton sehr bequem und einfach bei der Aufbewahrungsstelle der Eisenbahn-Direktion am Anhalter Bahnhof in Berlin auf. Den Aufbewahrungsschein nahm Richter an sich. Unglücklicher verlief die zweite Erkursion nach Steglitz, welche die Angeklagten Blankenburg und Wesseli in der Nacht zum 23. August unternahm. Sie öffneten mittels Nachschlüssels die Haustür des Hauses Eisenstr. 2 und erbrachen eine ganze Anzahl Bodenlammen. Aus den dort in Ritzen und sonstigen Behältnissen bewahrten Sachen wählten sie sich die besten aus und packten sie auf einen Kasten, um sie mitzunehmen. Im Hause war man jedoch inzwischen auf den nächtlichen Bodenlaut aufmerksam geworden und die Bewohner wurden alarmiert. Als die beiden Einbrecher dies merkten, rissen sie schnell einige der aufgeschloffenen Sachen an sich, schwangen sich durch die Dachlücke, kletterten über das Dach des Hauses und das Nebenhause nach dem Dache Albrechtstraße 95 und gelangten durch die Dachöffnung auf den Boden des Hauses. Sie begaben sich dann die Treppe hinunter und wollten auf diesem Wege das Haus verlassen. Es gelang ihnen aber nicht, da die Haustür verschlossen war. Sie wurden bemerkt und von dem Portier Khabday festgehalten. Während man die Polizei herbeiholt, verbargen die Angeklagten die mitgenommenen Sachen unter den Treppenläufern und einer Fußbede. — Blankenburg „piff“ sehr bald und so konnten denn auch die Angeklagten Richter und Drehmer schon am nächsten Tage freigesprochen werden. Bei beiden wurden verschiedene Sachen vorgefunden, die aus dem 22. verübten Einbruch herrührten. Richter war außerdem noch im Besitz des oben erwähnten Eisenbahn-Aufbewahrungsscheins und verurteilt auf der Verantwortl. Redaktion: Carl Feid in Berlin. Inzeratenteil verantwortl.: Th. Glone in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt

Polizeiwoche vergeblich, ihn durch Herunterschleiden zu beseitigen. — Die Beweisaufnahme ließ keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um planmäßig ausgeführte Vandalendiebstähle handelte. Der Staatsanwalt beantragte Zuchthausstrafen in Höhe von 1 Jahre, 2 Jahren, 1 Jahr und 1/2 Jahr. Rechtsanwalt Dr. Werhauer plädierte auf mildernde Umstände, die er daraus herleitete, daß die Angeklagten noch jung seien und noch keine allzu erheblichen Vorstrafen aufzuweisen haben. — Der Gerichtshof verurteilte Richter zu 1 1/2 Jahren, Drehmer gleichfalls zu 1 1/2 Jahren, Blankenburg zu 1 1/2 Jahren und Wesseli zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

Eine Anklage wegen Vergehens gegen das Lotteriegesez wurde gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I gegen vier Inhaber der „Internationalen Fahrrad-Gesellschaft m. b. H.“, die Geschäftsführer Max Hermann und die Kaufleute Ludwig Sachs, Theodor Schuppli und Adolf Rosenau verhandelt. Die genannte Gesellschaft hatte in umfangreichem Maßstabe Fahrräder nach dem bekannten „Gella-Hydra- oder Schneeballsystem“ betrieben. Der Gerichtshof verurteilte das Fräulein Hermann zu 300, Sachs zu 150 und Schuppli und Rosenau zu je 500 Mark Geldstrafe.

Eine Erpressungsanklage gegen organisierte Arbeiter wurde am 9. Dezember von dem Landgericht II zu Berlin verhandelt, einer jener Strafprozesse, die eine Frucht der Rechtsprechung des Reichsgerichts und eine Folge der bekannten Verfügung des preussischen Ministers des Innern und der Justiz sind. Am 30. Juli 1901 arbeiteten auf einem Neubau zu Treptow 24 Maurer, von denen eine Anzahl verschiedenen Organisationen angehörte, sechs jüngere Leute nicht organisiert waren. Es kam zwischen beiden zu Differenzen, die die Organisierten auf unpassendes und provozierendes Betragen der Nichtorganisierten zurückführten. In der Mittagspause erklärten die Maurer Pünzlitz und Blytwar dem Polier Dingler, daß sie mit den Nichtorganisierten nicht weiterarbeiten wollten. Dabei wurde auch davon gesprochen, daß die andren keine Papiere hätten, und der Polier sagte dies so auf, daß sie mit den andren nicht zusammenarbeiten wollten, weil sie nicht in der Organisation wären. Der Polier erwiderte, wer gehen wollte, könnte gehen, worauf die 17 Organisierten sich andre Arbeitsplätze suchten.

Die Folge dieses einfachen Hergangs war eine Anklage wegen Erpressung gegen die sämtlichen Organisierten, soweit man sie hatte ermitteln können, und so standen nicht weniger als 15 Maurer, größtenteils ältere, unbescholtene Leute, vor den Schranken des Gerichtes. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten weder die Nichtorganisierten zum Eintritt in die Organisation aufgefordert, noch eine solche Absicht dem Polier gegenüber geäußert hatten. Von dem einen Angeklagten Scholz wurde erwiesen, daß er am fraglichen Tage überhaupt nicht mehr auf dem Bau gearbeitet, sondern schon einige Tage früher aufgebört hatte. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Wortführer je vier Monate, gegen jeden andren Angeklagten, abgesehen von Scholz, drei Monate Gefängnis. Er bezeichnete den Fall als typisch für den von der Organisation geübten „Terrorismus“ und sah es als selbstverständlich an, daß die Angeklagten durch ihr Vorgehen die Nichtorganisierten zur Teilnahme an der Organisation hätten zwingen und dadurch der Verbandskasse und mittelbar auch sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil hätten zuwenden wollen. Die Verteidiger Rechtsanwältin Wolfgang Heine für die Zentralorganisierten und Dr. Hugo Steinmann für die Lokalorganisierten bezeichneten die Anklage als typisch für die irrigen Auffassungen vom Wesen des Koalitionsrechts, und wiesen nach, daß die Angeklagten lediglich von ihrem gesetzlichen Recht, eine ihnen nicht zuzugewandene Arbeitsstelle zu verlassen, Gebrauch gemacht und keinerlei Zwang auf die Nichtorganisierten ausgeübt hätten, daß auch von einem rechtswidrigen Vermögensvorteil nicht die Rede sein konnte. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte von der Anklage der Erpressung frei und verurteilte nur einen, dem außerdem eine Körperverletzung zur Last gelegt wurde, wegen dieser zu einem Monat Gefängnis.

Verfammlungen.

Die Brauerei-Arbeiter hielten am Sonntag in Keller's Saal eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Dendur erörterte den Bericht des Kuratoriums über den Arbeitsnachweis der Brauereiarbeiter. In den vergangenen 11 Monaten sind die Einschreibungen und Einstellungen Arbeitsuchender gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgeblieben. Eingeföhren wurden 4770 und eingestellt 2927 Personen gegen 8836 resp. 3782 im Jahre 1901. Es waren 9216 Aufforderungen nötig, um die 2927 Einstellungen zu bewirken. Die ganze Arbeitsvermittlung hand unter der Einwirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise. Wie sehr die Arbeiter ihre einmal erhaltene Beschäftigung festhalten, ist u. a. auch daraus zu sehen, daß die Alkoholenkäufer der Spandauer Brauerei sogar für einen Wochenlohn von 15 M. arbeiten. Der Zuzug von Lande ist fast gänzlich verstopft, die überstoßte Mehrheit der Arbeitsuchenden sind in Berlin ortsunfähig. Im Monat November waren 558 Brauerei-Arbeiter arbeitslos. Ohne Vermittlung durch den Arbeitsnachweis sind 156 Personen eingestellt worden. Vornehmlich sind es die Berliner Brauerei und die Spandauer Brauerei, die den Arbeitsnachweis nur höchst selten benutzen, so z. B. hat erstere nicht einen einzigen ihrer feiten Brauer durch den Nachweis eingestellt. Von den Beschloßen des Kuratoriums ist folgender erwähnenswert: Wer von den Arbeitsuchenden bei seiner Meldung auf dem Nachweis verweigert, daß er noch in Arbeit steht, der kann auf ein Jahr von der Eintragung in die Nachweisliste ausgeschlossen werden. — In der Diskussion demängelten mehrere verschiedene Einrichtungen dieses partiellen Arbeitsnachweises und sprachen die Erwartung aus, daß die demnächst aus den Reihen der Arbeiter zu wählenden Mitglieder des Kuratoriums für eine bessere Ausgestaltung desselben Sorge tragen möchten. Als Kandidaten für das Kuratorium wurden aufgestellt die Brauer Träger und Heyder und die Hilfsarbeiter Jordan und Carl. Ueber den Arbeitsnachweis für die ringfreien Brauereien, der in Händen der Arbeiterorganisation liegt, soll in einer späteren Versammlung ausführlich gesprochen werden. — Den Bericht der Agitationskommission gab Keumann. Danach haben mit 22 Brauereien 64 Verhandlungen über Lohn- und Entlassungsbedingungen usw. stattgefunden, wovon 51 zu Gunsten der Arbeiter erledigt sind, darunter die ziemlich ernste Angelegenheit mit der Brauerei Köpov. Ein erfreuliches Anzeichen der Mitgliederzahl hat die Organisation zu verzeichnen infolge der mit den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarung betreffend § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des im Anschluß hieran geschaffenen Einigungsamtes in Berlin. Schon im Frühjahr 1901 wurde von der aus beiden Sektionen des Verbandes zusammengesetzten Agitationskommission anlässlich einer Beschwerde an den Verein der Brauereien von Berlin und Umgegend über Nichterhaltung der früheren Vereinbarungen bezügl. der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch zugleich der Wunsch ausgesprochen, über die Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Vereinbarung zu treffen, ähnlich wie es von Verbandseite schon an mehreren Orten geschehen war. Die Verhandlungen hierüber haben sich bis zum 12. November 1902 hingezogen und sind dann schließlich zu einer Verständigung geblieben, welche Krankheitsfälle, militärische Dienstleistungen und sonstige Fälle unvorhersehbarer Arbeitsverhinderung sowie den einem Arbeiter gewährten Urlaub in sich schließt. Gleichzeitig ist ein Einigungsamt geschaffen worden, zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzt, um alle aus dem Arbeitsverhältnis erwachsenden Streitfragen nach Möglichkeit zu schlichten. Den Vorsitz führt ein Arbeitgeber, im Behinderungsfalle ein Arbeitnehmer, beide haben gleiche Rechte. Die Bestimmungen treten am 1. Januar 1903 in Kraft. — Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das den Reichstagsparteien des Reichstages seitens der Regierung beioiefene Entgegenkommen bezügl. der Erhöhung des Brauerlohnzolls über die Regierungsvorlage hinaus, wo-

durch eine Steigerung der Produktionskosten für die Brauereien im Falle der Annahme des Zolltarifs herbeigeföhrt wird, die dann er-fahrungsgemäß in erster Linie auf die Arbeitnehmer in Form von Lohnverhinderungen und Arbeitsverlängerungen abgewälzt wird.“ Ferner wurde in wenig schmeicheltlicher Weise das Verhalten der sogenannten unparteiischen Presse besprochen und die Arbeiter zum Abonnement des „Vorwärts“ aufgefordert.

Aus der frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Nonn-mandantenstr. 20, Vortrag des Herrn Dr. H. Lutz über: „Der märkische Land“. — Die Zahlstellen unseres Vereins befinden sich bei Frau Banjeram, Pappel-Allee 128 I; Frau Moritz, Stoppenerstraße 81, S. IV; Frau Seinfopf, Schwedterstr. 31; Frau Kaufke, Kottboderstr. 16; Frau Seeger, Kolbergerstr. 26. Auch sind in den Zahlstellen wie im Verein Villet für die Kramia zu unsrer am 25. Januar stattfindenden Sondervorstellung zu haben. Der Vorstand.

Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen erläh die „Centralstelle für Wahrung der Interessen des Wähererwerbeseines beweglichen Aufstuf und teilt darin mit, daß sie eine Eingabe an den Bundesrat vorbereitet. Der Aufstuf ist unterzeichnet: „L. Kalibrum-Hoya, Göttingen.“ Unter Parteiblatt in Hannover behauptet, daß dies ein Pseudonym sei für den Wandervogel der deutschen internationalen Handlungsgesellschaft Ernst Ketterborn in Göttingen. Wenn das richtig ist, dann hätte man in dem Herrn gleichzeitig den Vorläufer einer Arbeiterorganisation und einer Unternehmerorganisation.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Antwort der Breslauer Arbeiter.

Breslau, 9. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Protestversammlung der Breslauer Arbeiter, die am Montag wegen eines Formfehlers — auf der Anmeldung stand ein falsches Datum — aufgelöst wurde, fand am Dienstag statt.

Im Saale waren 2000 Personen anwesend. Die ganze Umgebung war schwarz von Menschen. Genosse Löwe begründete unter jubelnden Beifall nachstehende Resolution:

Gegenüber den Angriffen auf die deutsche Socialdemokratie, welche in den letzten Tagen heftiger als je zuvor unternommen worden sind, bekunden die heute versammelten Arbeiter Breslaus ihr völliges Einverständnis mit der parlamentarischen und agitatorischen Thätigkeit der Socialdemokratischen Partei; sie glauben, daß ihre Arbeiterinteressen im Reichstage von niemand besser und nachdrücklicher vertreten werden, als von der socialdemokratischen Fraktion, in der sich ja auch Arbeiter in überwiegender Zahl befinden. Die Breslauer Arbeiter danken der Fraktion für die mannhafteste Bekämpfung des Zolltarifs und erkennen an, daß die stürmischen Auftritte im Reichstage nur herbeigeföhrt werden konnten durch die mehrfachen Rechtsbrüche der hronwunderfreundlichen Mehrheit. Auch in Zukunft erwarten die Breslauer Arbeiter eine energische Förderung ihrer Interessen nur von der Partei der Freiheit und des Fortschritts, der Socialdemokratie. Sie sprechen ihren beiden Abgeordneten Vertrauen in ihr unbedingtes Vertrauen aus und bekunden, daß sie von ihren politischen Führern und socialdemokratischen Leitern bisher nicht getäuscht oder ausgebeutet worden sind.

Zur Föhne des Socialismus zu halten und der Arbeiterpartei bis zur nächsten Reichstagswahl neue Anhänger zuzuföhren, soll ihnen eine freudige und ehrenvolle Aufgabe sein.

Der Abg. Gen. Bernstein erschien um 10 Uhr, überall von stürmischen Kundgebungen begrüßt und erörterte die gegenwärtige politische Situation.

Die Versammlung gestaltete sich zu einer Demonstration für die Socialdemokratie, wie sie Breslau wohl noch nicht gesehen hat.

Zum Streik der Seeleute in Marseille.

Marseille, 9. Dezember. (W. T. V.) Die Ausständigen haben heute nachmittag beschlossen, sich auf keine weiteren Unterhandlungen mit den Reedereien und den Vertretern der Minister einzulassen und den Ausstand bis aufs äußerste fortzusetzen.

Wahltag in Holland.

Amsterdam, 9. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heute vollzogenen Wahl errangen wir einen glänzenden Sieg; Genosse Trocki ging mit Stimmenmehrheit aus der Wahl hervor.

Aus der russischen Arbeiterbewegung.

Ueber die Bewegung russischer Eisenbahnarbeiter werden wiederholt Mitteilungen verbreitet, deren tendenziöse Föhne sofort zu erkennen ist, aus denen aber trotzdem hervorgeht, daß die Arbeiter fest und entschlossen an ihren Forderungen festhalten. Heute liegt wieder folgendes Telegramm vor:

Koslow a. Don., 9. Dezember. (W. T. V.) Es verbreitet sich das Gerücht, daß die geheime Druderei des Deutschen Komitees der Socialdemokraten entdeckt ist. In der Nacht sind sechs Mädel-führer verhaftet worden. Die Agitatoren gaben den Arbeitern den Rat, die Arbeit am Sonnabend wieder einzustellen. Die Versammlungen haben unter zahlreicher Beteiligung von Frauen außerhalb der Stadt mehrere Tage hindurch ungestört stattgefunden. Redner, die kein von Nachbarn waren, wurden emporgelassen und auf den Schultern anderer hochgehalten. Die Redner besprachen die Forderungen der Arbeiter an die Eisenbahnverwaltung, die Erhöhung der Löhne, die Kürzung der Arbeitszeit und die Entlassung mißliebiger Meister. Ferner wurde Klage darüber geföhrt, daß den Arbeitern bei Verheirathungen und bei Geburten von Kindern statt zehn Rubeln, wie versprochen, nur fünf, und an Beerdigungskosten statt fünfzehn Rubel nur zehn ausgezahlt worden seien. Die Forderungen wurden schriftlich formuliert dem Aman von den Arbeiterdeputierten unterbreitet. In Koslow ist eine Verordnung des Amans ausgehängt, die jede Ansammlung von Menschen in den Straßen verbietet. Nach einer Verordnung des Kommunikations-Ministers, der sich am Orte der Arbeiterbewegung befindet, sind alle Meister entlassen und aus Koslow entfernt worden. Auf Bitten der Arbeiter wurde gestern in den Werkstätten der Wladikawassabahn Gottesdienst abgehalten. Heute mittag ist der Eisenbahnminister Chilow, begleitet vom Direktor der Wladikawassabahn, hier eingetroffen und hat sich nach kurzen Besprechungen in Charlow nach Tichoretskaja begeben.

Gruße Situation in Venezuela.

La Guayra, 8. Dezember. (W. T. V.) Der deutsche Geschäftsträger hat heute nachmittag mit dem Vertreter Großbritanniens Caracas verlassen, nachdem 24 Stunden seit Ueberreichung des Ultimatum ohne Eingang einer Antwort der venezolanischen Regierung verlossen waren. Herr v. Pilgrim befindet sich am Bord E. R. S. „Gueira“.

Willebarre, 9. Dezember. (W. T. V.) Bei der heute in einer der 25 High Willebarre Wahlengemeinschaft gehörigen Grube stattgehabten Explosion wurden nur 4 Arbeiter getödtet, 10 erlitten Verletzungen.

Paul Singer & Co., Berlin S.W. Stern & Weisgen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

232. Sitzung. Dienstag, den 9. Dezember 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Gröber (C.) betreffend Abänderung des § 44 der Geschäftsordnung...

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung):

Wie ich bereits am Freitag bemerkt habe, erhebe ich Einspruch gegen die Verhandlung des Antrags Gröber und Genossen. Er ist ein Initiativantrag und über Initiativanträge bestimmt die noch nicht abgeänderte Geschäftsordnung...

Abg. Bassermann (natl.):

(zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Reden von Herrn Singer gestrichen anzunehmen. Der Reichstag hat am 12. November dieses Jahres eingehend über diese Frage verhandelt...

Von einem Rechtsbruch kann hier absolut keine Rede sein. Im Abg. kann man die Reden von Herrn Singer eingeleitete Aktion nicht als eine glückliche bezeichnen. Wenn man heute am 9. Dezember wiederum eine Frage zur Diskussion stellt...

Auf die materielle Seite der Frage gehe ich nicht ein, ich will nur zur Ergänzung der früheren Verhandlungen darauf hinweisen, daß Herr Gamp am 5. Februar 1897 als Berichterstatter der Kommission unwidersprochen hier im Hause ausgeführt hat...

Wir sehen in dem Antrag Singer nur einen erneuten Versuch, die Verainung des Zolltarifs zu verschleppen. Die beste Antwort darauf ist eine möglichst rasche Annahme des Antrags Gröber.

Abg. Dr. Fehse (fr. Vg.):

Der Herr Vorredner hat, obwohl er nur zur Geschäftsordnung sprach, zugleich versucht, materielle Gründe für den Antrag Gröber beizubringen. Dieser Versuch ist ihm aber mißglückt, denn er hat erstens länger als fünf Minuten zur Geschäftsordnung gesprochen...

Die Abstimmung über den Antrag Singer, die Verhandlung des Antrags Gröber von der Tagesordnung abzusehen, ist auf Antrag des Abg. Singer eine namentliche. Für den Antrag stimmen 56, gegen denselben 23 Abgeordnete, 10 enthalten sich der Stimme.

Abg. Gröber (C.)

Das Wort zur Begründung des Antrages: In den Verhandlungen der letzten Wochen über die Geschäftsordnung ist wiederholt Bezug genommen worden auf die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. Gestatten Sie auch mir, an den Anfang unseres parlamentarischen Lebens zu erinnern...

Sobald die Geschäftsordnung diesen Erfordernissen nicht mehr entspricht, muß sie insofern und für so lange abgeändert werden, bis sie wieder eine geordnete, beschleunigte und wirbige Verhandlung ermöglicht.

weniger der Anspruch darauf besteht, daß die Geschäftsordnung ein unveränderliches Gesetz sei. (Bravo! bei der Mehrheit.) Im Lande giebt es ja mehrere Volksteile (Heiterkeit bei der Mehrheit), die eine heilige Scheu empfinden, wenn sie hören, daß die Geschäftsordnung abgeändert werden soll...

Am 11. September und 14. Oktober 1848 beschloß die Versammlung bei der Erledigung grundlegender Fragen, daß keine eigentliche Debatte erfolgen dürfe. Robert v. Mohl erklärte die Geschäftsordnung des Frankfurter Parlaments für sehr reformbedürftig. Er meinte, sie öffne Unruhe aller Art die Thür.

Für die Verhinderung der Beschlüsse des Reichstages bietet unsere naive Geschäftsordnung, die noch aus der Kindheit des deutschen Parlamentarismus stammt, allerdings mehr als eine Handhabe. Die jetzige Obstruktion gegen den Zolltarif ist nur ein Versuch im großen, einen Reichstagsbeschluss zu verhindern...

Nun kommt das zweite Mittel der Obstruktion, die übermäßigen Debatten zur Geschäftsordnung. Leider hat hier die Praxis des Reichstages einigermaßen vorgearbeitet. Die Geschäftsordnung spricht nur von einer Verweisung zur Geschäftsordnung, zu der das Wort sofort erteilt werden muß.

Daraus entspringt wiederholt recht widerwärtige, zum Teil sogar unüberhörliche Vorkommnisse, die ganze Beratung wurde in Verwirrung gebracht und verwickelt. Daher ist es begreiflich, wenn die für die Geschäftsführung verantwortliche Mehrheit des Hauses auf Mittel gedacht hat, diese Uebelstände zu beseitigen...

fächlicher Art. Das zweite Mittel, welches wir vorschlagen, ist die Redegrenze für Geschäftsordnungsreden auf fünf Minuten zu beschränken. Wenn dann der Präsident das Wort zur Geschäftsordnung erteilt, so kann dem Hause nichts Schlimmeres passieren, als eine fünf Minuten lange Rede. Ein solches Uebel werden wir nicht länger nehmen nach alle dem, was wir in den letzten Tagen durchgemacht haben.

Abg. Bebel (Soz.):

Zunächst möchte ich meiner Freude Ausdruck geben, daß das Haus heute wieder so zahlreich besucht ist. Die drei Porten (scheiden Ihnen nach rechts) wohl gethan zu haben (Heiterkeit) und die Kraft Ihres Beschlusses zeugte von der guten Beschaffenheit Ihrer Tugenden. (Erneute Heiterkeit.) Ich nehme an, daß das von der „Arbeitszeitung“ empfohlene Gesandten der Majorität gut bekommen ist. Wir haben das nicht nötig. Ich wünsche nur, daß das Haus die gleiche gute Beschaffenheit aufweisen möge, wenn es sich um die Erledigung von Arbeiterangelegenheiten handelt...

Ihre Partei (zum Centrum) steht allerdings mit den übrigen bürgerlichen Parteien des Hauses auf dem Boden der bestehenden Geschäftsordnung. Ernsthaft gesprochen stehen wir nicht außerhalb derselben; ich würde nicht, wie wir das machen könnten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wir wollen diese Staats- und Gesellschaftsordnung von innen heraus umwandeln auf dem einzig natürlichen und vernünftigen Wege, auf dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung in friedlicher Weise überhaupt umgestaltet werden kann.

zu befehlen trachten. (Lachen rechts.) In dieser Rolle sind wir nicht revolutionär, sondern wir konservativ, wir sind erhaltend. (Sehr richtig! links.)

Herr Gröber hat weitergeklärt, gewissermaßen als Präzedenzfall darauf hinzuweisen zu müssen, daß auch der sozialdemokratische Parteitag nur eine Redezeit von 10 Minuten gewähre. Das war ein sehr schwaches Argument. Der sozialdemokratische Parteitag setzt sich aus Sozialdemokraten zusammen; seine Mitglieder stehen alle auf einem und demselben Boden. Solche Differenzen prinzipieller und sachlicher Natur, wie sie hier bei jeder Geschäftsordnung hervortreten müssen, sind dort unmöglich. Deshalb kann die Redezeit eine längere sein. Uebrigens haben wir bei besondern wichtigen Verhandlungsgegenständen diese Beschränkung der Redezeit stets aufgehoben.

Herr Gröber erklärte, es seien in den letzten Wochen zahllose Ausführungen angeblich „zur Geschäftsordnung“ gemacht worden, die in Wirklichkeit nichts mit der Geschäftsordnung zu thun gehabt hätten. Begreifen Sie (zur Mehrheit) denn nicht, daß eine solche Behauptung — ich will nicht sagen Beschuldigung — sich gegen die Geschäftsordnung der Präsidenten richtet? Nach der Darstellung des Herrn Gröber haben die Präsidenten etwas zugelassen, was sie nicht zulassen durften. Dafür kann doch die Minorität nicht verantwortlich gemacht werden. Herr Gröber meinte allerdings, für die Geschäftsordnung in diesem Hause sei die Mehrheit verantwortlich. Bisher haben wir geglaubt, nur die Präsidenten seien für die Geschäftsordnung verantwortlich. Wenn also solche Anträge notwendig wären, so hätten nur die Präsidenten die Anregung dazu geben können, indem sie erklärten: „Wir sind außer Stande, auf dem bisherigen Wege die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten.“ Herr Gröber hat auf Beispiele in anderen Parlamenten hingewiesen. Geben Sie uns erst einmal die Rechte und Freiheiten anderer Parlamente, dann lassen wir auch über solche Geschäftsordnungs-Bestimmungen mit uns reden. So lange wir diese Freiheiten nicht haben, wehren wir uns dagegen. Es giebt aber auch in der ganzen Kulturwelt kein Beispiel, daß ein Parlament sich seine Verhandlungen in der Weise, wie es hier der Fall ist, selbst beschränkt. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Kein Parlament der Welt hat eine Geschäftsordnungs-Bestimmung, die dem Antrag Gröber auch nur annähernd ähnlich wäre.

Ich komme zu dem Antrag selbst. Als ich ihn zuerst las, sagte ich mir: Was in aller Welt haben denn die Präsidenten des Reichstages verbrochen, daß die Mehrheit gegen sie einen solchen Antrag stellt? (Weiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich habe geglaubt, der Antrag richte sich gegen die Präsidenten und nicht gegen uns. Die lex Gröber bedeutet die permanente Diskreditierung der jeweiligen Präsidialgewalt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen durch den Antrag den Präsidenten zu einer Art Gott, wenigstens einer Art Halbgott machen, und in Wahrheit werden die Präsidenten in die Rolle des beständigen Angeklagten herabgerückt. Das ist die Folge! (Lebhafte Zustimmung links.) Wo in aller Welt, sagte ich mir, hat denn die Mehrheit ihren Verstand gelassen, daß sie einen solchen Antrag formuliert hat? (Sehr gut! bei den Soc.)

Erst aus Ihrer Presse habe ich dann erfahren, daß der Antrag sich gegen uns richten soll. Ich fürchte aber, auch dieses Mittel wird sich für Sie als untauglich erweisen. Das ist ja überhaupt das Wahre, daß, wenn man einmal den Stoff verloren hat, man von einer Ungeheuerlichkeit in die andre fällt. (Sehr richtig! links.) Die Kaufmänner des Centrums haben sich wieder einmal als recht kleine Epigonen erwiesen. Daß sich für diesen Antrag eine Mehrheit im Reichstage finden konnte, beweist, wie tief die Kapazität dieses Reichstages gesunken ist. (Unruhe rechts.) Wenn ein solcher Antrag in einem kleinräumigen Landtage, wo das agrarische Bauaufsehtum die Mehrheit hat, läme, würde ich das begreifen, daß ihn aber die Mehrheit des deutschen Reichstages stellt, beweist nur, daß diese Mehrheit glaubt, der deutsche Reichstag habe gar nichts mehr zu verlieren. (Unruhe rechts.) Wenn die Herren von der Rechten monatlang im preussischen Abgeordnetenhause Obstruktion machen, so ist das berechtigt, wenn wir aber dasselbe thun, ist es ein Verbrechen. Wie war es denn bei der Kanalvorlage? (Auf rechts: Eine Mehrheit kann doch keine Obstruktion machen!) Gewiß haben Sie bei der Kanalvorlage Obstruktion gemacht. Sie haben die Verhandlungen monatlang verschleppt, und eine agrarische Korrespondenz erklärte damals: Erst wollen wir höhere Hölle, dann werden wir wegen der Kanalvorlage verhandeln. (Hört! hört! links.) Schließlich mußte der Reichszentraler den Landtag nach Hause schicken, da eine Fortsetzung der Beratung zwecklos erschien. Bei der Tarifvorlage haben Sie von Woche zu Woche ein Verhalten gezeigt, das notwendigerweise den energigsten Widerspruch auf der linken Seite herbeiführen mußte. In den langen Geschäftsordnungs-Debatten sind wir ja genötigt gewesen, weil die Mehrheit keine sachliche Debatte zulassen wollte. Wir haben es ja aus dem Antrage Kardorff förmlich ersehen, daß es Ihnen nicht um eine sachliche Beratung zu thun war, daß Sie die Minorität mundtot machen wollten. (Sehr wahr! links.) Wie tief in Ihren Reihen die Ansicht geht, daß die Zulassung des Antrages Kardorff einen Bruch der Geschäftsordnung bedeutet, beweist die Forderung des National-liberalen Herrn Dr. Djan in Darmstadt, der bei einer Gedächtnisrede für Herrn v. Bennigsen erklärte, er glaube, daß dieser in der jetzigen Zeit nicht den Weg der Mehrheit gegangen wäre. (Hört! hört! links.) Und Sie sind Schritt vor Schritt weiter gegangen, gegen die Minorität auf ungesetzlichem Wege. Sie haben sich gegen die Entscheidungen von zwei Präsidenten, des Grafen Kallstrem und des Herrn Büsing gewandt, indem Sie Anträge auf Übergang zur Tagesordnung über Schlußanträge für nicht mehr zulässig erklärten. Sie haben, was zweifellos einen Bruch mit der bisherigen Praxis bedeutet, den Schlußantrag der Geschäftsordnungsdebatten für zulässig erklärt. Und dann das wunderbare Schauspiel bei der Berichterstattung über den Tarif. Daß wir überhaupt dazu übergingen, war ja nur dem energigsten Einspruch der Linken zu verdanken, in diesen Hölle haben Sie sich einmal Ihres Vorgehens geschämt und haben die Berichterstattung zugelassen. Diese Berichterstattung ist das einzige sachliche Material, was die Welt von der Beratung über den Zolltarif im Plenum zu erfahren bekommt. (Sehr richtig! links.) Das haben wir Ihnen aus den Büchern gerissen. Sie wollten eine Geschäftsordnungsbehandlung des Tarifs herbeiführen, wie sie bis dato noch in keinem Parlament möglich war. Sie können die Stunde nicht erwarten, wo Sie den Tarif in der Tasche haben, daher Ihr ganzes Geschäftsordnungs-widriges Verfahren. (Sehr wahr! links.)

Was kann nur der Zweck des Antrages Gröber sein? Angeblich soll er die Verhandlungen abkürzen und in ruhigeren Bahnen lenken. In Wahrheit wird der Antrag fortgesetzt Anlaß zu Konflikten zwischen dem Präsidenten und der Opposition geben. Er ist der geborene Konfliktparagraph, um nicht zu sagen Staatsstreikparagraph. (Sehr richtig! links.) Bis jetzt war der § 44 der Geschäftsordnung die feste Säule für den Schutz der Minorität. Jetzt wird die Diktatur des Präsidenten proklamiert. (Sehr gut! links.) Wollen Sie aber schon einmal die Diktatur, dann die volle Diktatur. Das ist das Bessere, das Richtigere, das Konsequenterere. Die Extreme reißt und links, das sind immer die Konsequenteren. Die „Kreuz-Zeitung“ hat einen Juristen zu Worte kommen lassen, der die volle Diktatur empfahl. Ganz gut, dann hat der Präsident die volle Verantwortung, dann schämt man den Präsidenten vor Inkonsequenzen. Mit dem Antrag Gröber machen Sie die Stellung des Präsidenten ganz unmöglich, bringen Sie die Präsidenten untereinander in Konflikt. Wir haben drei Präsidenten, sie sind verschieden an Charakter, Einsicht, Temperament und Geschick. Der eine wird es so, der andre anders machen. Sie erzeugen eine ungläubliche Situation. Was der eine gewährt, verweigert der andere. Der Präsident soll sein der rocher de bronze. Sie (nach rechts) reißt ihn in den Parteilampf, machen ihn zum Mittel der Mehrheit. Die lex Gröber bedeutet die systematische Untergrabung der Stellung des Präsidenten, die Befreiung des Vertrauens in seine Unparteilichkeit. Die Mehrzahl der Bemerkungen zur Geschäftsordnung

richtet sich gegen die Geschäftsführung des Präsidenten. In allen diesen Fällen wird nun der Präsident Richter in eigener Sache. Offenbar haben Sie sich das alles gar nicht überlegt. Sie sind nun einmal im Groberungskoller. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Sie sind alle samt und sonders in der Hitze der Leidenschaft. Sie setzen nur das eine Ziel, den Tarif, den Tarif und immer wieder nur den Tarif (Weiterkeit) und wären die unglücklichsten Menschen, wenn Sie ihn nicht noch vor Weihnachten unter Dach und Fach bringen könnten. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.)

Sie schlagen dann weiter vor, daß die Reden zur Geschäftsordnung nur fünf Minuten dauern dürfen. Einen lächerlicheren, erzwungeneren, abgeschmackteren, tolleren Vorschlag kann ich mir doch nicht denken! (Weiterkeit und Zustimmung links.) Wenn ich bisher an Ihrer Zurechnungsfähigkeit nicht gezweifelt habe, jetzt steigen mir doch Zweifel auf. (Weiterkeit.) In den allermeisten Fällen reichen fünf Minuten aus. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Allerdings! Aber in schwierigen Fällen reichen sie nicht aus, und da sind die Reden gerade am notwendigsten. (Sehr gut! bei der Opposition.) Sie schreiben fünf Minuten vor und zwingen den Präsidenten damit, nach der Uhr zu sehen. Da muß der Reichstag eine andre Uhr haben. (Weiterkeit.) Die Uhr dort drüben genügt nicht mehr. Sie zeigt nur Minuten an; sie muß künftig aber Sekunden zeigen. Wenn ich nur fünf Minuten Zeit habe, dann ist mir jede Sekunde wertvoll. Unterbricht mich der Präsident vorzeitig, dann habe ich ein Recht zu sagen: Wir sind zehn Sekunden geraubt! Das ist ein Unrecht! Das ist ein Diebstahl! (Weiterkeit.) Wenn ich 300 Sekunden zur Verfügung habe und mir 10 davon genommen werden, so muß ich protestieren, und so wird sich immer ein Kampf zwischen Redner und Präsidenten entfalten. Ich kann mir vorstellen, daß eine Rede so wichtig ist und Ausführungen so treffend, daß der Präsident ein menschliches Nühren empfindet und sagen wird: Ich kann doch den Redner nicht in diesen brillanten Ausführungen stören. Er läßt ihn weiter sprechen. Dann aber protestieren die andern, die mit 5 Minuten auskommen mußten. In welches Bild bringen Sie den Präsidenten dem Hause, den Tribünen, der Presse gegenüber, die alle die Dinge dann im einzelnen erörtern. Würden Sie ernsthaft mit Ihrem Gewissen zu Rate gegangen sein, dann hätten Sie diesen Antrag gar nicht einbringen können. Ich begreife ja, daß Ihnen unsere Reden und unsere Taktik unangenehm sind; aber wir haben unsere Taktik innerhalb der Geschäftsordnung des Hauses beobachtet. Wenn einer von uns über die Schürze gehauen hat, dann haben die Herren oben ihn zur Ordnung oder zur Sache gerufen. Sie haben, was früher nie vorgekommen ist, das Haus aufgefordert zu entscheiden, und das Haus hat einfach eine Wortentziehung gebilligt. Das war Ihr gutes Recht. So lange eine Geschäftsordnung besteht, muß sie respektiert werden. Aber nun finden Sie mit einem Mal, daß die Geschäftsordnung eine Lüge hat, daß sie unvollständig ist. Nun, das hat die Geschäftsordnung mit allen guten Gesetzen gemeinam. Es ist uns auch begreiflich, daß Sie in Ihrer Rot, wo Sie die Trauben des Tarifs schon leuchten sehen und sie doch nicht pflücken können, das Bedürfnis empfinden, die Geschäftsordnung zu ändern. Aber Sie müssen doch vernünftig ändern. Sie müssen doch Bestimmungen treffen, die Hand und Fuß haben. Davon ist bei diesem Antrag keine Rede. Ich behaupte, daß der Antrag Gröber mit dem § 22 der Reichsverfassung im Widerspruch steht. § 22 besagt, daß die Verhandlungen des Reichstages öffentlich sind. Verhandlung aber bedeutet, daß Für- und Gegenrede gehalten werden kann, und die Geschäftsordnung hat den Zweck, die Für- und Gegenrede zu ordnen. Sie hat aber nicht den Sinn, die Gegenrede zu vereiteln. Eine Geschäftsordnung, die Für- und Gegenrede von der Willkür eines Einzelnen abhängig machen will, vereitelt die Verhandlung. Der Reichstag, das Parlament beruht auf der Diskussion, auf der Debatte. Sie erklären, daß in einem bestimmten Falle die Debatte unmöglich gemacht werden soll. Dadurch treten Sie in Widerspruch zum Wesen des Parlamentes. Ein Parlament, das von einem Einzelnen in seiner Debatte abhängig wird, hört auf ein Parlament zu sein. Das Wesen des Parlamentarismus wird vernichtet und damit die Verfassung verletzt. Wenn Sie aus Ihrer Jornesstimmung herausgekommen sein werden, werden Sie sagen, daß ich recht habe. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nach meiner Auffassung ist der Antrag einfach unausführbar. Er wird das Gegenteil von dem erreichen, was Sie erreichen wollen. Ich fürchte, auch die Antragsteller selbst halten den Antrag für unausführbar. Eigentlich brauchen wir ja gar nicht mehr zu debattieren: 22 Mitglieder dieses Hauses, weit mehr als die Mehrheit, haben den Antrag unterzeichnet und werden dafür stimmen, selbst wenn die Opposition mit Engpassungen redete. Die schlagendsten Gründe werden wirkungslos von Ihnen (zur Mehrheit) abgeprallt. Die plumpe Mehrheit stimmt und damit fertig. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Dieser Antrag soll aber auch eine Provokation sein (Sehr richtig! links), eine Provokation, die sich nach unserer Seite richtet. Sie wollen uns durch den Antrag reizen. Das Töden der Wendé in diesen Tagen sehen und hören wir. Die Scharfmacher sind an der Arbeit; „il faut museler la bête (man muß der Bestie den Zaum anlegen) — dies Wort ist vor einigen Tagen gefallen. Eins aber sage ich Ihnen: Machen Sie, was Sie wollen, uns bringen Sie nicht aus der Fassung. Wir werden Schritt für Schritt der Uebermacht weichen, wir werden wie gute Soldaten bis zum letzten Blutstropfen und bis zum letzten Rest unserer Fähigkeit unsere Position verteidigen. Die geschichtliche Mission, die wir zu erfüllen haben, lassen wir uns nicht durch Sie rauben. Sie gehen rückwärts, wir vorwärts! Wir haben gar keinen Zweifel, daß wir zuletzt siegen werden! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach eins möchte ich Ihnen sagen. Draußen herrscht der Winter. Hunderttausenden von Menschen im Lande schliefen an Frost, an Feuer, an Kleidung. Hunderttausenden von Menschen schliefen das, was das Leben lebenswert macht. In solchen Zeiten sollten wir beraten darüber, wie wir diesen Armen, diesen Glenden helfen könnten, wie wir ihnen Brot, Kleidung und Wärme beschaffen könnten! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen beraten Sie einen Gewaltantrag nach dem andern, zu dem Zwecke, die Opposition gegen den Hungertarif mundtot zu machen, eine Opposition, die darauf gerichtet ist, die Lebenshaltung des Volkes, die Sie niederdrücken wollen, auf der bisherigen Stufe zu erhalten. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdem.) Greller können die Gegensätze der heutigen Gesellschaft nicht zu Tage treten, krasser kann der Kontrast zwischen Satten und Hungrigen, zwischen der zahlungsfähigen Moral und dem Proletariat nicht beleuchtet werden, als wie es hier geschieht. Sie haben die Macht, Sie haben die Gewalt, aber trotz alledem und alledem gehört uns die Zukunft, gehört uns der Sieg. (Stimmlicher Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Wenn ein Antrag zur Geschäftsordnung wie der vorliegende, und einflußt von den jähebenden Streitfragen, unterfangen und objektiv zur Debatte gebracht würde, so würden wir uns der Mitwirkung an einer solchen Revision der Geschäftsordnung nicht enthalten können. Schon um die mehrfach seitens der Mehrheit hervorgetretenen falschen Auslegungen der Geschäftsordnung für die Zukunft unmöglich zu machen. Aber auch innerhalb einer solchen sachgemäßen Revision würden wie die hier vorgeschlagenen Änderungen nicht für zutreffend erachten. Der Ausdehnung der Bemerkungen zur Geschäftsordnung zu sachlichen Debatten würde von Anfang an auf Grund der bestehenden Geschäftsordnung wirksam haben begegnet werden können, während die jetzt vorgeschlagene Methode der Zeitbegrenzung für solche Bemerkungen unter Umständen geeignet ist, Ausführungen zu unterbrechen, wie sie bei weitläufigeren Fragen der Geschäftsordnung gerade am Platze sind.

Audem die Zulassung einer Bemerkung zur Geschäftsordnung in das diskretionäre Ermessen des Präsidenten gestellt wird, weist man ihm die Aufgabe zu, eine Art von Präventivsystem zu handhaben, eine Aufgabe, deren praktische Durchführung entweder sich als ganz bedeutungslos erweisen wird oder geeignet ist, den Präsidenten fortgesetzten Refriminationen von den verschiedensten Seiten auszusetzen, während es nach unserm Endzweck doch darauf ankommt, die

Stellung des Präsidenten nicht zu schwächen, sondern zu verstärken. Eine solche Einrichtung hat nun in der gegenwärtigen parlamentarischen Situation den Mehrheitsparteien gegenüber keinerlei praktische Bedeutung. Dieselben haben sich über die Vorlage in allen Punkten geeinigt und sind entschlossen, diesen Mehrheitswillen auch unter jeder Abänderung der Geschäftsordnung, die sie selbst für zweckdienlich erachten, zur Geltung zu bringen. Der Antrag v. Kardorff hat zur Geltendmachung dieses Willens ein summarisches Verfahren eingeleitet; der vorliegende Antrag stellt nur eine weitere Etappe dar auf dem mit dem Antrag Kardorff eingeschlagenen Wege. Wir bekämpfen die materiellen Vorschläge, auf welche sich die Mehrheitsparteien geeinigt haben; wir haben den Antrag Kardorff als in drastischem Widerspruch zur Geschäftsordnung stehend charakterisiert. Der Mehrheit allein müssen wir die formelle und materielle Verantwortung überlassen dafür, was sie zu beantragen oder zu beschließen für angemessen erachtet. Wir werden daher gegen die vorgeschlagene Aenderung der Geschäftsordnung stimmen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.):

Man will mit diesem Antrag noch etwas viel Schlimmeres schaffen als die Diktatur der Präsidialgewalt; man will einen Zustand herbeiführen, bei dem der Präsident der Exekutivbeamte der jeweiligen Mehrheit ist. Das hat ja auch Herr Gröber bestätigt mit der Bemerkung, für die Art der Geschäftsordnung sei die Mehrheit verantwortlich. Die Mehrheit will jetzt dafür sorgen, daß die Geschäfte unter allen Umständen in Ihrem Sinne weitergeführt werden. Das ist eine Herabwürdigung des Ansehens und der Autorität des Präsidenten, wie es bisher niemals versucht worden ist! (Sehr wahr! links.) Herr v. Kröber hat ja neulich eine schöne Rede gehalten über Objekte und Subjekte der Gesetzgebung, über Hasanen und Epigonen. Man mußte allerdings die Ueberzeugung gewinnen, daß er sich und seine Freunde für Epigonen hielt. Normale Epigonen pflegen aber doch wenigstens zu versuchen, ihren größeren Vorgängern einigermaßen nachzueifern. (Sehr gut! links.) Ich will daher die Herren Epigonen erinnern an einen Vorgang aus dem konstituierenden Reichstag unter dem Präsidium Simons. Präsident Simons hat einmal bei der Erörterung der Frage, ob die Mehrheit oder der Präsident für die Geschäftsführung verantwortlich sei, geäußert: „Die Geschäftsordnung ist der natürliche Schutz der Minorität.“ (Hört! hört! links.) Wenn die Majorität im einzelnen Falle sich die Geschäftsordnung auslegen kann, so ist die Minorität dadurch in ihre Hände geliefert. Wenn Sie zu dem Präsidenten nicht das Vertrauen haben, daß er vorsorgsweise seine Aufgabe darin finden wird, jede Minorität zu schützen, dann müssen Sie ihn von dieser Stelle entfernen.“ (Lebhafte Rufe: Hört! hört! links.) Darauf trat der Abgeordnete für Hagen auf und erklärte: „Ich verzichte aufs Wort, ich wollte dasselbe sagen.“ Der Abgeordnete für Hagen aber hieß Herr v. Vinde.

Das würde der Sprecher des englischen Unterhauses und des amerikanischen Repräsentantenhauses sagen, wenn man ihm etwa zumuten wollte, sich unter eine lex Gröber zu beugen? (Sehr gut! links.) Ein solcher Sprecher würde sofort auf sein Amt resignieren und sagen: „Für eine solche untergeordnete Behandlung danke ich. Ich will über den Parteien stehen.“ (Sehr gut! links.) Sie aber (zur Mehrheit) geben einerseits dem Präsidenten die Macht, eine Debatte überhaupt zu verhindern — ein nobilio beneficium für den Präsidenten —, andererseits setzen Sie ihn in die Lage, nach ein paar Minuten die Uhr aus der Tasche zu ziehen und zu sagen: „Herr Abgeordneter, die fünf Minuten sind um, Sie müssen schweigen. Jetzt ist die lex Gröber in Kraft.“ Denken Sie doch an die Vorgänge der letzten Wochen, an die Ereignisse bei der Einbringung des Antrages von Kardorff. Der Präsident hatte gleich bei Einbringung des Antrages v. Kardorff geschäftsordnungsmäßige Bedenken, ließ aber eine Geschäftsordnungs-Debatte zu, weil der Antrag von den Führern der Mehrheit unterschrieben war. Wenn der Antrag Gröber erst angenommen sein wird, wird der Präsident einfach sagen: Ich sehe die Führer der Mehrheit unter dem Antrage, er wird also sicher angenommen, daher ist jede Geschäftsordnungs-Debatte über seine Zulässigkeit ganz überflüssig, oder wenn er ein abträgliches thun will, giebt der Präsident einem Redner der Minorität fünf Minuten lang das Wort und dann wäre die fünfminütige Geschäftsordnungs-Debatte, bei der es sich um die wichtigsten Grundlagen des Parlamentarismus handelte, in einem Zeitraum von fünf Minuten erledigt. Auf diese Weise wird der Welt das Schauspiel einer geradezu lächerlichen Verhandlung geboten. (Sehr wahr! links.) Und dann die Referate über die Kommissionsverhandlungen! Das Wort Karlsruher darf ich ja nicht anwenden, denn ich bin deswegen zur Ordnung gerufen worden, nach dem Urtheil aller meiner Freunde standen aber die meisten Referate nicht auf der Höhe. Wir waren geradezu genötigt, alles zu thun, um im Rahmen der Geschäftsordnungs-Debatte wenigstens noch etwas von sachlicher Beratung des Tarifs herauszuholen. Wie weit die Ungeduld der Mehrheit geht, erhellt daraus, daß man das Referat meines Freundes Gotheim ein Obstruktionsreferat genannt hat. Man ist bereits soweit gekommen, daß das geringste Maß von Gründlichkeit als Obstruktion bezeichnet wird. (Sehr wahr! links.) Noch vor wenigen Monaten war es gerade umgekehrt, da schrieb die „Deutsche Tageszeitung“: „Es wäre geradezu unvernehmlich und gewissenlos, wenn man darauf verzichtete wollte, die wichtigsten Dinge im Plenum unerörtert zu lassen, lediglich deshalb, damit etwas zu Stande kommt.“ (Hört! hört! links.) Man beugt sich auf ausländische Parlamente. Ich habe selbst in Repräsentantenhaus in Washington einer Scene beigewohnt, in der ein Genosse des Herrn v. Kardorff, ein Silbermann (Weiterkeit) eine Rede von zwölf Stunden hielt (Hört! hört! links), und um sich seine schwierige Aufgabe zu erleichtern, forderte er seinen Sekretär von Zeit zu Zeit auf, aus einem Buche eine halbe Stunde etwas vorzulesen, inzwischen frühstückte er und nahm dann seine Rede wieder auf. (Hört! hört! links.) — Das Gerücht von Obstruktion wirkt von Tag zu Tag weniger, man weiß ganz genau, worum es sich handelt; die Mehrheit will die sachliche Beratung des Zolltarifs überhaupt unmöglich machen, weil sie das Gefühl hat, daß jedes Wort der Kritik von unserer Seite tief verwundend für sie ist. Aber die Kritik wird trotzdem eintreten, wir werden sie aus diesem Hause hinaustragen in die Bevölkerung als Ankläger gegen diejenigen, die die Beschwerden des Volkes nicht einmal haben hören wollen. (Lebhafte Beifall links.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Es ist bereits ein Verbesserungsantrag zum Antrag Gröber (Hört! hört! links) eingegangen vom Abg. Frhr. v. Schele-Wunstorff (Welfe), er lautet: Das Wort zur Geschäftsordnung kann jederzeit beantragt werden. Der Präsident ist befugt, über die Verweigerung desselben das Haus zu befragen, welches in einfacher Abstimmung — namentliche Abstimmung ist ausgeschlossen — entscheidet. Nur mit besonderer Genehmigung des Präsidenten darf bei Reden zur Geschäftsordnung die Dauer von 5 Minuten überschritten werden.

Ferner ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. (Große Unruhe links), unterzeichnet von den Abgeordneten v. Kornemann, Dr. Spahn, v. Tiedemann. (Zur Unterzeichnung des Antrages erhebt sich die gesamte Mehrheit.)

Abg. Singer: Zur Geschäftsordnung; zur Fragestellung! Vizepräsident Graf Stolberg: Wir sind in der Abstimmung. (Große Unruhe links. Rufe: Nein! nein! Zur Geschäftsordnung.) Der Präsident läßt, ohne auf die Zurufe zu achten, über den Schlußantrag in einfacher Abstimmung abstimmen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen; nun erteilt Vizepräsident Graf Stolberg dem Abg. Singer das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Singer (Soc.): Ich konstatiere, daß der amtierende Herr Präsident die jetzt geltende Geschäftsordnung gebrochen hat (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und zwar absichtlich gebrochen hat. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Ich habe nachdem die Unterstufungsfrage gestellt war, mich laut und deutlich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich hatte die Absicht, den Antrag auf einfache Tagesordnung über den Schlußantrag zu stellen und namentliche Abstimmung zu beantragen. Gegen den Wortlaut

der Geschäftsordnung gegen die dreißigjährige Praxis dieses Hauses hat der amtierende Präsident mir das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilt. Ich erwarte von der Lokalität des Herrn Präsidenten, daß er seinen Fehler zurücknimmt und mir jetzt das Wort giebt. (Lachen rechts.) Indem der Präsident von dem Recht Gebrauch gemacht hat, das Wort zur Geschäftsordnung zu verweigern, hat er schon jetzt das Recht, das ihm durch den Antrag Gröber erst gegeben werden soll, antizipiert, das ist bezeichnend. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hausmann-Wölfling (libd. Volkspartei): Ich habe zu konstatieren, daß mir durch den Schlußantrag das Wort zur sachlichen Kritik des Antrages Gröber abgeschnitten worden ist. Es kommt thatsächlich immer größer. (Sehr wahr! und große Heiterkeit links.) Wenn Sie die sachliche Erörterung derart verhindern wollen, dann nehmen Sie die Peitsche und lassen uns den Maulkorb in Empfang nehmen. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Kröcher (kons.): Es ist nicht zu bestreiten, daß der Abg. Singer insofern im Recht ist, als nach der bisherigen Praxis das Wort zur Geschäftsordnung auch in dem Stadium der Behandlung erteilt worden ist, d. h. nachdem ein genügend unterstützter Schlußantrag eingebracht worden ist. Ich meine aber, diese Praxis widerspricht dem klaren Wortlaut des § 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung, und nach meiner Ansicht haben die Präsidenten früher etwas getan, was ihnen durch die Geschäftsordnung verboten ist. Ich glaube, daß der gegenwärtig amtierende Herr Präsident nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung verfahren ist.

Abg. Singer (Soz.): Ich muß es dem Centrum und den National-liberalen überlassen, was sie zu den eben gehörten Worten des Abg. v. Kröcher über ihre Präsidenten zu sagen haben. Was die sachlichen Gründe des Abg. v. Kröcher anlangt, so sind diese sehr fadenweinig. Vielleicht hat er die Güte mir die Frage zu beantworten, wie dem Antrag auf namentliche Abstimmung über Schlußanträge eingebracht werden sollen. Diese sind nach der Geschäftsordnung doch immer noch erlaubt. Herr v. Kröcher wird mir zu geben, so lange die Unterstufungsfrage für einen Antrag nicht gestellt ist, existiert der Antrag noch nicht. Der Präsident könnte einen Antrag auf namentliche Abstimmung mit dem Hinweis, daß der Schlußantrag noch nicht unterstützt, abweisen. Der gegebene Moment ist also der, wenn die Unterstufungsfrage gestellt ist. (Sehr richtig! links.) Eine andre Frage entsteht bei Anträgen auf Tagesordnung. Ich könnte den Ausführungen des Abg. v. Kröcher beistimmen, wenn nicht die Majorität durch ihre Auslegung der Geschäftsordnung die Zulässigkeit von Anträgen auf Tagesordnung über Schlußanträge ausgesprochen hätte. Für heute begnüge ich mich mit dem Zugeständnis des Herrn v. Kröcher, daß der Präsident heute entgegen dem bisherigen Brauche des Hauses gehandelt hat. Ich appelliere noch einmal an die Lokalität des Präsidenten. Ich kann mir nicht denken, daß der Präsident gewillt ist, die lex Gröber mit einem Bruch der jetzt noch in Geltung befindlichen Geschäftsordnung einzuleiten. Der Herr Präsident muß nach meiner Meinung das Haus befragen, ob die Abstimmung vorhin zu Recht erfolgt ist. Unterläßt der Präsident diese Entscheidung, so legt er sich mit Recht und Gesetz in eklatantesten Gegensatz. (Bravo links.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Diese letzte Bemerkung verbietet ich mir. (Chorische links. Bravo rechts.)

Abg. Schrader (fr. Vg.): Nach der bestehenden Praxis, wie sie zweifellos geführt worden ist, hat der Präsident das Wort zur Geschäftsordnung jederzeit zu erteilen. Der Antrag auf namentliche Abstimmung kann erst bei Schluß der Beratung vor der Auforderung zur Abstimmung erfolgen. Der Abg. Singer hat sich daher durchaus im Recht befunden. Es würde die Autorität des Herrn Präsidenten nicht schädigen, wenn er zugestünde einen Fehler begangen zu haben. Nach unserer Geschäftsordnung hat jeder Abgeordnete das Recht, einen Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen. Diese Bestimmung wird auch durch die lex Gröber nicht geändert. (Sehr richtig! links.)

Abg. Uebermann v. Seemannberg (Antif.): Der vorliegende Antrag ist von so grundsätzlicher Wichtigkeit, daß wir geglaubt haben, jede Partei würde zum Worte zugelassen werden. Nur nach schweren Bedenken und nur aus ganz besonderen Gründen haben wir unsre Unterschriften zum Antrage gegeben. Da wir diese Gründe hier nicht entwickeln konnten und ohne diese Gründe unsre Zustimmung zu dem Antrage mißverstanden werden könnte, werden wir nunmehr gegen den Antrag Gröber stimmen. (Lautes Gelächter links.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Die Bestimmung des § 53 lautet: „Der Antrag auf Vertagung oder auf den Schluß der Debatte bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird demnächst ohne weitere Motivierung des Antrages und ohne Diskussion über denselben abgestimmt.“ Danach habe ich verfahren. (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer: Herr Präsident, es giebt auch noch einen andern Paragraphen unsrer Geschäftsordnung, nämlich den § 57. Dieser besagt: „Auf namentliche Abstimmung kann beim Schluß der Beratung vor der Aufforderung zur Abstimmung angetragen werden; der Antrag muß von wenigstens 30 Mitgliedern unterstützt werden.“ Da zunächst die Unterstützung für den Antrag auf Schluß der Debatte erfolgen mußte, mußte ich erst diese Unterstützung abwarten, ehe ich meinen Antrag auf namentliche Abstimmung stellen konnte. Vielleicht hat der Herr Präsident die Güte, auch diese Bestimmung der Geschäftsordnung sich einmal anzusehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Außerdem habe ich den schriftlichen Antrag eingebracht, über den Antrag Gröber zur Tagesordnung überzugehen. Bevor wir aber hierzu kommen, muß ich die Frage an das Haus stellen, ob es den Präsidenten für berechtigt hält, einen Antrag auf namentliche Abstimmung und auf Uebergang zur Tagesordnung über den Schlußantrag zu unterdrücken, indem er trotz der gehörten Meldung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilt. Diese Frage ist wichtig. Das war doch nicht die Absicht der Herren, die den Antrag Gröber unterzeichnet haben, auch auf andren Gebieten die Minorität der Diktatur des Präsidenten zu unterstellen. Wo kommen wir denn da hinaus? Das kann man doch wenigstens verlangen, daß der Herr Präsident die Bestimmungen der Geschäftsordnung über die er Gewalt hat, auch kennt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es soll das keine Beleidigung sein, aber die Erfahrung haben wir doch, daß die Kenntnis der Geschäftsordnung durch den Herrn Präsidenten nicht so umfassend ist, daß er in jedem Augenblick den richtigen Paragraphen zu finden weiß. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Damit kann doch das Haus nicht einverstanden sein. Ich wiederhole meine Bitte, den vorigen Beschluß für ungültig zu erklären, damit nicht auf das Wort der Wortführer fällt, sich dem geschäftsordnungswidrigen Vorgehen des Präsidenten angeschlossen zu haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Stolberg: Es liegt der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Gröber vor. Ich habe einem Redner das Wort für und einem Redner das Wort gegen den Antrag zu geben.

Abg. Singer bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Graf Stolberg: Das Wort hat der Abg. Singer.

Abg. Singer: Herr Präsident, ich habe die Frage an das Haus gerichtet, ob die vorige Abstimmung nicht für ungültig erklärt werden muß, ehe über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung verhandelt werden kann. (Sehr richtig! links.)

Präsident Graf Stolberg: Dem Herrn Abgeordneten Singer habe ich das Wort für seinen Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung über den Antrag Gröber erteilt. Ich habe jetzt einem Herrn das Wort gegen den Antrag zu geben. (Große Unruhe links.)

Abg. Gröber (C.): Ich bitte den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abzulehnen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung.

Der Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Gröber wird mit 88 gegen 208 Stimmen abgelehnt bei 4 Stimmenthaltungen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Der Antrag Singer, über den Schlußantrag zur einfachen Tagesordnung überzugehen, ist abgelehnt. (Lachen links. Verwunderung bei der Mehrheit.)

Abg. Singer: Der Herr Präsident ist im Irrtum. Wir haben nicht abgestimmt über den Schlußantrag zur einfachen Tagesordnung überzugehen, sondern über den Antrag auf einfache Tagesordnung über den Antrag Gröber.

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Ueber den Antrag Gröber... Richtig!... Ich bitte um Entschuldigung. (Gelächter links.) Hierauf wird der Verbesserungsantrag der Welsen (Abg. Stadthagen) ruf: Verbesserungs- oder Verböserungsantrag? (Heiterk.) Vizepräsident Graf Stolberg (streng): Verbesserungsantrag. (Erneute Heiterkeit.) In einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Welsen abgelehnt.

Der Antrag Gröber wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 125 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen (Präsenz-ziffer: 307) angenommen.

Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Das Haus fährt fort in der zweiten Beratung des Zolltarifgesetzes (§ 1, 1 des Tarifgesetzes in Verbindung mit dem Antrag v. Kardorff und Amendement). Die Berichterstattung über die Kommissionsverhandlungen wird fortgesetzt.

Vizepräsident Graf Stolberg: Bevor ich dem Abg. Schlumberger das Wort zu seinem Referat erteile, hat um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten Abg. Brömel. — Abg. Brömel ist nicht vorhanden (Große Heiterkeit), pardon, er ist nicht anwesend.

Eingegangen ist ein Antrag Baudert (Soz.), die Positionen 380—435 zur schriftlichen Berichterstattung an eine Kommission zu verweisen.

Abg. Schlumberger (Hospitalant der Nationalliberalen) berichtet über die Kommissionsverhandlungen zu den Positionen 380—435 (Seide, Seidengespinnste, Waren ganz oder teilweise aus Seide, Wolle und andre Tierhaare, Gespinnste aus Wolle oder andren Tierhaaren, Spitzenstoffe, Posamentierwaren usw.). Der Referent beginnt seinen Bericht um 4^{1/2} Uhr und beendet ihn um 5 Uhr.

Vizepräsident Basing: Abg. Baudert hat um's Wort zur Geschäftsordnung gebeten. Bevor ich darüber entscheide, ob ich ihm das Wort gebe, richte ich an ihn die Frage, über welchen Gegenstand er reden will.

Abg. Baudert (Soz.): Ich möchte zu einigen Nummern die Notwendigkeit der Zurückverweisung an eine Kommission nachweisen.

Vizepräsident Basing: Herr Baudert, das ist keine Ausführung zur Geschäftsordnung. Das würde Diskussion sein. Nach dem Beschluß des Hauses sollen die Referenten einer nach dem andern referieren über den ganzen Tarif, und es soll zwischen den einzelnen Referaten keine Diskussion stattfinden. Ich kann Ihnen daher das Wort nicht erteilen.

Abg. Baudert: Ich möchte den von mir gestellten Antrag näher begründen.

Vizepräsident Basing: Ich erteile Ihnen zu dieser Begründung das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Baudert (Soz.) beginnt seine Ausführungen zur Geschäftsordnung um 5 Uhr 2 Minuten unter großer Unruhe des Hauses. Redner führt aus: Der Berichterstatter hat viele in der Kommission behauptete Gesichtspunkte außer acht gelassen. Die Interessenten freilich wünschen aber doch Aufklärung über die einzelnen Zoll-erhöhungen. Für meinen Antrag spricht vor allem der Protest, den in den letzten Tagen der Verein deutscher Kammer- und Spinner an den Reichstag gerichtet hat. Auch weiter haben wir seit Schluß der Kommissionsberatungen noch eine ganze Reihe von Petitionen erhalten. Der Berichterstatter konnte gar nicht genau über alle Vorgänge aus der Kommission berichten, weil er während der ganzen zweiten Lesung in der Kommission nicht anwesend war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beim Kollegen Schlumberger treffen daher die Worte zu: Der Geist war willig, aber das Fleisch war schwach. (Heiterkeit.) Gerade in der zweiten Lesung hat die Kommission einschneidende Veränderungen vorgenommen. Ich erinnere an die Ausführungen Dr. Bachens über die Kunstseide sowie an das Wort von den Schwindlern und Hebern, an den Gegensatz zwischen Spinnern und Webern — — —

Um 5 Uhr 7 Minuten wird Abg. Baudert mitten im Satze vom Vizepräsidenten Basing unterbrochen mit den Worten: Die fünf Minuten sind abgelaufen! (Große, anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Baudert verläßt die Rednertribüne.

Vizepräsident Basing: Vom Abg. Reichhaus (Soz.) ist der Antrag eingegangen, die Position 403 (dichte Gewebe, ganz aus Seide) an die XVI. Kommission (die Zolltarif-Kommission) zurückzuverweisen. Abg. Baudert dagegen beantragt, sämtliche Positionen, über die Herr Schlumberger referiert hat, an eine Kommission zu verweisen. Abg. Singer hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Zu welchem Gegenstande wollen Sie sprechen?

Abg. Singer (Soz.): Ich habe zur Geschäftsordnung eine Mitteilung zu machen.

Vizepräsident Basing: Herr Singer, da Sie es ablehnen, meine Frage zu beantworten, bin ich nicht in der Lage, Ihnen das Wort zu erteilen. (Lebhafter Bravo! bei der Mehrheit.) Abg. Reichhaus hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Zu welchem Gegenstande wollen Sie sprechen?

Abg. Reichhaus (Soz.): Ich möchte meinen Antrag begründen.

Vizepräsident Basing: Der Antrag fällt teilweise mit dem Antrage Baudert zusammen. Die Begründung Ihres Antrages könnte kaum eine andere sein, als die, die Herr Baudert schon gegeben hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Unter diesen Umständen kann ich Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer beantragt namentliche Abstimmung über die Anträge Baudert und Reichhaus. Der Antrag wird von den Sozialdemokraten und der freistimmigen Vereinigung unterstützt.

Vizepräsident Basing: Abg. Baudert hat ums Wort zur Geschäftsordnung gebeten. Ich frage ihn: zu welchem Gegenstande er zu sprechen wünscht.

Abg. Baudert: Herr Präsident, ich habe eine Mitteilung zu machen. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Basing: Da Sie die Beantwortung meiner Frage ablehnen, so erteile ich Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Wir stimmen zunächst über den weitestgehenden Antrag Baudert ab. Der Antrag Baudert wird mit 223 gegen 75 Stimmen, der Antrag Reichhaus mit 227 gegen 60 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vizepräsident Basing teilt mit, daß bei der Feststellung des Resultats der Abstimmung über den Antrag Gröber ein Versehen vorgekommen sei. (Hört! hört! links.) Das definitive Resultat ist folgendes: Es haben für den Antrag gestimmt 206 Abgeordnete, dagegen 92, der Stimme enthalten haben sich 6, ungültig waren 12 Stimmen.

Es ist ein Antrag Stadthagen eingegangen, die Positionen 380—435 zur schriftlichen Berichterstattung über die Vorgänge in der zweiten Lesung der Kommission an eine Kommission zu verweisen, da der Berichterstatter Abg. Schlumberger der zweiten Lesung der Kommission nicht beigewohnt und deshalb über diese nicht Bericht erstattet hat.

Dieser Antrag ist nach dem eben gefassten Beschluß unzulässig. Da wir die generelle Berichterstattung über alle Positionen abgelehnt haben, kann jetzt nicht noch über bestimmte Vorgänge Bericht gefordert werden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Da aber Zweifel gegen meine Auffassung laut geworden sind, werde ich über die Zulässigkeit abstimmen lassen.

Die Mehrheit erklärt den Antrag Stadthagen für unzulässig.

Abg. Singer: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Vizepräsident Basing: Ich bitte, mir vorher Mitteilung machen

zu wollen, über welchen Gegenstand Sie zur Geschäftsordnung sprechen wollen.

Abg. Singer: Die angenommene lex Gröber enthält keine Bestimmung, die einen Abgeordneten verpflichtet zu sagen, was er zur Geschäftsordnung ausführen wolle.

Vizepräsident Basing: Das ist richtig. Ich wollte aber meinerseits den Herren, welche zur Geschäftsordnung zu sprechen wünschen, entgegenkommen. (Lachen links.) Ich habe diese Frage nur gestellt, um danach besser beurteilen zu können, ob in dem einzelnen Falle die Worterteilung angemessen ist. (Lachen links.) Wenn die Herren von diesem Entgegenkommen keinen Gebrauch machen wollen, so ist das ihre Sache, es wird dann an mir sein, ohne weiteres zu entscheiden, ob ich nach Lage der Diskussion das Wort zur Geschäftsordnung erteile oder nicht. Ich habe geglaubt, mir durch mein Vorgehen den Dank der Herren zu verdienen. (Gelächter links.)

Abg. Singer: Nach der schon gehörten Erklärung habe ich für mich und, wie ich hoffe, auch für meine Parteigenossen zu erklären, daß wir für diese Art des Entgegenkommens danken, und nicht die Reue haben, uns hier wie Schulsünger behandeln zu lassen. (Lebhafter Beifall links, große Unruhe bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Basing: Herr Abgeordneter, in Ihren Worten liegt eine Kritik des Präsidenten, die ich mir meinerseits verbiete und wegen deren ich Sie zur Ordnung rufe! (Bravo! bei der Mehrheit.)

Rummehr erstattet der Abg. Förster-Sachsen (kons.) das Referat über die Positionen 430—460 (Baumwolle, bearbeitet). Das Referat dauert von 5 Uhr 43 Minuten bis 5 Uhr 52 Minuten.

Vizepräsident Basing: Der Abg. Grünberg beantragt, die Positionen 430—460 der XVI. Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zu überweisen. (Abg. Stadthagen: Zur Fragestellung.) Davon ist zur Zeit nicht die Rede — zur Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abg. Grünberg.

Abg. Grünberg (Soz.) begründet seinen Antrag, währenddessen übernimmt Präsident Graf Ballestrem das Präsidium.

Präsident Graf Ballestrem (nach fünf Minuten den Redner mitten im Satze unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist abgelaufen. (Große Heiterkeit.)

Sobald wird mir ein Antrag des Abg. Baudert überreicht, derselbe lautet:

„Ich beantrage, über den Antrag des Abg. Grünberg zur einfachen Tagesordnung überzugehen, dagegen zur Berichterstattung über die zweite Lesung der Kommission, welcher der Abg. Förster-Sachsen nicht beigewohnt hat, die Positionen 430—460 an eine Kommission zurückzuverweisen.“

Wir werden also zunächst über den Antrag Baudert abstimmen müssen. Das Wort für seinen Antrag hat der Abg. Baudert.

Abg. Baudert (Soz.) begründet seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung in längeren Ausführungen, in denen er die jetzt gebräuchliche Nummerierung der Garne beanstandet. Die Interessenten wollten überhaupt keinen Saugzoll.

Abg. Dr. Spahn (C.), der das Wort gegen den Tagesordnungsantrag erhält, macht darauf aufmerksam, daß die Vorgänge, auf die der Antrag Baudert Bezug nehme, sich nicht in der zweiten, sondern in der ersten Lesung der Kommission abgespielt haben.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde nun über den ersten Teil des Antrages Baudert abstimmen lassen, wonach über den Antrag Grünberg zur Tagesordnung übergegangen werden soll. Ein Antrag auf einfache Tagesordnung schließt anderweitige Zugänge aus. Die Abstimmung ist auf Antrag Singer eine namentliche.

Der Antrag Baudert wird in namentlicher Abstimmung mit 215 gegen 59 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Rummehr beginnt — um 6 Uhr 40 Min. — unter großer Unruhe des Hauses

Abg. Reichhaus (Soz.) den Kommissionsbericht über die Positionen 470—502 (pflanzliche Spinnstoffe, Waren aus Gespinnsten, Posamentierwaren).

Gegen die Erhöhung des Zolles auf Taschentücher haben sich viele Petitionen, darunter auch die Handelskammer in Bielefeld, gemeldet. Zu den Positionen 494—498 wurde eine Resolution eingebracht, welche den Reichstanzler ersucht, zum Schutze der Gesundheit der in den Zuteilspinnereien und Webereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aus Grund der §§ 120a und b der Gewerbe-Ordnung Vorschriften zu erlassen. Diese Resolution wurde jedoch von der Mehrheit der Kommission abgelehnt. Redner schließt seinen äußerst eingehenden Bericht um 8 Uhr 15 Minuten mit der Bitte, falls er etwas aus den Kommissionsverhandlungen übersehen habe, ihn darauf aufmerksam zu machen, damit er die Punkte ergänzen könne. (Beifall links.)

Hierauf verlagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr vormittags.

Schluß 8^{1/2} Uhr.

Vermischtes.

Opfer des Hungers und der Winterkälte. Während die Zollwucherparteien im Reichstage unter Rechtsbruch ihre jette Deute einzuhelmen suchen und drohte Unternehmer ihre Ausgebauten zum Komödientpiel zwingen, fallen hungerrnde Proletarier schulplos der bitteren Kälte zum Opfer und geben so im Tode eine grauenerregende Illustration der „göttlichen“ Weltordnung ab. Der „Vossischen Zeitung“ geht aus Thora folgende Mitteilung zu: Die strenge Kälte der letzten Tage hat in den Ostprovinzen mehrere Opfer gefordert. In Romly wurde der Arbeiter Schebelewski aus Gzerel in der Bahnhofsstraße erstarrt aufgefunden; er starb gleich nach der Einlieferung im Krankenhaus. Der Ortstarne Kuniski aus Tarnowo, der in einem Stall Schaf vor der Kälte gesucht hatte, wurde morgens erfroren aufgefunden. Der Kriegsinvalide Schmidke war auf dem Wege von Stresow nach Roschitz eingekollert und ist erfroren. Und aus Düsseldorf wird demselben Blatt berichtet: Aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk werden als Folge des gegenwärtigen scharfen Frostes zahlreiche Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. Die Erfrorenen hätten der Erödigung Raum geben sollen, ob sie nicht gut getan hätten, vor dem Tode noch schnell in einer patriotischen Kundgebung ihren Abscheu vor der Sozialdemokratie zu bekunden.

Der reduzierte Harem. Aus Teheran berichtet man den russischen Blättern, daß der Schah von Persien eine Reform durchgeführt hat, welche man allgemein für unmöglich gehalten hatte, indem er seinen Harem auf beinahe den dreihundertsten Teil seines früheren Bestandes reduzierte. Als der Schah nach seinem Vater Kasr-Eddin den Thron bestieg, fand er im Harem 1700 Frauen und 200 Söhne und Töchter vor. Nach der gegenwärtig durchgeführten radikalen Reduktion besitzt der Schah in seinem Harem bloß 60 Frauen und 30 Kinder. In ganz Persien wird diese Reduktion des Harems als ein Beweis von Mut und Energie und als eine Heldenthat angesehen, die noch kein persischer Herrscher gewagt hat. Nichtsdestoweniger soll es in Teheran nicht an Hölzlingen fehlen, welche unter sehr schlaumen Augenwinkern zu verstehen geben, daß die Reduktion des Harems nicht allzu ernst genommen werden dürfe und daß es dem Schah mehr um eine Ausmusterung als um eine Reduktion zu thun gewesen sei, um Raum für jüngere und schönere Frauen zu gewinnen.

Eingegangene Druckschriften.

„Zübdeutscher Postillon“ (Berlag W. Ernst in München). Nr. 5 ist soeben erschienen. Das Titelbild „Ein nobles Fräuleinpaar“ vereint Eigen Richter und Dorell als gemeinsame Schildhalter bei der Ermüdung der parlamentarischen Redefreiheit. In „Die Folgen“ läßt der Raler mit einfachen Mitteln ein sprechendes Bild der Plebsnot. „Signore Hubino“ enthält in zwei Schlußbildern die Geschichte des jüdischen Altentales auf den böhmischen Heidenböden. Auch im Texte stehen die jüngsten Ereignisse obenan. Am „Schlachtfeld der Reaktion“ spottet der Postillon über den Annaples der Jänner. Im folgen: Der gemächliche Altentale; Pelzig und Pelzmärkel, ein Nürnberger Ereignis; Die Jolländer. Was in der Welt vorgeht!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 833.

Donnerstag, den 11. Dezember 1902, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Metallarbeiter Berlins

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 11. Dezember 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Köpenickerstr. 3:

Bezirksversammlung für Charlottenburg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Agster. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Jahresbericht erwartet

Die Ortsverwaltung.

Die bisher im Lokal von Dierke, Schwedterstraße, befindliche Geschäftsstelle wurde in das Lokal von Schröder, Fürstenbergerstr. 2, verlegt. — Neu errichtet wurde eine Geschäftsstelle im Lokal von Nietz, Warschauerstr. 74. D. O.

Nationalsocialer Verein.

Mittwoch, 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Gewaltherrschaft im Reichstag. Referent: Herr Dr. a. D. Friedrich Raumann. 222/18

Raucher freie Diskussion. Jedermann ist eingeladen.

Der Vorstand des nationalsocialen Vereins.

Central-Verband deutscher Maurer.

(Zweigverein Berlin, Bezirk Schöneberg.)

Am Donnerstag, den 11. Dezember cr., im Lokal von Ernst Oßitz, Weiningerstraße 8:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Silberschmidt über: „Der steigende Einfluss der Gewerkschaftsorganisation.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. N. B. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Die Verbandsleitung.

Vorwärts-Buchhandlung

69 Lindenstrasse 69.

Weihnachts-Geschenke

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehlen wir als unser reichhaltiges Lager in Bilderbüchern, Jugendschriften, Märchenbüchern, Gedichtsammlungen, illustrierten und nichtillustrierten Klassiker-Ausgaben, naturwissenschaftlichen und Geschichts-Werken.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auch auf die reichhaltige Auswahl unserer im Preise bedeutend herabgesetzten Werke aus allen Wissensgebieten, die, in ihrer tadellosen Ausstattung, ein selten günstiges Kaufobjekt bilden.

Special-Weihnachts-Verzeichnisse

auf Wunsch gratis und franco. Bilderbücher im Preise von 10 Pf. bis 5 M. Märchenbücher für Kinder von 6-8 Jahr. 25 Pf. bis 6 M. Märchenbücher und kleine Erzählungen für Kinder von 8-12 Jahren 50 Pf. bis 5 M. Erzählungen für die reifere Jugend 25 Pf. bis 10 M. Die im Gewerkschaftshause ausgestellten Jugendschriften sind bei uns zu beziehen.

Raucher Haas-Tabak



Berliner Shag hell

in 10 Pfg. Packeten

Hochfein im Geschmack u. Aroma.

Zu haben in allen Cigarrengeschäften.

ENGROS-NIEDERLAGE:

H. SALTZMANN

Berlin S. Luisenufer 3

Rum No. 3

Façon

ca. 50 Proz. stark, a Literflasche 1,10 M., 10 Literfl. 10 M. inkl.

Jamaica-Rum

echt und echt Verschnitt

a Literfl. 1,60, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50. 10 Fl. 10 Pf. billiger.

Glühwein-Extrakt

hochfein im Geschmack

a Literfl. M. 1,30. 10 Fl. M. 12,- inkl.

Deutscher Cognac

angenehm, mild im Geschmack

a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,-

Eugen Neumann & Co.

Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676, Genthinerstrasse 29, Wilsnackerstr. 25, Schöneberg, Hauptstr. 129, Stralauerstr. 56, Steglitz, Albrechtstrasse 18.

Niederlagen:

Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48.

Grüner Weg 60, Elsasserstr. 71, Putbusenerstr. 35.

5884L*

Wiederverkäufer gegen hohe Provision gesucht.

Neuheit!!

30 Tage zur Probe.

Feuerzeug

„Edison“

zur jahrelangen Benutzung! nur einen Druck und man hat sofort eine hellleuchtende Flamme.

Zum Anstecken von Cigarren, Pfeifen, und dient auch gleichzeitig als Taschenlampe. Hochsehr vermindert, verleiht gegen Einblendung u. 1,70 Mark (auch Dreifarben) frei ins Haus

Kirberg & Comp.

in Foche bei Solingen. Kleinste Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Edison“.

Aeltestes Geschäft dieser Art am Platze.

Oscar Seegrün

Engel-Ufer 6a, a. d. Köpnickbrücke.

Fabrik für Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektrisches Licht und Petroleum. Gegründet 1872.

Ausverkauf

zu aussergewöhnlich billigen Fabrikpreisen.

Speisezimmer-Kronen von 38,00 Mk. an

Salon-Kronen 15,00

Zuglampen 15,00

Petroleumgebläse 4,80

Tischlampen in Majolika und Zink, Salonlampen, Doppelarme, Lyren, Begehlampen etc. etc. (5811L*)

Wurms Magendocor wärmt bei der Kälte und ist das Beste für den Magen

Wurms Magendocor ist das beste botanische Wurm-Kunstblatt und die bogeliebteste Artliche Atteste, welche Sie in den Niederlagen erhalten, besonders aber der regelmäßige Gebrauch. Er ist

wohlschmeckend.

Die Feiertage stellen nun ausserordentliche Ansprüche an den Magen. Ein schlechter oder verdorbener Magen stört die Freude. Da ist es denn sehr gut, einen

„Magendocor“

in der Form eines angenehmen Genussmittels im Hause zu haben!

Für Jedermann sind daher einige Flaschen „Wurm“ ein nützliches und willkommenes

Festgeschenk.

Dieses wird noch gehoben durch Zugabe einiger der so beliebten Original-Wurmglaschen.



pro Stück

10 Pfg.

in den

Verkaufs-

stellen.

pro Stück

10 Pfg.

in den

Verkaufs-

stellen.

Verfallene Bänder zum Weihnachtsfest. Gold-, Brillanten-, Art. gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, fauber u. schön, w. spottb. verl. Handl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Abermalige Antwort.

Auf die an uns mündlich und schriftlich so zahlreich gerichteten Anfragen, ob wir noch den so beliebten Paletot

„Treffer“

auf Lager haben, erwidern wir hierdurch allen denjenigen, denen dieses vornehme Kleidungsstück von Kaufmann selbst empfohlen wurde, daß wir wiederum

1200 Paletots

in derselben Qualität unter derselben Marke

„Treffer“

haben anfertigen lassen. Unser Paletot „Treffer“ ist der Beweis unserer höchsten Leistungsfähigkeit und das praktischste und modernste Kleidungsstück der Saison. Derselbe ist in dunkelgrauer Warenfarbe gehalten und besteht aus weichem, fein meliertem Oberstoff mit gutem Wollgarn, ein- und zweifach mit Sammettragen, die Röhre zweimal gesteppt, für jede Figur, normal oder anormal passend, in Verarbeitung II zum Preise von 18,- Mk. Derselbe Paletot mit extra schwerem Wollgarn in Verarbeitung I, „Ueberzieher nach Maß erscheid“, zum Preise v. 28,- Mk. Schließlich offerieren wir noch unsere unübertreffliche Toppe unter der Marke

„Nimrod“

bestehend aus dunkelgrauer, weichem, porösem, fein meliertem Oberstoff in glatter oder rauher Herstellung, gefüttert mit schwerer Fell-Imitation in hochgeschlossenen Jackens und Doppel-Überzieher, Taillenart mit und ohne Kuffschlitz, geeignet für Sportleute, Jäger, Beamte etc., in Verarbeitung II 8,50 Mk., in prima Verarbeitung 13,- Mk. Diese Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen festbar und streng fest. Ueberverteilung ausgeschlossen. Garantie für tadellose Fabrikation in größtem Maßstabe.

Am Sonntag, den 11. d. Mts. ist unser Geschäft bis abends 8 Uhr geöffnet.

Deutsche Compagnie Heitlinger & Co.

Berlin, Oranienstr. 40/41.



Anker-Brikets



Teilzahlung

monatlich 10 Mark liefert elegante Herrenanzüge u. Paletots nach Maß, bar Rasse allerbilligste Preise von 35 Mark an.

Wer selbst - Stich - hat fertige von 20 Mark an. J. Tomporowski.

Schneidermeister, Prinzenstr. 55, Ecke Dreßdenstr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Mittwochsabend 8 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Draefel, Neue Friedrichstr. 35. Tagesordnung: 1. Erhöhung der Beiträge. 2. Vortrag des Genossen Dr. Bernstein über: „Kommunale Reform“.

Achtung, Genossinnen und Genossen! Die Vorträge des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über Arbeiterschutz und Arbeiterrecht können wegen Verhinderung des Referenten infolge der Mehrarbeit im Reichstage erst vom 7. Januar ab wieder stattfinden.

Socialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde. Der Gewerbegerichts wählen halber fällt die heutige Vereinsversammlung aus.

Rixdorf. Der Wahlverein hält heute abend bei Klinger, Stresebedstr. 118, seine Mitgliederversammlung ab. Stadtv. Genosse Adolf Hoffmann referiert über die Frage: Ist Religion Privatsache? Gäste, auch Frauen als solche, haben Zutritt.

Wilmerdorf. Sonntagabend 8 Uhr findet in Wittes Volksgarten eine öffentliche Protestversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über: „Der Kampf um den Zolltarif im deutschen Reichstag und die Erdrosselung der Minorität durch die Majorität“ sprechen wird.

Waldhof. Der Wahlverein hält Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Fehner, Oppenstr. 66, seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Wahl eines Vizepräsidenten. 2. Vortrag des Stadtverordneten Ferd. Ewald über: Der Umsturz im Reichstage. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.

Lokales.

Die Auflage unseres Blattes

Ist dank der von arbeiterfeindlicher Seite gegen uns betriebenen Preiserhöhung so rapide gestiegen, daß wir Sonntags nicht allen Abonnenten die Unterhaltungsbeilage „Neue Welt“ liefern konnten.

Ein harter Winter?

Der Winter hat in diesem Jahre zeitig begonnen und uns gleich einen ungewöhnlich strengen Frost gebracht. Für Anfang Dezember wenigstens ist eine so grimmige und anhaltende Kälte, wie wir sie in der letzten Woche gehabt haben, eine Seltenheit.

Einheizen, tüchtig einheizen! Ist nun wieder die allgemeine Parole. Feuerung her — und nicht zu wenig! Draußen pfeift der Nordost — da wird man eben noch ein paar Briquetts mehr als gestern einlegen.

Tüchtig einheizen! Ach, manchmal ist das doch leichter gesagt als getan. Feuerung kostet Geld, und Geld pflegt gerade im Winter in vielen Familien bald recht knapp zu werden.

Wir stehen jetzt erst am Beginn des Winters, aber bereits heute drängt sich vielen die Frage auf: Wie wird's aussehen, wenn der Winter zu Ende geht? Wie soll es im Januar, im Februar werden, wenn schon der Dezember so anfangt?

Die gestrige Generalversammlung der Milchzentrale, die auf 1 Uhr mittags nach der Brauerei Friedrichshain einberufen war, unterschied sich schon in den äußeren Veranstaltungen von den statutenmäßigen Tagungen sonstiger Geschäftsunternehmungen.

Der Vorstand bemerkte, die Milchzentrale habe absichtlich nicht bloß den Saal der Versammlung, sondern sämtliche auch nicht be-

nutzten Räume der Brauerei Friedrichshain gemietet und über in denselben das Hausrecht.

Im Anschluß an diese gewaltsame Entfernung des opponierenden Mitgliedes erklärte der Vorsitzende, daß er auch alle sonstigen Vertreter von aufgelösten bäuerlichen Milchverwertungsgenossenschaften nicht zum Worte zulassen werde, sofern dieselben für ihre eigene Person nicht entweder der betreffenden Genossenschaft oder der Milchzentrale angehörten.

Von den übrigen opponierenden Genossenschaftlern wagte, angesichts der drohenden und tumultuarischen Haltung der als Zuschauer zugelassenen Menge, keiner das Wort zu ergreifen. Der Vorsitzende proklamierte nunmehr, daß durch Acclamation (!) Herr Ring-Düppel wieder und Herr Grabenstein-Charlottenburg neu in den Vorstand gewählt sei.

Die opponierende Minderheit hat durch die gegen das Gesetz verstoßende Nichtzulassung der Vertreter zum Wort sich die Grundlage für die Anfechtungsklage nach § 51 des Genossenschaftsgesetzes gewahrt.

Den Ladenschluß in der Nähmaschinen-Branche betreffend, erläßt der Polizeipräsident folgende Bekanntmachung: Aus dem Kreise der beteiligten Gewerbetreibenden ist bei mir der Antrag gestellt worden, eine Anordnung dahin zu treffen, daß im Landes-Polizeibezirk Berlin die offenen Verkaufsstellen der Nähmaschinen-Branche in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen.

Es ist erfreulich, daß aus den Kreisen der Gewerbetreibenden die Anregung zu dieser Maßnahme kommt. Offenlich ist dies ein weiterer Schritt zu der notwendigen Einführung des allgemeinen Schlußschlusses.

Statistikenartikel? Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet: Ein Kartell der nichtsocialdemokratischen (christlichen) Arbeiterorganisationen Berlins, die schon bisher bei wiederholten Gelegenheiten gemeinsam vorgingen, ist in Vorbereitung.

Was an dieser Mitteilung Wahres ist, können wir natürlich nicht feststellen. Von den Anschauungen Wilhelms II. über die Arbeiterbewegung müssen die neuen Kartellbrüder aber feste Begriffe haben; andernfalls würden sie Streikfonds und Streikmärkte beiseite lassen.

Den „Geisteskampf“ des Centrums kennzeichnet noch eine Erinnerung, welche ergibt, daß der in Nr. 285 erwähnte katholische Geistliche Stephan ein „Los“ hat. Stephan wohnte bis vor kurzem in Weihenfer und hatte die dortigen Katholiken so an der Strippe, daß sie den Willen ihres geistlichen Herrn unter allen Umständen durchsetzten.

Die Wahlen zum Direktorium der akademischen Besehale haben nach vierstägigem Wahltag ihren Abschluß gefunden. Die Beteiligung war um 200 Stimmen geringer als vor zwei Jahren; es wurden 1909 Stimmen abgegeben, welche sich wie folgt verteilten.

Nach der amtlichen Viehzählung waren am 1. Dezember 1901 in Berlin 43 655 Pferde und Esel, sowie 8927 Stück Rindvieh und 33 802 Hunde vorhanden.

Graf Pflücker hat Montagabend wieder bei Keller in der Koppensstraße Vorstellung gegeben. Aus den Phantasien dieses bedauernden Wertes sei folgendes wiedergegeben:

„Wie erst die Zeiten sind, sehen wir jetzt im Reichstage. Das schamlose Treiben der jüdischen Abgeordneten und der jüdischen Presse sind die Sturmvögel der jüdischen Revolution.“

Innes Crachens würden die von dem wilden Mann mit einem Anfall bedrohten Parteigenossen rechtzeitig für die Herbeischaffung einer Zwangsjacke sorgen.

Der 370 000 Mark betragende Nachlaß der Raimauremeister Julius und Emilie Mappeschen Eheleute, welchen dieselben den Berliner städtischen Handwerker-Schulen testamentarisch vermacht haben, wird erst im nächsten Jahre zur Verwendung gelangen können.

Hot er gemacht &aines Geschäft? Mit diesem eßt latholischen Herzogseuzer glottiert die an Abnommentwindisch frantende „Germania“ unre Mitteilungen über den starken Straßenverkauf des „Vorwärts“ und seine steigende Auflage.

Die Untergrundbahn vom Zoologischen Garten bis zum Anie in Charlottenburg sollte bekanntlich im Januar oder Februar nächsten Jahres dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Kirchliche und weltliche Freuden. Eine Korrespondenz meldet: Das „Wohlfahrtshaus“ in der Schillerstraße Nr. 42 zu Charlottenburg, das vom Trinitatis-Berein erbaut und kürzlich mit großem Pomp eröffnet wurde, ist zu einem kleinen Kriegsschauplatz geworden.

Die Arbeitslosigkeit. Um sich das Leben zu nehmen, hat sich der 21 Jahre alte Koch Hans Dant, der seit 4 Wochen bei dem Schneidermeister Köhler in der Manerstr. 53 wohnte, heimlich entfernt.

Das Polizeipräsidium benachrichtigt sämtliche Vorsteher von Schulen, daß eine Schwindlerin während der Unterrichtsstunden bei Lehrern Frauen Epauletten und Geldbörse, angeblich im Auftrage der Chemänner, erbitte und vielfach erhält. Die betreffende Person ist etwa 14 Jahre alt, schlank, gesund aussehend und gut gekleidet. Die Lehrer werden ersucht, die Schwindlerin vorzukommenfalls sofort festzunehmen zu lassen.

Ueber den Verlust der mit 1900 Mark Papiergeld und wertvollen Rechnungen gefüllten Brieftasche des Engroschlächtermeisters Otto Schmidt und den Prozeß, der sich an den von Meister Schmidt ausgesetzten Funderlohn von 1500 M. seitens des Arbeiters der jüdischen Bauverwaltung, Otto Feuerbör, knüpfte, ist mehrfach ausführlich berichtet worden. Nunmehr meldet die „Allgemeine Fleisch- u. Fisch-Ztg.“, daß die Brieftasche nicht verloren, sondern gestohlen worden ist. Der Dieb ist der Engroschlächtergesellschaft Saxeuer, welcher der Brieftasche die 1900 M. Banknoten entnommen und das Geld dann mit einem Freunde, dem Sohne einer Droschkenfutcher-Witwe in Weihensee, in Damentouristen verjubelt hat. Die leere Brieftasche, in der sich nur noch Rechnungen befanden, ist dann in den Wäschkasten der Central-Markthalle I A eingebuddelt worden, wo sie auch von Feuerbör gefunden wurde. Seit Juli ist Saxeuer vom Fleisch-Engrosmarkt verschwunden.

Nach einer Unterschlagung ist der Maschinenmeister Hermann Klaffe, der in der Buchdruckerei von H. S. Hermann beschäftigt war, gestrichelt. Klaffe hatte die Betriebs-Sparkasse der Maschinenisten, welche 1000 bis 1500 M. enthalten mochte, in Verwahrung; das Geld sollte am Montag an die Kollegen ausgezahlt werden. Bei den Revision der Kasse traf an diesem Tage ein Schreiben des Klaffe ein, worin er mitteilte, daß er das Geld verspielt habe. Die Angelegenheit ist gestern der Behörde mitgeteilt worden, der Aufreißung des Klaffen konnte noch nicht ermittelt werden.

Auf freier Tat ertrappt wurde in der Nacht zum Dienstag ein Einbrecher Albert Krain in der Krautstraße. Er hatte sich an einem Grundstücke, auf dem sich eine Wäuderei befindet, einschließen lassen. Als er dann in der Nacht glaubte, daß die Gezellen alle an die Arbeit gegangen seien, schlich er in ihre Stube, öffnete die Schränke und suchte daraus zusammen, was ihm mitnehmenswert erschien. Ein Gefelle aber lag noch im Bett. Dieser wachte auf, sah einen Menschen an den Spinden herumkrummen und rief: „Diebe! Diebe!“ Krain ließ seine Beute, die er schon halb verpackt hatte, im Stich und lief davon. Da aber die Hausstürzen verriegelt waren, so konnte er nicht weit kommen. Trotzdem suchten die Gezellen lange vergebens nach ihm. Endlich fanden sie ihn auf dem Boden in einer großen Kiste, in der sonst Kohlen aufbewahrt werden, gaben ihm eine Tracht Prügel und überlieferten ihn dann der Polizei.

„Salome“ vor dem Bezirksausföhr. Die Frage, ob Dolzar Wilde „Salome“, welche bei ihrer Aufführung vor einem geladenen Publikum gefallen haben soll, was der Vertreter des Polizeipräsidiums, Herr Professor Dr. Kossart, auch zugefand, nun auch für ein größeres Publikum freigegeben werden soll, hat gestern in einer bis in den späten Nachmittag dauernden Sitzung des Bezirksausföhrs beschäftigt. Der Vertreter der Mägerschen Direktion des Kleinen Theaters, Rechtsanwalt Dr. Rosenfod, führte insbesondere aus, daß die Frage, ob hier religiöse oder sittliche Bedenken gegen die Erlaubnis zur Aufführung sprächen, in den Hintergrund treten müßte, gegenüber der Frage, vor welchem Publikum und in welcher Darstellung das Stück erscheine, welches von allen Parteien als ein Kunstwerk anerkannt sei. Ein solches zu verbieten, sei die Zensur nicht berechtigt. Der Präsident verhandelte nach längerer Beratung, daß das Urteil den Parteien schriftlich zugehen werde. Es scheinen also im Schoße des Richterkollegiums Meinungsverschiedenheiten zu bestehen.

Feuerbericht. Zwei größere Brände hatte die Feuerwehr in der Nacht zum Dienstag zu bewältigen. In der Liebigstr. 80 war kurz nach Mitternacht auf nicht ermittelte Weise in dem Vorratshaus eines Kolonialwarengeschäfts Feuer ausgebrochen, das sich mit umgehender Schnelligkeit ausdehnte und bei Ankunft des ersten Löschzuges auch schon auf den darüber liegenden Boden übergesprungen war. Petroleum, Del, Spiritus und andre leicht brennbare Stoffe begünstigten das Feuer sehr. Die Wehr mußte daher mit mehreren Schlauchleitungen lange Zeit Wasser geben, bevor die Flammen erstickt waren. Noch war dieser Brand nicht vollständig gelöscht, als ein größeres Schaufenster nach der Ebertstr. 38 gerufen wurde. Hier stand der Inhalt eines Schaufensters in hellen Flammen. Auch hier mußten mehrere Rohre in Tätigkeit treten, um die Gefahr zu beseitigen. — Im übrigen ist die Zahl der täglichen Alarmierungen immer noch eine große, was mit der strengen Kälte zusammenhängt. So wurden aus der Georgenstraße 40 und aus der Mittenwalderstr. 7 Wohnungsbrände gemeldet, bei denen hauptsächlich Betten und Kleidungsstücke beschädigt wurden. In der Pappel-Allee 21 mußte nachmittags ein Brand beseitigt werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Kellerbrände beschäftigten die Wehr in der Steinmeierstr. 64, Dieffenbachstr. 97 und in der Stephanstr. 64. In allen Fällen wurden Rufen und Verpackungsmaterial eingespart. In der Deuthstr. 15 hatte eine Bretterwand Feuer gefangen, während in der Reithstr. 8 Rohrverpackungen in Brand geraten waren. Ein Küchenbrand mußte Dienstag früh in der Verstr. 16 abgelöst werden. Außerdem liefen noch Alarmierungen von der Holzmarktstr. 34, Lehrterstr. 48, Waldemarstr. 63 und von verschiedenen andern Orten ein. In den meisten Fällen brauchte die Wehr jedoch nicht besonders einzugreifen, da die Gefahr teils von Hausbewohnern schon beseitigt war.

Aus den Nachbarorten.

Ren-Weihensee. Die Wahlen der Weisler zum Gewerbegericht finden am Sonntag, den 14. d. M., mittags von 12 bis 2 Uhr, statt. Die Wähler werden ersucht, sich rechtzeitig in den Wahllokalen des Bezirks, in welchen sie wohnen oder arbeiten, einzufinden, da Punkt 2 Uhr die Thüren verschlossen werden.

Wahllegitimations-Normulare sind bei folgenden Genossen zu haben, die ebenfalls bereit sind, für diejenigen, welche keine Zeit haben, die polizeiliche Abtemperung zu übernehmen:

Emil Schumann, Lehderstr. 118; Paul Helmke, Heinerdorfer Weg 88; Conrad Stolle, Lehderstr. 27; Wilhelm Schmutz, König-Chaussee 38; Adolf Gatz, König-Chaussee 55; Hugo Correr, Straßburgerstr. 56.

Gleichzeitig wird nochmals auf die am Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Palast“, Lehderstr. 122, stattfindende Versammlung, in welcher Genosse Robert Ahrens Berlin spricht, aufmerksam gemacht.

Ungültige Stadterordneten-Wahl. Bei den Stadterordneten-Wahlen in Eberswalde, die im November 1901 stattfanden, wurden vier Stichwahlen erforderlich. Zwei der vier in Stichwahl zu wählenden Stadterordneten mußten Hausbesitzer sein. Von den acht zur Stichwahl stehenden Kandidaten — es gab nur einen Wahlgang — erhielten Stimmen: 421 der Cigarrenfabrikant Koch und der Zimmerpolier Kasper, 418 der Maurerpolier Herrlich, 417 der Schuhmachermeister Kellwood und 312 der Hutfabrikant Brodt. Wahlvorstand und Stadterordneten-Versammlung erklärten nun nicht die vier Erstgenannten, die die meisten Stimmen hatten, für gewählt, sondern die ersten drei und den fünften. Der vierte, Genosse Kellwood, wurde ausgeschlossen, weil Wahlvorstand und Stadterordneten-Versammlung unter den Fünfen mit den meisten Stimmen als Hausbesitzer nur den Genossen Herrlich und Herrn Brodt anerkannten, zwei Hausbesitzer aber gewählt werden mußten. Den Genossen Kasper, der von unsrer Parteigenossen als Hausbesitzer aufgestellt worden war, ließ man nicht als Hausbesitzer gelten. Er wurde als Nichtangesehener für gewählt erklärt, da ja die beiden Nichtbesitzer und die beiden Besitzer in einem Wahlgange (unter Ausschluß einer Bezirkserteilung) gewählt wurden und Kasper die höchste Stimmenzahl erzielte. — Der Genosse Goldbach forderte die Wahl des Herrn Brodt im Verwaltungsverfahren an, weil Kasper doch Hausbesitzer gewesen sei und deshalb nicht Herr Brodt, sondern der Genosse Kellwood für gewählt hätte erklärt werden müssen. — Der Bezirksausföhr wird aber die Klage ab und führte

aus: Allerdings sei das Haus Kaspers schon zur Zeit der Wahl fertig, aber noch nicht polizeilich abgenommen gewesen; es habe deshalb damals noch nicht als Wohnhaus im Sinne der Städte-Ordnung angesehen werden können. Ein Wohnhaus sei ein Haus erst, wenn es zum Wohnen polizeilich freigegeben sei.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab der hiergegen eingelegten Berufung statt und erklärte Brodt's Wahl, ohne auf die Klagegründe einzugehen, schon deshalb für ungültig, weil sich unter den acht Stichwahl-Kandidaten nicht vier Hausbesitzer befanden. Bei einer Stichwahl müßten mindestens doppelt soviel Hausbesitzer zur Wahl stehen, als Hausbesitzer zu wählen seien, denn sonst müßte ja das Merkmal einer Stichwahl fehlen. Da hier zwei Hausbesitzer zu wählen waren, hätten vier Hausbesitzer-Kandidaten zur Wahl stehen müssen. Ein Wahlverfahren wie hier sei nicht zulässig, so daß die rechtzeitig angefochtene Wahl Brodt's für ungültig zu erklären sei.

Rummelsburg. Die hiesige Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Anstellung eines Gemeinde-Bau-meisters zu beschäftigen. Seit der Einrihtung dieses Amtes vor vier Jahren haben zwei Baumeister wegen Krankheit, davon einer mit Pensionsberechtigung, den Dienst aufgeben müssen. Die Wahl, welche in geheimer Sitzung stattfand, fiel auf Herrn Regierungs-Baumeister Hagly in Hohen-Schönhäusen; das Anfangsgehalt wurde auf 6000 Mark festgesetzt. Die hiesige Kläranstalt leitet ihre Abwässer in den von den Berliner Rieselern benutzten Abflugsgraben. Da nun die Gemeindevertretung beschloß, hatte, das Degener'sche Kolllektier-Verfahren einzuführen, macht die Regierung die Konzeptionserteilung davon abhängig, daß dann die Abwässer nicht mehr in den Graben abgeführt werden, sondern der Abfluß direkt in die Spree geleitet wird. Nach einem Gutachten des Professor Proskauer wird durch den Zusammenfluß der Abwässer eine Verschlimmung eintreten. Da der neue Abfluß unter dem Rangierbahnhof durchgeführt werden müßte und daher außerordentlich hohe Kosten verursachen würde, lehnte die Vertretung das Verlangen der Regierung einstimmig ab.

In Schneberg hat die Stadterordneten-Versammlung vorgestern nach vierstündiger oft erregter Debatte die Magistratsvorlage, betreffend den Ausbau der höheren Mädchenschule zu einem Mädchen-Realgymnasium, mit 37 gegen 17 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag, die Beschlußfassung auszusparen, mit 29 gegen 28 Stimmen abgelehnt worden war. In der Diskussion gab Stadterordneter Obst im Namen unsrer Parteigenossen die Erklärung ab, daß sie für den Magistratsantrag stimmen würden. Bürgermeister Dr. Gerhard teilte im Laufe der Debatte mit, daß vom 1. April 1903 ab stiegende Klassen in den Gemeindefschulen nicht mehr vorhanden sein würden. Die Kosten der Erweiterung der höheren Mädchenschule belaufen sich auf ungefähr 8200 M. jährlich. — Die Versammlung erklärte sich ferner einstimmig mit einem auf Anregung unsrer Parteigenossen gestellten Magistratsantrag einverstanden, der die Einteilung der 12 Wahlbezirke zu den Landtagswahlen vorschlägt. Danach wird die Stadt 75 Wahlbezirke mit 346 Wahlmännern haben.

Schneberg. Eine Stadterordneten-Nachwahl soll, wie berichtet wird, im 2. Bezirk der dritten Abteilung für den Stadterordneten Schneider stattfinden, dessen Mandat infolge Verlegung erlischt. Der zu Wählende muß Hausbesitzer sein. Die Wahlperiode läuft bis 1907. Herr Sch., ein Oberpostassistent, hat in der Art seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie im Stadtparlament oft zur Erheiterung beigetragen, ernst zu nehmen war der Herr jedenfalls nicht. Er war seinerzeit mit nur 18 Stimmen Mehrheit gegen unsren Genossen Obst gewählt worden.

Vereinskalender.

Sigung haben Mittwoch:

- Arbeiter-Jugendbund Berlin und Umgegend. Erster Vorsitzender Julius Reber, Hiltstr. 27. Erster Kassierer: Seifrit, Fiedrichstr. 16. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Raststr. 33. Übungsstunde abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern — „Vereinszeitung“ I. Hindersstr. 20. — Norddeutsche Schiffe, Vipe, Weichstr. 15. — „Liederlust“ I. (1895), Wollschlager, Adalbertstr. 21. — „Deutsche Gasse“ I., Zimmermann, Gellner Weg 29. — „Allegro“, Bittel, Brannstr. 138. — „Gleichheit“, Ramlow, Schönhauser Allee 135. — „Schnepfbläse“ I., Rirdorf, Köpke, Hermanns- und Karlsruhenerstraße-Ecke. — „Hoffnung“ I., Brandenburg a. N., Sutherom, Bredowstr. 17. — „Büh“ in Drik, Mose, Weiser Chaussee 69/70. — „Maien-grub“, Charlottenburg, Barisch, Seelenheimerstr. 11. — „Selbsttätigkeit“, Köpenick, Reber, Rosenstr. 101. — „Wacht auf“, Jungmann, Danzigerstr. 24. — „Enterlein“, Schilling, Schweinminderstr. 50. — „Ende“ I., Restaurant Reimann, Bolzenerstr. 44. — „Volkshaus“ IV, Bornim i. N., Sträger, Fortstr. 5. — „Teicherder Gesangverein“, Schumann, Hiltstr. 65. — „Freundschaft“ I., Happe, Stralauer Platz 10/11. — „Zimmerer“, Friedrichsberg, Zipfer Frankfurter Allee 181. — „Hörkheit“, Thate, Mustauerstr. 41. — „Gefühl“, Charlottenburg, Bernide, Börsenstr. 34. — „Dorothea“, Kaufhof, Karlstr. 47. — „Hoffnung“ II., Spandau, Kable, Reu-meisterstr. 5. — „Rote Rose“, Stenzel, Gregorstr. 20. — „Süd-Weit“, Bild, Simonstr. 23. — „Klub Sangesfreunde“, Brandenburg a. N., Centralherberge, Bollemerstr. 3. — „Rote Rute“ I., Schneberg, Kräger, Grunewaldstr. 110. — „Red Rose“, Schütz, Volksgarten, Beunnenstr. 150. — „Steramit“, Charlottenburg, Bittel, Esnabrückerstr. 1. — „Bornwärts VII“, Rummelsburg, Beutling, Kant- und Goeckelstrassen-Ecke. — „Bornwärts III“, Friedrichsberg, Feil Haberland, Wilhelmstr. 38. — „Aris“, Lohndoch, Gellertstr. 38. — „Sängertrupp“, Feil, Bornsdorferstr. 40. — „Liederlust III“, Gulsow-Platz, Guffe, Arntstr. 36. — „Melodie“ I., Rirdorf, Eichenstr. 113. — „Aberle“, Laufferer Platz 8. — „Raidlume“, Ludenwalde, Helau, Fiedrichstraße. — „Seneleider“ I., Giesle, Schillingstr. 36. — „Freundschaft II“, Hoffmann, Schweinminderstr. 47. — „Zand-holz“, Adel, Brinzen-Allee 38. — „Freiheit“ Grub“, Paul Weg, Veteranenstr. 18. — „Vereinslust“ I., Fürstenwalde, Jankler, Schloßstr. 1. — „Jugend III“, Nieder-Schönhäusen, Seifrit, Lindenstr. 1. — „Maien-grub“, Friedrichsberg, Conrad, Fiedrichstr. 158. — „Liederlust II“, Roßbit, Wohlstr. Hiltstr. 8. — „Bornwärts I“, Südost, Witwe Rejner, Stahlstr. 59. — „Nordwacht“, Fahrton, Ravenstr. 6.

- Arbeiter-Rauerdend Berlin und Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Nebeltrau, Paulsenstr. 44 IV. „Arlona“, Armer Konrad, Reichendergerstr. 16. — „Waldesgrün“, Runge, Fortstr. 36. — „Frei Weg“, Schneberg, Hoppe, Rarlsruherstr. 7. — „Adele Kauscher“, Rirdorf, Spidemann, Hobeckstr. 14. — „Anieilgers“, Gohold, Wanteuffelstr. 66. — „Adele Brüder“, Friedrichsberg, Lohse, Luisenstr. 20. — „Frohlands Heimat“, Schäfer, Stromstr. 28. — „Deutscher Michel“, Pantow, Kaiser Friedrichstr. 12, Ringenberg. — „Die Dampfenden“, Schild, Wanteuffelstr. 74. — „Liederlust I“, Freil, Bornsdorferstr. 36. — „Rein Ton“, Richter, Oberbergerstr. 49. — „Bornblume“, Dillenberg, Zimmerstr. 59. — „Alter Stamm“, Quälzahn, Köttbuler Damm 18/19. — „Lebensblüte“, Uebing, Grüner Weg 120. — „Ohne Furcht“, Schmidt, Pflanzstr. 44. — „Kolumbus S.-D.“, Galda, Eppelstr. 19. — „Beilendunst“, Hundt, Hiltstr. 24. — „Berzaget nie“, Schneberg, Kälbe, Sedanstr. 76. — „Wellendel“, Fruststr. 69. — „Bulgarien“, Kowals, Koppstr. 56. — „Lange Feier“, Friedrichsberg, Schilling, Koenigsstr. 5. — „Ridellus“, Bornsdorferstr. 41. — „Rosenblüte“, Weidenweg 78. — „Cualmbrüder“, Rummelsburg, Kantstr. 14. — „Gemütslust“ II, Kurtz, Brannstr. 104. — „Weißelblat“, Frankfurt Allee 174. — „Gemütslust II“, Graf, Brannstr. 22. — „Morgenrot“, Köhne, Fiedrichstr. 62. — „Kontequent“, Seifert, Currystr. 2. — „Sieben rooht“, Adlershof, Becker, Eppenstr. 56. — „Frohe Stunde“, Kerlin, Gellertstr. 15. — „Lilla“, Drummenstr. 11. — „Phönix“, Schneberg, Hauptstr. 97. — „Liedel“, Jourmond, Neu-Weihensee, Sedanstr. 18. — „Blauer Ring“, Springer, Charlottenburg, Schillerstr. 33/39. — „Palmeria“, Hiltstr. 17. — „Brüderbund“, Laufferer Platz 10. — „Sommerfest“, Friedrichsberg, Fiechel, Kropfingenerstr. 45. — „Sumatra“ SO., Ranzold, Legnerstr. 18. — „Adele Brüder III“, Hiltstr. Pulverstr. 19. — „Pantow“, Griffl, Pantow, Kaiser Friedrichstr. 12. — „Rordpol“, Bittel, Hennigsdorferstr. 28. — „Gerade aus“, Rejner, Weihenburgerstr. 47. — „Saugahn“, Westfälische, Pulverstr. 62. — „Sumatra“, Weier, Lobbenerstr. 11. — „Bornwärts“, Wollschlager, Adalbertstr. 4. — „Frei Weg“, Rabewald, Schneberg, Gothaerstr. 6. — „Gollig“, Reichendergerstr. 157.

Gesang-, Turn- und gefellige Vereine. Theaterverein „Tell“, Bornsdorferstr. 57. — Dramatische Vereinigung „Julius“, Königshöhe, Cing-Waldesgrünstr. — Verein der Quartiergenossen, Pöcher, und Rastauerstrassen-Ecke. — Romen-Klub „Orion“, Wienerstr. 7. — Jäger-Verein „Trot“, Drantenstr. 183. — Wandervogelklub „Bella Sorant“, Luisenpark 131. — Orchesterverein „Fort“, Fiedrichstr. 38. — Pflanzengarten „Nord-Ost“, Petersburgerstr. 55. — „Deurele“, Verein zur Förderung der Sprechfertigkeit Stotterder, Zimmerstr. 25, Restaurant Diefenbach. — „Nymphaeon alba“, Verein für Aquarien- und Terrarienkunde, Mittwoch nach dem 1. und 15., Adolpstr. 80/81. — Stallab „Revolution“, Vog, Schwanenstr. 3. —

Gesangverein „Apollonia“, Gobel, Bineck-Platz 7. — Lotterieverein „Große Post“, Krause, Gellertstr. 26.

Arbeiter-Turnerbund. Mittwoch und Sonnabend: Turnverein „Nide“, Berlin, abends von 8-10 Uhr: 1. Männer-Abt. Fiedrichstr. 37. 2. Männer-Abt. Bodeckstr. 17/20. 7. Männer-Abt. Reichendergerstr. 131/132. 8. Männer-Abt. Gellertstr. 36/37. 2. Lehrlings-Abt. Stahlstr. 55/56. 4. Lehrlings-Abt. Siemensstr. 20 (Roßbit). 5. Lehrlings-Abteilung Adalstr. 67.

Arbeiter-Schulmutterbund. Anfragen sind zu richten an A. Danziger, Burgdorferstr. 14. Abends 7 1/2 Uhr: „Nord“, Admiralsgartenbad, Fiedrichstr. — „Welle“, Volks-Badanstalt an der Schillingbrücke.

Lebe und Distriktsklub. Sozialistischer „Bornwärts“ Artiliana, Rüdbergaben 17. Jeden Mittwoch: Distriktsklub.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“. Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Mitteilungen und Anfragen den Bund betreffend sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Hoyer, Berlin NW, Waldstr. 8. „Bornwärts“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15., Waldstr. 8. — „Courier 1900“, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15., Schönhauser Allee 28. — „Etern I“, Fiedrichstr. 8. — „Born II“, jeden Mittwoch vor dem 1., Landsberger Allee 40/41. — „Hermann“, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15., Berlinstr. 21. — „Frohes Ziel“, jeden zweiten Mittwoch, Wilhelmstr. bei Appel. — „Bild auf“, Friedrichsberg, Gellertstr. 22. — „Bornwärts“, jeden Mittwoch nach dem 8. und 22., Köpenick, Schönenderstr. 5. — „Bornwärts“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15., Alt-Gliemide bei Sah. — „Büh“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15., Rudow bei Kräger.

Central-Rauerdend. Zuschriften sind an Allet, Rirdorf, Pulverstr. 66, zu richten. „Bornwärts“, Rirdorf, Prinz Handjerystr. 70. — „Gemütslust“, Rirdorf, Fiedrichstr. 17. — „Friedensfeier“, Rirdorf, Rühlensstr. 18. — „Adele Kauscher“, Rirdorf, Hermannstr. 31. — „Gemütslust“, Schneberg, Grunewaldstr. 117. — „Blau Luft“, Steglitz, Dippelstr. 32. — „Helfland“, Steglitz, Marktstr. 1. — „Geduld“, Riedemann, Rheinstr. 1. — „Blau Wolke“, Wilmersdorf, Holzburgerstr. 66. — „Abfall“, Wilmersdorf, Umland- und Gellertstrassen-Ecke. — „Transvaal“, Schneberg, Sedanstr. 60. — „Adele Kauscher II“, Rirdorf, Hermann- u. Prinz Handjerystrassen-Ecke. — „Ambalema“, Rirdorf, Prinz Handjerystr. 69. — „Geduld-Beiseite“, Rirdorf, Steinmeierstr. 24. — „Alt-Gemütslust“, Adolpstr. 80/81.

Arbeiter-Tafelbund Berlin und Umgegend. Zuschriften sind zu richten an Ernst Clement, Bodeckstr. 13. Mittwoch: „Gemütslust“, Boyel, Brannstr. 78. — „Grund-Schwarz“, Dink, Bineck-Platz 7. — „Unitas“, Schmidt, Fiedrichstr. 35.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Mit Rücksicht auf den gewaltigen Andrang des Stoffes wird gebeten, in nächster Zeit, falls irgend möglich, die juristischen Sprechstunden und nicht den Briefkasten zu Anfragen in schleunigen Sachen zu benutzen, weil die Antworten im Briefkasten erst nach mehreren Tagen erteilt werden können.

Rirdorf I. Ihre Anfrage können wir im Briefkasten nicht beantworten. Zu persönlicher Auskunft sind wir gern bereit.

B. B. Der Fehler lag bedauerlicherweise bei uns. Es mußte „zwei“ heißen.

101. Einer Verpät-Befehlungsfrage muß ein Schneeverlauf beim Schneemann vorausgehen, wenn beide Parteien in demselben Gemeindebezirk wohnen. — A. B. 17. 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — P. G. Die Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige prüft ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende körperlich diensttauglich ist. — G. B. Ludenwalde. Sie können so viel verdienen wie Ihnen möglich ist. — A. B. 1000. Ja. — A. B. 7. 1. In Preußen: nein. 2. Nur bei Ost. — E. 70. 1. Sie müssen auf einem Brett zahlen. 2. Die Kosten können Sie, falls Sie darum einkommen, abzahlen. — W. B. 1. und 2. Solcher Vertrag ist unzulässig, kann aber von der Stadt angefochten werden. 3. In einem Konversationskloster, das in jeder öffentlichen Kasse liegt, finden Sie die von Ihnen gesuchte Bezeichnung unter Kasse usw. — Kowal. Am Beginn der Arbeit und am Erfüllungsort. — H. B. Ihre Fragen sind ohne Darlegung der näheren Umstände (welche Arbeit? wie alt?) nicht zu beantworten. — A. B. 1. Franzisko. Ja. — Csnabr., Zweinmünderstr. 19. Nein. — J. Mittag. Pantstr. 92. Sie können auf Herstellung der Wohnung kagen. — A. B. 3. Nein. — P. G. Sie müssen alle 2 Jahre mindestens 40 Markten selbst weiter geben. Die Klasse ist gleichgültig. — Vohenstr. 20. Ja. — Karl D. 1. Nein. 2. Veränderung liegt soweit erlischt ist, vor. — W. B. 6. Wenn die Kinder vorhochschulische Ehen geworden sind, ja. — C. A. 23. Nein. — W. B. 2. 100. Die Sachen Ihrer Tochter scheinen nicht mitzubalten. Sprechen Sie mit dem Mietvertrag in der juristischen Sprechstunde vor. — A. 1000. Der Vater hat sämtliche Kosten zu zahlen. — A. B. 16. Sprechen Sie mit dem Kopflehrer in der Sprechstunde vor. — P. G. Vohensee-Platz. Bis zur Großjährigkeit können Sie das Buch selbst aufbewahren.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 10. Dezember 1902. Etwas kälter, zeitweise neblig, sonst meist heiter und trocken bei mäßigen östlichen Winden.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)
Nachruf.
Am Freitag, den 7. Nov. 1902 verstarb nach längerem Krankenlager unser Mitglied
Wilhelm Klemann
an der Choleraerkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Paul Winzer
am 7. Dezember verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Gumbartskirchhofs aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Heinrich Schmitz,
Bergr. 49,
am 7. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 11. ds. Mts., von der Leichenhalle d. Gollgallin-Gemeinde, Verussstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Herren-Moden.
Elegante Ausfüh., geringe Zellzahl.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,
2 Treppen, am Alexanderplatz.

schönsten Herren
Valerios, Anzüge, Joppen in neu, sowie special
Monatgarderobe
von Kavallieren zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
J. Wand,
an der Wasserthorstraße,
Bitte um Hausnummer zu achten!
59182

Anzüge nach Maß für Herren-Knaben
Größe Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Valerios, Anzüge, Vesten u. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneide bei
A. Karle, Waldemarstr. 66

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 10. Dezember.
Anfang 3 Uhr:
H. Kaiser. Der Struwwelpeter.
Anfang 7 Uhr:
Cyperhaus. Robert der Teufel.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Im bunten Rod. Deutsches. Ronna Banna. Berliner. Paul Lange und Lara Barsberg.
Leffing. Madame Sans-Gêne. Central. Madame Sherry. Renes. Ledige Leute. Residenz. Seine Kammerzofe. (Nolly Rozler).
Thalia. Das Schmähchen am Herd. Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Anfang 8 Uhr:

Schiller. O. (Wallner-Theater.) Jugendfreunde.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Sappho.
Belle-Alliance-Theater. Anno 48. Carl Weich. Die Römer.
Saiten. Robert und Bertram. Casino. Der reiche Postfisch.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Rakitis Hochzeit.
Bunte Theater. Lore. — Die Tanzsee. — Ubergläubisch. — Er und Sie.
Kleines. Rausch.
Palast. Der Dorfbarbier. Spezialitäten.
Trianon. Die Liebeschaukel.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steibl. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Central-Theater
Mittwoch, 10. Dezbr.: 2 Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr halbe Preise (jeder Erwachsene 1 Kind frei):
Schneeweisschen und Rosenrot.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Felix.
Morgen und folgende Tage: Madame Sherry.

Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72—73.
Sum 504. Plaz:
Charleys Tante.
Guido Thielscher als Charleys Tante.
Anfang 8 Uhr. Vorher: 10—2. Kasse.
Invaliden, Künstlerbank u. Warenhäuser u. Werkheim.
Morgen: Anne-Diese. Freitag: Emilia Galotti. Sonnabend: Anne-Diese. Sonntag 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
Am 23. Dezember, zum erstenmal: Kommt! Die bösen Mädchen.

Luisen-Theater.
Robert und Bertram.
Anfang 8 Uhr. Vorher: 10—2. Kasse.
Invaliden, Künstlerbank u. Warenhäuser u. Werkheim.
Morgen: Anne-Diese. Freitag: Emilia Galotti. Sonnabend: Anne-Diese. Sonntag 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
Am 23. Dezember, zum erstenmal: Kommt! Die bösen Mädchen.

Metropol-Theater.
Zum 12. Male:
Die zwölf Frauen des Japhet.
Vanderville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Lieder und Text von Julius Freund.
In Scene gesetzt v. Direktor Richard Schula. Musik von Victor Holländer.
Zwei grosse Balletts.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Hermann Naak. Flora Siding. Hans Reichberg. Frid-Frid. Junker-Schatz. Wini Grabit.
Rauschen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Von 8—9 Uhr: Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Mit kolossaltem Erfolg:
Nakiri's Hochzeit
Ausstattungs-Operette in 2 Akten von P. Lincke.
Im zweiten Bilde (10 1/2 Uhr):
Der sensationelle Spiegeltrick.
Im letzten Bilde (10 1/2 Uhr):
H. Barnois elektrisches Ballett.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Am 26. u. 28. Dez. sowie am 1. Januar 1903: Nachmittags-Vorstellung: Frau Luna. Ermäßigte Preise. Anfang 3 Uhr. — Billet-Vorverkauf für die Feiertage täglich von 10—2 Uhr.

Jonig! Unvergleichl. Deutscher Bienehonig, best. Qualität, netz. die 10 Pfundbottle zu 7,00 M., 5 Pfund 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Schindler, Süssknecht, Lindenb.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Neu! — das jüngste Wunder Afrikas — eine **schneeweisse Negerin** von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisses Haar, hellgrüne Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen d. schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

Passage-Theater.

Das Elite-Weihnachts-Fest-Programm.
Liane Leischner
in ihrem Repertoire.
Bajerri als Beethoven
sensational musikalische Recitationen.
Georg Kaiser prolongiert.
Kinoatograph:
Krupps Leichenzug.
14 neue erstklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.

Gastspiel d. Münchner Ensembles
Abends 8 Uhr:
Anno 48.
Münchener Fosse mit Ges. in 3 Akten.
Morgen: Die Schröderischen.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Rausch.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.
Morgen: Rausch.

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage:
Seine Kammerzofe.
(Nolly Rozler.)
Schwank in drei Akten von Wilhelm und Hermann.

Casino-Theater.

Leffinger Strasse 37.
Jubiläum-Gastspiel Dir. B. Richter:
Der reiche Postfisch.
Dazu die neuen Spezialitäten **Stille Nacht.**
Anfang Sonntag 8, Sonnt. 7 1/2, Uhr.

Buntes Theater

(Ueberbrettl.)
Königsplatz 63. Anfang 8 Uhr.
Vore. — Die Tanzsee. — Ubergläubisch. — Er und Sie.
Sunter Teil:
Leitung: Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Bokken Lassen. — Hans Frey. — Emil Justiz. — Carla Lingen a. G.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Dornenweg.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Erstes Auftreten des Direktors Robert Dill in Der Goldbauer.

Bernhard Rose-Theater.

Vahler 58.
Mittwoch, den 10. Dezember:
Kommass
oder: Die beiden Harfenmädchen.
Orig.-Charaktergemälde mit Musik in 4 Akten von Emil Galkert. Musik von L. Böhler.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Freitag, 12. Dezember: Gr. Extra-Vorstellung.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Sonnabend: Entree frei!
5 Künstler-5 Kapellen
Special-Ausschank der Berliner Beckbrauerei.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Sonntag 8, Sonntags 6 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Lustspiel in 4 Aufzügen v. Rudol. Goldt.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Cirkus Schumann

Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Riesen-Programm
12 Nummern.
9 1/2 Uhr:
Die grösste Sensation:
Looping the Loop.
9 1/2 Uhr: Die beliebteste Pantomime:
Die lustigen Heidelberg.

Wintergarten

Vollständig Neues Programm.
Geschwister Anderson, Fass-Equilibristinnen.
Mizi-Gizi, Vortrags-Soubrette.
Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.
Stanley und Wilson, Amerikanisch-Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit, Russische Gesangs- und Tanz-Szenen.
Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion.
Porzina's dressierte Affen.
Mason und Forbes, Excentrics.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bicycle-Rennen.
Eugenie Fougère, franz. Excentric-Tänzerin.
Catherine Barthe, Ballett-Divertissement.
Pariser Luft, Ballett-Divertissement.
„Biograph“.

Palast-Theater

Burgstrasse 22. Früher: Beck-Palast.
Das Riesen-Dezember-Programm.
8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:
Der Dorfbarbier
Oper-Baudenke mit Gesang u. Tanz von Humbert.
Folgende Nummern sind gänzlich neu: Souurs Blanche, Ohm, Kellogg, Charles Merino, Champion Equilibrist, Yang You, Japanischer Gaufler, Mr. Montani, Dressurakt, Anieta Kocowicz, Soubrette, Dina, Schwestern Montani, Doppel-Drahtseil, Miss Nebula, mysteriöser Lichtakt.
Das Theater ist durchaus geheizt und mäßig warm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Steidl-Theater

Dramen- und Opern-Theater an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Steidl-Sänger.
(Fritz Steidl, Schönerl, Müller, Lipart, Reising, Wehling, Corvinus, Haas und Munkel).
Rez: Am Weihnachtsabend.
Lebensbild von Fritz Steidl.
Entree 50 Pf. (Vorherl. 40 Pf.) bei Köhler, Friedrichstr. 115.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11—1 1/2 Uhr.

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Sum 1. Hof, ganz neu!
Unterm Weihnachtsbaum.
Charakterbild mit Gesang.
Nach jeder Sotree:
Tanzkränzchen.

Städtisches Theater.

Mittwochabend 8 Uhr:
Sappho.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Freitagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 10. Dezember 1902, abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey.
Die Elefanten-Herde im Urwald-See.
Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Strasse 132.
Ilse Römer.
Romanisches Schauspiel in 6 Bildern von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Ilse Römer. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Die gültige Weihnachtsfeier. Sonntagnachmitt.: Maria Stuart.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandantenstrasse 77/79.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Dezember-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Buggenhagen

am Marktplatz.
Heute Mittwoch:
Militär-Konzert
d. Garde-Regim. zu Fuß (Herr Goerlich).
Im Kaiser-Saal:
Bückerburger Sänger.

Seidenstoffe

Weltbekannt
ist unsere 5063L*
Schwarze
Reinseidene Robe
in glatt und gemustert.
10 Meter Mark 25,00.
Seidenhaus
Pauldrach & Ott,
I. Geschäft: Oranienstr. 153, II. Rosenthalerstr. 20-21.
— Man verlange Proben. —

Neu! Neu!

Wer seinen Kindern ein schönes Weihnachtsgeschenk bereiten will, der laufe ein Stück von unsren Gemissen aus Lauscha selbst angefertigter **Glass-Christbaumzweige**.
Ein überaus großes und schönes Sortiment, bestehend aus 7—8 cm großen Giebeln und Ästchen, glatt u. eingetupft, bemalt, mit Edelsteinen und feinem Silberdraht überzogen. Phantasie-Arbeiten in allen Formen und Farben, 10 Strang verflochtene und bemalte Strangzweige, Eis- und Lamenzapfen, Schiff, Vogelbauer, fliegende Glocken, Ballen, brillante Reflexe, eine Baumspitze, Kugel, Birnen, Äpfelchen und Früchte aller Art. Lametta usw.
Hierzu eine Gratisbeilage.
Eine überraschende Neuheit der Glasbläser, eine schön bemalte, 22 cm hohe Salonlampe. Das Licht gegen Abschaltung oder vorübergehende Abwendung von nur 5 Pf. franco. Nach verlenden wir in größeren Quantitäten und garantieren für volle Zufriedenheit der Käufer.
Guido Müller jun.
Lauscha, Thür.

Englisch. Unterricht

(Eingel- oder im Brief) erstellt 55682*
G. Swienty geb. Liebknecht,
Schöneberg, Sedanstrasse 57, III.

Rote Kreuz-Geld-Lotterie

Ziehung 13.—18. Dezbr.
Hauptgewinn: Mark 100,000 etc.
Lose a M. 3,50; Porto und Liste 30 Pf. extra, noch zu haben.
J. Miloslawski, Berlin,
61 Unter den Linden, wo man sein Glas laun finden.

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 109.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sänger.
Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff.
Stets wechselndes Programm.
Anf. 8 Uhr. Gens gelten. Eintritt 30 Pf.
Jeden Donnerstag: **Bergler-Konzert** und Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag von 5 Uhr ab:
8 große und kleine Säle unter constanten Bedingungen zu vergeben. 58020*

Krug zum grünen Kranze.
Im Grand Hôtel am Alexanderplatz.
Tägl. humoristisches Künstler-Konzert unter Leitung des Herrn Kapellmeister Lüdcke.
Sehenswürdigkeit der Residenz.
Vorzüglicher Frühstüd- u. Mittagstisch zu billigen Preisen.
Reichhaltige Abendkarte.
Entree frei! [58799*] Entree frei!

Neues Konzerthaus.

Alexanderplatz (Grand Hôtel).
Inh.: Albert Möhrer. 5876L*
Neues Konzert-Repertoire
des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn Jul. Einölschofer.
Heute: Populäres Konzert.
Entree 20 Pf. Anfang 8 Uhr.
Im Februar und März 1903 ist der grosse Konzertsaal an einigen Tagen der Woche für Privatfestlichkeiten und Versammlungen zu haben.

Unglaublich!

Winterpaletot-Stoffe — 3,50 M. per Meter.
Anzug-Stoffe — hochneu — 3 M. per Meter.
Tuchkamgarn, Ia Qualität, für elegante Gesellschafts-Anzüge und Fracks, 4,70 M. per Meter.
Reste in Tuchstoffen!
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland
Berlin C. Ross-Strasse 2.

Möbel

gegen Cassa und Teilzahlung in der Fabrik
H. Roggensack,
Inh.: Paul Kraatz,
N., Müppingerstrasse 5.
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Billigste Photographische Handlung.

Handcamera zu 6 Aufnahmen, 6x9 mit Zeit u. Momentverschl. M. 4,50. Vorgelegant für 6 Aufnahmen, 9x12 mit 2 Spiegelgehäusen, M. 9,00. **Unvergleichl. Handcamera Germania** für 12 Aufnahmen, 9x12 mit regulierbarem Zeit- und Momentverschl. und Zählrohr, M. 20,00; derselbe etwas einfacher M. 15,00.
Nussbaum Stativ-Apparat, 9x12 komplett mit Objektiv-Stativ u. dopp. Kassetten, M. 15,00, Größe 13x18 mit doppeltem Bodenauszug und Stativ, komplett M. 35,00 inkl. Planat mit Verblende. Stativlampe M. 2,00. Elegante Preisliste gratis! 58042*

Grass & Worff, Berlin.

Hauptgeschäft: Junferstraße 1. Filiale: Potsdamerstraße 9.

Total-Ausverkauf

guter Kleiderstoffe, Blusen u. Röcke u. vollst. Geschäftsauslässe, stannend billig. [50112*]
Laden-Einrichtung, elektrische Bogenlampen u. andres billig zu verkaufen.
Alwin Körner vorm. Gebr. Körner,
Münzstrasse 7.

Robt Ottemann

927b Braunschweig.
Weihnachts-Ausverkauf!
Puppenwagen, Kinderwagen, Sportwagen, aufserordentlich billig!
Max Brüner, Jerusalemstr. 42.

Steppdecken

Die schönsten und passendsten
Weihnachts-Geschenke
sind gut gearbeitete 59192*
Bernh. Strohmandel
Berlin S.,
72 Wallstr. 72,
wo auch alle Decken aufgarb. werden.
Sonntage vor Weihnachten geöffnet!

Sanarienhöhle, Stamm Eiszeit.

Stamm Eiszeit. Originalweidchen verkauft. Gedde, Reimendorferstrasse 54.

